

Mohammed-Video

Pakistanischer Minister ruft zu Mord wegen „Gotteslästerung“ auf

FAZ 23.09.2012 · Der pakistanische Ministerpräsident Ashraf hat sich von dem Mordaufruf seines Eisenbahnministers distanziert. Ghulam Ahmad Bilour hatte ein Kopfgeld auf den Produzenten des Mohammed-Films ausgesetzt.

Von [Matthias Rüb](#)

Ein pakistanischer Minister hat dazu aufgerufen, den Produzenten des Schmähvideos „Die Unschuld der Muslime“ zu töten. Auf einer Pressekonferenz am Samstag versprach Eisenbahnminister Ghulam Ahmad Bilour demjenigen 100 000 Dollar Belohnung, „der diesen Gotteslästerer umbringt, der Unsinn über den heiligen Propheten erzählt hat“. Ministerpräsident Raja Pervez Aschraf und die Partei des Ministers distanzieren sich von dem Mord-Aufruf. Der Produzent des Films, im dem der Prophet Mohammed verunglimpft wird, soll ein in Kalifornien lebender koptischer Christ sein.

Seit eineinhalb Wochen kommt es in vielen islamischen Ländern zu teils blutigen antiwestlichen Protesten wegen des Videos. In Pakistan waren am Freitag bei gewaltsamen Protesten mindestens 23 Personen getötet worden, nach Zeitungsberichten wurden weitere 200 Menschen verletzt. Bilour rief die radikalislamischen Taliban und das Terrornetz Al Qaida auf, ihn bei seinem Vorhaben zu unterstützen. Ihm sei klar, dass es eine Straftat sei, Menschen zum Mord aufzurufen. Es gebe aber keinen anderen Weg, „Gotteslästerern“ Furcht einzuflößen.

Der Vorfall verschärft den seit Jahren schwelenden Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Pakistan. Allerdings lehnte es der amerikanische Kongress am Samstag in Washington ab, die Finanzhilfe für Islamabad auszusetzen. Der Senat stimmte mit 81 zu zehn Stimmen gegen einen von dem Republikaner Rand Paul eingebrachten Gesetzentwurf, wonach die Zahlungen erst dann wieder aufgenommen werden sollten, wenn der Arzt Shakil Afridi aus dem Gefängnis entlassen wird. Afridi war von der pakistanischen Justiz zu 33 Jahren Haft verurteilt worden, weil er Informationen weitergegeben haben soll, die zur Kommandoaktion amerikanischer Spezialeinheiten zur Tötung Usama Bin Ladins führten.



© dpa Wutmohammedaner: Pakistans Eisenbahnminister Bilour ruft auch

Al Qaida zum Mord auf.

Regierungschef Aschraf versicherte am Sonntag, seine Regierung habe mit dem Mordaufruf und dem Kopfgeld des Eisenbahnministers nichts zu tun. Ein Sprecher der gemäßigten Awami-National-Partei (ANP), der Bilour angehört, sagte: „Das ist eine persönliche Äußerung, die nicht der Parteilinie entspricht.“

Minister bleibt vorerst im Amt

Die ANP regiert die nordwestpakistanische Provinz Khyber-Pakhtunkhwa und koalitiert in der Hauptstadt Islamabad mit der Pakistanischen Volkspartei (PPP) von Ministerpräsident Ashraf. Ein Sprecher Ashrafs sagte am Sonntag, die Regierung und die ANP-Spitze berieten über das weitere Vorgehen. Disziplinarische Schritte gegen den Minister seien nicht ausgeschlossen. Vorerst bleibe er jedoch im Amt.

Derweil ist in Pakistan ein wegen angeblicher Gotteslästerung angeklagtes christliches Mädchen von der Staatsanwaltschaft entlastet worden. Bei der Untersuchung seien keine Beweise für die Anschuldigungen gegen die 14 Jahre alte Rimsha gefunden worden, sagte Ermittler Munir Jafferey am Sonntag in Islamabad. Ein islamischer Geistlicher hatte das geistig zurückgebliebene Mädchen angezeigt und ihm vorgeworfen, den Koran geschändet zu haben. Rimsha saß drei Wochen in Untersuchungshaft, bevor sie Anfang September auf Kautionsfreigabe freigelassen wurde. Zuvor war der Imam festgenommen worden, weil er dem Mädchen beschädigte Koranseiten in die Tasche geschmuggelt haben soll. „Es gibt stichhaltige Belege, dass der Imam die Beweise gefälscht hat, um das christliche Mädchen zu belasten“, sagte der Ermittler.

Auf den Straßen Pakistans blieb es am Wochenende nach Polizeiangaben zunächst ruhig. Es herrschte erhöhte Alarmbereitschaft. Ashraf hatte den Freitag zum landesweiten Feiertag zu Ehren des Propheten erklärt. Sowohl in der Hauptstadt Islamabad als auch in Lahore, Karachi und Peshawar kam es am Rande von Massenaufmärschen zu gewalttätigen Ausschreitungen mit Angriffen auf westliche Botschaften und Konsulate. In Washington war der Aufruf zu einem nationalen Protesttag durch die Regierung in Islamabad mit Missfallen aufgenommen worden. Die oppositionellen Republikaner kritisierten die amerikanische Regierung, die für 70 000 Dollar Sendezeit in den wichtigsten pakistanischen Fernsehstationen gekauft hatte, um ein Video mit Aussagen von Präsident Barack Obama und Außenministerin Hillary Clinton auszustrahlen. In dem Video distanzieren sich Obama und Clinton abermals von dem Schmähhfilm und versichern, die Regierung habe nichts damit zu tun und lehne dessen Inhalt ab.

Am Wochenende haben in mehreren deutschen Städten kleine und mittelgroße Demonstrationen gegen die Verunglimpfung des Propheten Mohammed durch Karikaturen und ein jüngst in Amerika hergestelltes Video stattgefunden. In Hannover zählte die Polizei am Sonntag etwa 1000 Teilnehmer, in Dortmund kamen tags zuvor etwa 1500 Demonstranten zusammen. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte am Sonntag im Gespräch mit dem Deutschlandfunk, es gebe gegenwärtig keine Hinweise darauf, dass die Proteste gegen die Herabsetzung Mohammeds in Deutschland auch die Sicherheit gefährden könnten. Friedrich machte auch deutlich, dass das Grundrecht auf Meinungsfreiheit einem pauschalen Verbot des Filmes oder der Karikaturen entgegenstehe. Ob die Machwerke gegen den Blasphemie-Paragrafen des Strafrechtes verstießen, könne nicht von seinem Ministerium entschieden werden, dies müsse vielmehr von Gerichten aufgrund einer Klage geprüft werden.

Friedrich sagte, mit Verbotsmaßnahmen könnten die Behörden nur dann einschreiten, wenn in konkreten Fällen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werde. Ein solches Vorgehen sei jedoch nur „im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten“ statthaft, „denn in einem Rechtsstaat, in einem freien Staat gibt es eben für alles Grenzen, aber auch Freiräume“. Der Bundesinnenminister rief die Gesellschaft in Deutschland, „Muslime, Christen“, dazu auf, mit aller Kraft gemeinsam gegen jedwede radikalen Kräfte vorzugehen. (Lt.)

Quelle: F.A.Z.

Internationale Ordnung

Verschiedene Welten

FAZ 23.09.2012 · **Auch im Zentrum der Debatte um das Mohammed-Video steht eine Machtfrage: Wer bestimmt, was (Meinungs-)Freiheit ist?**

Von [Berthold Kohler](#)

Die in dieser Woche beginnende Generaldebatte werde mehr Stoff denn je haben, sagt UN-Generalsekretär Ban Ki-moon: die Zeiten seien „tumultartig“. Da hat er zweifelsohne recht, auch wenn man sich fragen kann, wann es je anders zugegangen sein soll im internationalen Geschäft. Wegen ein paar Felsen im Meer führte selbst eine europäische Demokratie einmal einen Krieg. Der Nahe Osten ist nicht erst seit ein paar Tagen ein einziger Krisenherd. In den Diktaturen Afrikas zählten Menschenleben noch nie viel. Und doch plagt nicht nur Politiker das Gefühl, es gehe zu Beginn des dritten Jahrtausends noch chaotischer zu als früher. Die Meinung, es gebe immer weniger, was die Welt zusammenhält, ist weit verbreitet.

Schon die Globalisierung des ökonomischen Wettbewerbs erzeugt Ängste bei jenen, die sich von neuen Konkurrenten übertroffen sehen. Wirtschaftliche Kraft aber stützt und beflügelt, wie im Falle Chinas zu beobachten, Ambitionen zur Projektion politischer Macht, die wiederum bei anderen Bedrohungsängste nähren. Zu der Befürchtung, gewohnte Ordnungsstrukturen würden von Unsicherheit und Chaos abgelöst, trägt vor allem auch der Umbruch in der arabisch-islamischen Welt bei. Die (naive) Hoffnung, die „Arabellion“ verwandele Despotien in tausendundeiner Nacht in friedliebende Demokratien, mit denen man dann, wie zwischen Deutschen und Franzosen, über alles vernünftig reden könne, musste begraben werden. Der Aufruhr wegen des Mohammed-Videos hat abermals gezeigt, wie verschieden die Welten und Zeiten sind, die hier aufeinanderprallen. In Europa setzen Minister seit längerem nicht mehr Kopfgelder auf Menschen aus, die ihre Religion verunglimpft haben sollen.

Und doch sehen sich die Europäer nicht nur vor ihrer Haustür, sondern auch schon im eigenen Haus wieder mit radikalen Geisteshaltungen und totalitären Ideologien konfrontiert, die man auf diesem Kontinent für längst überwunden hielt, selbst wenn das nicht in jedem Fall stimmte. Auch im Zentrum der Debatte um das Mohammed-Video steht eine Machtfrage: Wer bestimmt, was (Meinungs-)Freiheit ist und wie weit sie reicht? Europa, das den Sonntagsreden nach auch deswegen eins werden will, um seine Werte in der Welt durchzusetzen, befindet sich auf diesem Feld derzeit auf dem Rückzug. Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, dass dieser auch noch im Namen der Vernunft angetreten wird.

France's economy

The performance gap

The French government seems to realise at last that urgent action is needed to restore the country's competitiveness

The Economist Sep 22nd 2012 | *AULNAY-SOUS-BOIS* | from the print edition



THE end of the early shift, and workers at the Peugeot car factory at Aulnay-sous-Bois, near Paris, are streaming out through the turnstiles. The anger is raw; the disappointment crushing. In July, when the company announced that the plant, which employs 3,000 workers, was to close, President François Hollande loudly branded the decision “unacceptable”. Two months and an official report later, his government has now accepted its fate. “Hollande said that he would look after us,” says Samir Lasri, who has worked on the production line for 12 years: “Now we regret voting for him.”

The decision by Peugeot-PSA, a loss-making carmaker, to shut its factory at Aulnay, the first closure of a French car plant for 20 years, and to shed 8,000 jobs across the country has rocked France. It has become an emblem both of the country's competitiveness problem and of the new Socialist government's relative powerlessness, despite its promises, to stop private-sector restructuring. Tough as it is for the workers concerned, the planned closure may have had at least one beneficial effect: to jolt the country into recognising that France is losing competitiveness and that the government needs to do something about it.

Over the past 12 years, a competitiveness gap has opened up between France and Germany, its biggest trading partner. This shows both in manufacturing unit-labour costs, which have risen by 28% in France since 2000, but only 8% in Germany, and in France's declining share of extra-EU exports. A cross-border study of two chemicals firms by Henri Lagarde, a French businessman, points to part of the problem: the German company pays only 17% of its employees' gross salaries in social charges, next to 38% for its French counterpart. A recent study of competitiveness ranked Germany in sixth place; France came 21st.

During the presidential election campaign earlier this year, competitiveness scarcely featured—either on the right or the left. Once elected, Mr Hollande gave Arnaud Montebourg, who wrote a best-seller calling for “deglobalisation”, a ministerial job designed to stop industrial closures. Mr Montebourg has duly toured the country promising the impossible.

This autumn, however, as factory closures mount, a creeping sense of reality seems to be setting in. Mr Hollande may still be bent on his new 75% top tax rate, yet on other matters the tone has changed. Not only has the Aulnay closure been accepted, but Mr Hollande has talked of “painful” efforts ahead. He warned about €10 billion (\$13 billion) of spending cuts, as well as €20 billion of tax increases, in the 2013 budget. Above all, he called for a “reform of the labour market”—traditionally a taboo for the left.

Mr Montebourg may still denounce the “greed of the financial system”, but other ministers, notably Pierre Moscovici, the finance minister, and Michel Sapin, the labour minister, sound more reasonable. “We want to be

sensibly pro-business,” says Mr Moscovici. “We are very conscious that our economy won’t perform without our companies.” Advisers recognise that labour costs too much and that the level of public spending—at 56% of GDP the second-highest in the European Union—is a problem for France.

If there is a new mood, it is partly because of the stagnating economy, and partly because business chiefs have been pressing ministers to stop bashing them. France still has plenty of competitive industrial firms. This summer, Mr Hollande spent three hours visiting a research facility near Paris belonging to Valéo, a successful high-tech car-components supplier with €10.9 billion in annual sales.

How far the new realism will translate into bold decisions, however, is another matter. One immediate test will be the 2013 budget, due on September 28th. The French now face the shock of cuts. Mr Moscovici insists that, however difficult, France’s promise to reduce its budget deficit to 3% by 2013 will be respected.

Equally hard will be a test of the new team’s resolve to improve competitiveness. Louis Gallois, a former businessman, is due to produce a report next month. He is likely to argue for a “competitiveness shock”, including the transfer of a chunk of payroll charges to other forms of taxation, such as green taxes or the *contribution sociale généralisée* (CSG), which is levied on not only the payroll but financial returns, pensions and unemployment benefit.

Most critical of all, Mr Hollande has given union leaders and bosses until December to negotiate labour-market changes. On the table are various options, including making it possible for firms to reduce hours and salaries in a downturn against a guarantee of job security, along the lines introduced by Gerhard Schröder in Germany in 2003. The CFDT union’s incoming leader, Laurent Berger, also accepts the case for more suppleness in the labour market.

All of which is at least encouraging. Yet it is one thing to recognise a problem, and quite another to do something about it. Much will depend on the attitude of union leaders, who do not enjoy a reputation for co-operation and compromise. But in the end, it will come down to Mr Hollande’s resolve. He promises to pass a labour-reform law anyway, even if no deal is reached. His Socialist Party controls power at all levels across France; he is at the start of a five-year term; and his popularity is already dropping fast. If he cannot do what is needed this autumn, it is unlikely that he ever will.

23. September 2012, 16:07 Uhr

ESM-Erweiterung: Euro-Länder wollen Rettungsschirm auf zwei Billionen hebeln

Die Euro-Länder planen, die Schlagkraft des Rettungsschirms ESM drastisch zu erhöhen. Notfalls sollen nach SPIEGEL-Informationen mehr als zwei Billionen Euro verfügbar sein - viermal so viel wie bisher. Finanzminister Schäuble sieht die Pläne positiv, doch der Bundestag muss mitentscheiden.

Hamburg - Die Euro-Länder bereiten nach Informationen des SPIEGEL eine Hebelung des Rettungsfonds ESM vor. Statt der bisher vorgesehenen 500 Milliarden Euro sollen im Ernstfall über zwei Billionen Euro verfügbar sein, um auch große Länder wie Spanien und Italien retten zu können.

Vorbild für die Hebelung der Hilfgelder sind die Bestimmungen beim Vorläuferfonds EFSF. Dort gibt es zwei Instrumente, bei denen der Rettungsfonds mit öffentlichen Geldern nur die besonders riskanten Teile, beispielsweise einer spanischen Anleiheemission, übernehmen kann. Der Rest des Geldes soll von privaten Kapitalgebern kommen, die dann nur eingeschränkt ins Risiko gehen müssen. Das Konzept mit privaten Investoren kam beim EFSF nicht zum Tragen, weil sich keine Interessenten fanden.

Es sei das Ziel, "dass der [ESM](#) über einen ähnlichen Instrumentenkasten verfügt" wie der Vorläufer EFSF, sagte eine Sprecherin des Bundesfinanzministeriums. "Darüber wird derzeit in Brüssel beraten." Finanzminister Wolfgang Schäuble sieht die Pläne für den ESM wohlwollend, doch Finnland verhindert eine schnelle Verabschiedung in der Euro-Gruppe. Die Pläne seien ein massiver Eingriff in den ESM-Vertrag und müssten daher vom eigenen Parlament gutgeheißen werden, heißt es in Helsinki.

Maximalhaftung bleibt laut Finanzministerium bestehen

Wegen des Widerstands findet sich die Hebelung nicht in den Richtlinien für den ESM-Vertrag, über den der Haushaltsausschuss des Bundestags in dieser Woche beraten will. Das soll nachgeholt werden, wenn der ESM schon existiert. Über die Leitlinien, in denen die nötigen Hebelungsmodelle festgeschrieben würden, muss der Bundestag abstimmen. Wenn die Arbeiten auf EU-Ebene abgeschlossen seien, werde das Ergebnis dem Bundestag zur Beschlussfassung vorgelegt, sagte die Ministeriumssprecherin.

Laut Finanzministerium gilt unabhängig von einer Hebelung die Begrenzung der deutschen Haftung auf maximal 190 Milliarden Euro für den ESM. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner [Eilentscheidung zum ESM](#) verfügt, dass die deutsche Haftung ohne Zustimmung des deutschen Vertreters in den ESM-Gremien nicht erhöht werden darf.

Der ESM soll die Stabilität des Euro sichern und angeschlagenen Ländern in der Euro-Zone helfen - insbesondere, wenn sie Schwierigkeiten haben, sich am Finanzmarkt frisches Geld zu leihen, weil Zinsen für Staatsanleihen zu hoch sind, um sie dauerhaft zahlen zu können. Es gibt keine feste Definition, ab welchem Zinsniveau Staaten Hilfe beantragen müssen oder können - als Faustregel gelten aber sieben Prozent für zehnjährige Staatsanleihen. Bei Erreichen dieses Werts hatten Länder wie Portugal oder Irland Hilfen aus dem Vorgängerfonds EFSF beantragt. Im Gegenzug für Hilfen aus den Rettungsfonds müssen die Krisenländer strenge Sparauflagen einhalten und Strukturreformen beschließen.

Dass Hilfe notwendig ist, zeigen aktuelle Zahlen aus Griechenland. Demnach ist die Lücke im griechischen Staatshaushalt [größer, als zunächst von der Regierung angegeben](#). Nach SPIEGEL-Informationen fehlen der Regierung von Ministerpräsident Antonis Samaras derzeit rund 20 Milliarden Euro, fast doppelt so viel wie zuletzt eingestanden. Griechenland ist auf Hilfszahlungen angewiesen - nur wenn das Land seine Haushaltslücke schließt, kann es die nächste Tranche bekommen.

http://www.peakprosperity.com/blog/79694/trouble-printing-money?utm_campaign=weekly_newsletter_26&utm_source=newsletter_2012-09-21&utm_medium=email_newsletter&utm_content=node_title_79694

The Trouble with Printing Money

QE3 reflects a colossal failure to address our predicament

Chris Martenson's PeakProsperity Blog, by Chris Martenson



[Steve Allen](#) | [Dreamstime.com](#)

Tuesday, September 18, 2012, 7:04 PM

For a while now, I have been expecting a coordinated, global central bank action that would seek to print more money out of thin air, or "QE" (quantitative easing), as it is now called. Now we have two of the most important central banks, that of the U.S. (the Federal Reserve) and in Europe (the ECB) having committed to open-ended, limitless QE.

In Part I of this report, we analyze the actions themselves, and then in [Part II](#) we discuss the implications to individuals and those with responsibilities to manage money.

The most recent announcement came from the Fed, and it had these features:

1. The creation of **\$40 billion a month out of thin air** to purchase agency mortgage-backed securities (MBS)
2. The **continuation of Operation Twist**, which uses short-term Treasury bills and notes on its books to purchase long-term Treasury paper (that's 10- and 30- year bonds)
3. When MBS payments come in – the Fed holds over \$840 billion dollars of those – they will buy *still more* MBS paper ('**rolling**' the payments into new MBS, as it were).
4. Taken together, the Fed will expand its balance sheet holdings of long-term assets (i.e., "debt") by **~\$85 billion per month** through the end of the year...but wait! There's more...
5. This time, unlike the prior two QE efforts, the actions will be taken **without any pre-defined limit**.
6. **QE will continue until the labor market improves "substantially,"** whatever that means. But wait...there's even more!
7. If deemed necessary, the Fed will "**purchase additional assets**" and "**employ other policy tools.**"
8. As if all that weren't enough, for good measure, the Fed committed to a **six-month extension of the 0.0% to 0.25% target range** for the Fed Funds rate *until at least mid 2015*.

That laundry list can be summarized as '*we will do whatever it takes.*' If anyone was still wondering if the Fed would 'allow' deflation to happen on its watch under Bernanke, perhaps the above points in combination with QE 1 and QE 2 will settle their minds.

But will it work?

Well, that all depends on what your definition of 'work' is.

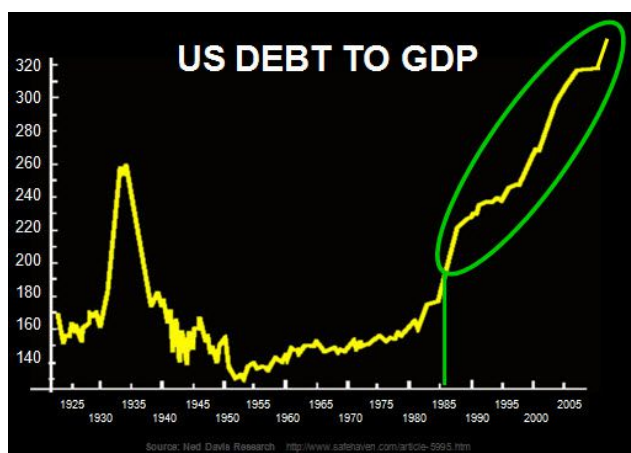
Without context, I really don't know how to explain the importance of these recent actions. In order to address the implications of this historic move – remember, now is the time to keep a journal, as your future relatives will want to know all about what happened 'back then' – I'm going to rewind this story back a few years.

Review of How We Got Here

Since the very beginning of my public writings, I have leaned heavily towards the path of inflation, by which I mean money printing or its electronic equivalent, because even a cursory review of history will show that leaders have always chosen a little money printing today and the possibility of inflation tomorrow over the immediate pain of having to live within their means or with the consequences of their poor decisions.

That was just a fancy way of saying 'humans will be humans,' and while our technology has advanced tremendously over the past few decades, our DNA blueprints are virtually identical to those found in people living 50,000 years ago. History can tell us much.

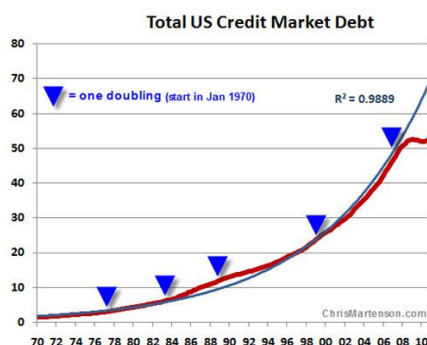
Our current predicament has its roots way back in the early 1980s, when something changed in our collective psyches that allowed us to abandon thrift and savings in favor of spending and borrowing. This first chart, which references the U.S. (but in reality could apply equally well to most developed countries) show how borrowing has outpaced income (debt vs. GDP).



In order to believe that the Fed or any other central bank can get us back to 'normal,' you have to believe that it is normal for borrowing to exceed income and (here's the kicker) that it can do so forever. Many people cling to the thin hope that somehow the Fed and its related entities across the globe can get us safely back on the yellow line in the above chart, angling forever upwards at 45 degrees.

Well, if it's not possible for you, personally, to forever borrow more than you earn without someday getting into financial difficulty, it is not possible for two or ten or 310 million of you to do so. The math does not change simply because a nation is involved instead of an individual.

To really drive home the point that what our leaders have accepted as 'normal' and are endeavoring to resurrect is anything *but* normal, I find it useful to present this chart, which shows how the total credit market debt (that's everything) in the U.S. has doubled and then doubled again and again and again over the past four decades:



What 'getting back to normal' requires is that we find a way to continue expanding debt exponentially with a doubling time of around 8 years. That's what the last forty years have seen, and that's the period during which every single leader at the Fed and in DC grew up and developed their views around 'how the world works.'

Unfortunately that's not how the world actually works. In the real world your income and expenditures have to eventually balance, and the only question is whether this is accomplished through diligence or catastrophe. The prior forty years were an admirably sustained departure from reality, but like all teenage road trips fueled with a pilfered credit card, the practices of those times were unsustainable and destined to end.

Hopefully by widening up our lens a little bit, we can more easily appreciate that instead of being 'normal', the vast expansion of debt was actually quite abnormal, and therefore attempts to resuscitate its prior trajectory are (1) certain to fail and (2) going to make the final crunch a lot more painful and damaging than it otherwise needs to be.

And oh, by the way – world oil is trading at \$114 per barrel. Recoveries are tricky business at half that price.

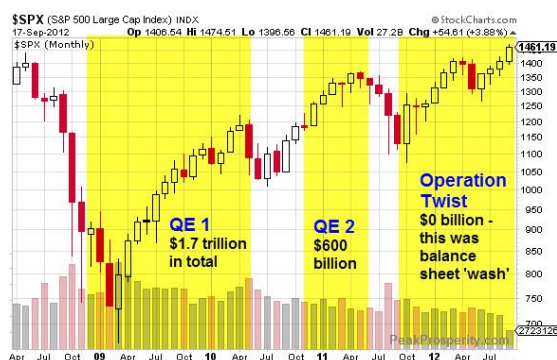
QE Will Lift Stocks and Commodities

While left out of the official FOMC (Federal Open Market Committee) policy statements, but not *Wall Street Journal* editorial pages, is that a primary goal of the Fed is to boost stock prices. The stated reason is that the so-called wealth effect will lead households to view their rising portfolio statements and go out and spend more money. An underlying reason has to also be the fact that pensions, endowments, and other long-running actuarial pools of money are being destroyed by too-low rates of interest on bond holdings and desperately need stock-market gains to cover some of the shortfall.

QE and its distant cousin Operation Twist both serve to lift stock prices. QE does this in two ways – first by dumping money into the financial system, which then has to go somewhere and do something, so some of it ends up in the stock market, and second by driving down interest rates, which has the tendency to push money into stocks.

Operation Twist, which is balance-sheet-neutral for the Fed (short-dated securities are traded for long-dated securities – it's a swap) only serves to drive down interest rates on the long end of the curve. No new money is created.

As we can see, stocks respond well to both types of stimulus:



As we might also note, when the stimulus ends, stocks respond unfavorably. It would seem that the Fed is now trapped and that if it ever pulls away from the market there will be a rout of historic proportions.

Commodities really only respond to new money, which makes sense. Lower interest rates on the long end of the curve do not change the preference for commodities much, and so Twist might be expected to do little, if anything, for commodities. That's exactly what we see in the data:



While the Fed may not be too pleased with rising commodity prices (with all that's going on in the world with unrest, drought, and \$114 Brent crude), it seems quite likely that rising commodity prices stand a good chance of being a feature of QEternity, or whatever this new program will finally be branded.

The Trouble with Printing Money

It is against **the larger backdrop of borrowing and spending well beyond our means** that we need to interpret this most recent effort by the Fed to **print our way back to prosperity**.

One way to look at the \$40 billion per month in new printing is to compare it to individuals and households. Remember, money only comes into your life through effort, and that's why it has value and can function as a store of value. Once upon a time you could make the choice as to whether to work to *find* money (by mining gold or silver) or work to *earn* money by farming or practicing a trade, craft, or service. Note that *work* was always involved.

What does it mean that the Fed can just up and print \$40 billion per month *indefinitely* without performing any work whatsoever?

Well, let's put that in context. If an individual earns \$50,000 per year, then each month the Fed is effectively printing up the yearly output of 800,000 such individuals. Said another way, if you earn \$50k, then you'd have to work for 800,000 years to earn the same amount of money the Fed prints each month.

Given that the median household income is ~\$50k, this means that after one year of MBS purchases, the Fed will have printed up as much money as 9,600,000 households will have earned. Presto! Just like that, the Fed is effectively creating the exact same purchasing power as nearly 10 million US households, or 25 million people (I'm rounding a bit here).

And nobody had to do anything except push a key on a computer a couple of times.

While the Fed can wrap this magic act in all sorts of **covering language about dual mandates, maximum employment, and price stability**, the simple fact remains that **money printed out of thin air cannot, has not, and will not ever lead to prosperity**. How could it? It arises without any effort at all, no work performed, no goods transformed or lives improved, no land planted and tended well, no services rendered, and no capital formed. It is just conjured into existence.

It is just new money tossed after bad debts, with both remaining to work their different insidious effects on the economy and our daily lives. **If printed money could lead to prosperity, trust me – some culture would have worked it out long ago**, because people every bit as clever and determined as those alive today (and with the same DNA software installed) have tried it again and again.

If it could work, then we should just print every household up a nice \$1,000,000 check each year and let everybody stay home, take vacations, and drive nice cars. It's just an absurd notion, and this is why you should keep a journal – you live in absurd times.

Conclusion

How does all this end? Like it has every other time in history, with a final destruction of the currencies involved. That's my best guess.

This is why I view all of the QE efforts to date, and those that will certainly follow, not only with suspicion but as a series of unforgivably narrowly-conceived efforts that will combine into one of the most colossal failures ever experienced by modern man.

In [Part II: Understanding the Implications of QE3](#) we analyze how the recently-announced liquidity measures by the world's largest central banks will impact major asset classes (stocks, bonds, precious metals, commodities, real estate). And at a higher level, we look at why – at the dawn of this next phase of our economic and fiscal descent – prioritizing wealth preservation is essential. **I remain convinced that the fate of most will be to lose most of their wealth during this process by trusting that the majority cannot be wrong when that is exactly the most likely case.**

Do we believe in the EU?

Presseurop 21 September 2012

[Gazeta Wyborcza](#) Warsaw



Crisis is a good moment for an examination of conscience. If war broke out in Europe today, would anyone be willing to die for the ideas of Schuman or Monnet's community method?

[Jacek Pawlicki](#) | [Tomasz Bielecki](#)

Would it ever occur to young Poles or Finns to go partying wearing a Jacques Delors T-shirt? Assuming, of course, that anyone in Europe would be willing to manufacture one...

Granted, the EU is not very sexy. People like European Commission President José Manuel Barroso will never beat Barack Obama or Nelson Mandela in terms of the emotional response they elicit from the public. **The EU has no face, no charisma,** no army, nor even a genuine common foreign policy. **And yet it remains one of the grandest and boldest political projects in the world. And, until now at least, a great success story.**

Americans have their “**American dream**” and when **holding a George Washington banknote**, they feel part of that dream whatever their political sympathies, social status or birthplace. **A German or Frenchman holding a five-euro coin feels nothing**, also because the “**European dream**” was invented by the EU's founding fathers as an elitist political project.

The European dream never became Europeans' dream. And yet our achievements – universal healthcare, the welfare state, a socially responsible market economy and a mad (for non-Western cultures) love of freedom – **should make us proud.** All this binds us in Europe more closely than language, tradition, history, living standards or the work ethos divide us. **The EU has its flag and anthem, but it has no European public opinion or government, nor even a genuine European newspaper.**

Acute lack of interest in Europe

And it will probably never have, because the Germans, like the Poles or Spaniards, will never cease to be Germans, Spaniards or Poles, concerned primarily with the issues of Germany, Spain or Poland. **So it is no time for a United States of Europe.** The “**federation of nation states**” that Mr Barroso mentions is already largely a fact, but let us get reconciled to the thought that there is no chance in Europe for a real federation. **Instead, let us try to give the EU back to its citizens – let's turn the European Union into a union of Europeans.**

The meaning of being together has to be rediscovered. **Long-known arguments that the EU ensures peace and prosperity in Europe, true in themselves, are no longer enough.** Another treaty and another institutional reform will not save the Union. Integration must not be a goal unto itself. It has to serve people. Europeans today need social security, work and a contract on how solidarity is to look like – for instance in the EU budget. This is what the debate on the future Union should focus on.

That is why slogans like “**more Europe**”, repeated ad nauseam by European politicians, have to translate into real things: more work (unemployment among young EU citizens is dramatically high), more equal opportunities, more control over banks and financial institutions or, in the end, over governments, whose irresponsible policies have contributed to the debt crisis.

Thus appeals for “more Europe” must not obscure **the question whether the present crisis really has to bury the European welfare state model forever**. “We’ve already seen the best of it”, its opponents are saying with malicious satisfaction, but we still do not know what will replace it. Or, rather, what we want to create in Europe instead. What instead of a system that for several decades provided prosperity and social peace to the European West that Poles so longed for?

Answers to such questions must not be hammered out exclusively in behind-closed-doors bargaining or, worse, arise as a random function of the eurocrats and leaders’ wrangling at one “euro-saving summit” after another. **The fact that there is no debate on the future union of Europeans is not only the politicians’ fault but is due also, in some countries, to an acute lack of interest in Europe.**

The best place in the world

There are countries in Europe, like Germany, where the constitutional court can stand up firmly for democratic debate about Europe. But in countries where European issues seem less urgent, for instance because, like Poland, those countries do not contribute billions to saving the euro, there is a growing risk that the deficit of debate will make the EU seem increasingly distant and strange.

Political, fiscal, banking union... Translating these slogans into everyday language and showing citizens how such reforms will affect the job market, opportunities for young people or the way taxpayers’ money is spent requires a lot of hard work. But doing it is the politicians’ duty.

It is European citizens who have to endorse the reforms and assume the risk of potential failures. European Council President Herman Van Rompuy has just asked the twenty seven member state governments specific questions about the recommended course of the EU’s institutional reforms.

The greatest threat the EU faces is not the debt crisis or anti-European populism, as evidenced by the recent Dutch elections where pragmatism prevailed over Geert Wilders’s anti-EU rhetoric. **The EU will cease making sense when people stop believing in it**. Each one of us should ask themselves fundamental questions – what the EU means for me and why I want it to survive.

We are a community of half a billion people living in what well may **be the best place in the world**. Perhaps the 2014 European Parliament elections are a good time for asking Europeans whether they want to continue together or prefer going their own ways. We think we should not worry about the outcome of such a referendum.

Translated from the Polish by **Marcin Wawrzyńczak**

Muslim rage

Morsi's moment

Egypt's leader should define the Muslim mainstream and speak out against the extremists

The Economist Sep 22nd 2012 | from the print edition



THE wave of violence directed at Americans and Europeans in the Middle East and elsewhere in the Muslim world has had two particularly malign effects. First, it has made many Westerners, especially Americans, wonder why they and their governments should seek to play a constructive role in those parts of the world where people apparently harbour such visceral feelings of hatred towards them. Second, it has cast a dismal light on the new leadership of Egypt, the Arab region's most populous and pivotal country.

Muhammad Morsi, the Muslim Brother who was elected as president of Egypt a few months ago, has seemed a lot keener to express sympathy for the feelings of those who sought to trash the American embassy in Cairo than to upbraid them for their riotous behaviour, to apologise for it to the Americans, or even to express sorrow for the murder of American diplomats in neighbouring Libya at the hands of Muslim fanatics. Mr Morsi is due to join the debate at the General Assembly of the UN that starts in New York next week, and may also for the first time meet Barack Obama. That gives him a chance to redeem himself. For the good of Muslims, Christians and most of all his own movement, he urgently needs to do so.

Western governments, including America's, have rightly gone out of their way to express respect for Islam and have deplored the 14-minute video clip of a film made by a Californian fraudster of Coptic-Egyptian descent that disparages the Prophet Muhammad. The execrable pastiche bears no relation to the attitude of most Westerners or their governments to Islam.

Mr Morsi knows this perfectly well. Egypt's new president has himself lived in America—in California, no less. He surely also knows that Western respect for free speech means that it is not always possible to prevent individuals from insulting Muhammad or, for that matter, Jesus or Moses or many other figures whom people hold sacred. A new set of insulting cartoons in France are also covered by free-speech laws. It was oddly ignorant—or downright dishonest—of the Brotherhood's spiritual leader, Mr Morsi's close comrade, to say that denial of the Holocaust is illegal in the West: it is not in America, though in Germany, for obvious historical reasons, it is.

The onus is now on Mr Morsi to condemn and to curb the mobs that have used the film as a pretext for mayhem and have made day-to-day diplomacy so much harder. Newly elected Islamist leaders of Libya have been forthright in their condemnation of the outrage against America's consulate in Benghazi. Mr Morsi should be equally unequivocal.

Time to join the real world

Such a declaration would cause Mr Morsi trouble with his extremist Salafist coalition partners. But he has a lot to gain in New York—and not just in terms of securing American financial support (and help from Europe and the Gulf). He has a chance to define himself and the Muslim Brotherhood as moderate, outward-looking, pluralistic and democratic.

The Brotherhood, like other parts of political Islam, has long fed on a narrative of victimhood. There are historical reasons aplenty for Muslims to feel hostile to the West for past humiliations. But now that Mr Morsi is the president, it is much harder to play the victim: he needs to show he can lead and govern. Demonstrating that political Islam can be tolerant and inclusive will distinguish him from the Salafists and the mob justice they promote. The extremists can rant and riot; but he must now stand for the rule of law that should underpin the democratic politics that has lifted him into office.

from the print edition | Leaders

Islam must embrace reason and responsibility

Too many in the Islamic world are quick to condemn the west while ignoring the sins that beset their societies

- [Henry Porter](#)
- [The Observer](#), Sunday 23 September 2012



Muslim protesters. Photograph: David Levene for the Guardian

Watching the events of the last 10 days makes it hard to have much confidence in the sanity of the human race. After Friday prayers in Pakistan – the day of Love for the Prophet in which an estimated 19 people died and 200 were injured – protesters burned down two cinemas to express their outrage about [Innocence of Muslims](#), a work that was made available only on YouTube, not in cinemas. It's as logical as smashing your computer because you object to what's being shown at the local Odeon.

But things could have been much worse. Even though so many lives have been lost, there was another side of the story that escaped us – the fact that a very tiny proportion of Muslims actually went on the streets. In France, Muslims showed restraint after the publication of cartoons by [Charlie Hebdo](#). In Egypt and Tunisia, the governments intervened to stop the riots, while in Yemen and Pakistan, the military prevented rioters reaching western embassies. More hopeful was the action by cheering crowds that swept through Benghazi, in eastern Libya, clearing the strongholds of Ansar al-sharia, the militant group thought responsible for the death of US diplomat Chris Stevens a week ago.

Reason did eventually prevail. The American administration got the picture quickly. Obama and Clinton moved to condemn the film, even buying advertising time on Pakistani TV, and the vast majority of Muslims saw *Innocence of Muslims* for what it was and stayed at home.

[The Gawker website](#) had it about right in lampooning the [cover of Newsweek, which shows two angry Muslim men](#) under the headline: "Muslim Rage". The website ran a series of pictures of smiling Muslim kids on a garden swing, canoodling in the park, doing handstands, swimming. My favourite is of a man slouching in a chair outside his store with a newspaper. The caption reads: "This Egyptian guy is filled to the brim with Muslim Rage".

On YouTube, you will find a man named Syed Mahmood, who makes an eminently sensible assessment. *Innocence of Muslims* was "a load of crap that was made to ignite rage – being violent makes a success of the film". This is the voice I recognise from covering the Arab Spring – calm and rational, but no less devout for its modernity. I encountered it in Egypt and Tunisia, where young people expressed their ambition to combine the freedoms and prosperity of the west with respect for [Islam](#) and local traditions. It's a voice you haven't heard much in the media because idiots dancing round a fire makes news, but it was the force behind the Arab uprisings and, despite the repression and manipulations of an older generation, it is still there.

The film and the cartoons are plainly not some faux pas that will easily be forgotten. People are genuinely offended. The grievance will be nurtured and there are forces in Islam that will continue to whip up anger and to insist that the free expression of the west and the lack of government control on the internet and media was responsible for the film... in fact, tantamount to a blessing. That is where my sympathy ends, because it is as rational as blaming me for the sentiments expressed in the graffiti at the end of my street.

We have an obligation to use free speech responsibly and there are laws in Europe and the US against religious and racial incitement, which the film and cartoons may have broken. However, as Muslim spokesmen (they are nearly always men) demand greater restrictions on free speech, I find myself thinking that if every major Arab newspaper did not habitually publish antisemitic cartoons, which in their levels of racist hatred would not be out of place in the pages of Julius Streicher's tabloid *Der Stürmer*, I'd be more inclined to listen to their complaints.

To the people who rioted and killed last week, there is no equivalence between an insult to [religion](#) and an insult to race – the first unquestionably trumps the second. But like most people in the west, I believe that racism is on a par with religious intolerance and causes just as much suffering. Newspapers across the Middle East allow this outpouring of racial hatred, without the slightest understanding that it is profoundly offensive to demonise and dehumanise Jews by portraying them as Nazis, cannibals, snakes, pigs and cockroaches.

It's much harder to admit to the faults in your own society than reach for the status of aggrieved party – and if there is one criticism of Muslim countries it is this reflexive victimhood that entirely overlooks the routine torture practised in so many Muslims states: the failure to accord women equal rights and a proper voice in the running of society; the absence of free expression, association and assembly; the lack of civil society and the persecution of religious minorities.

Religious intolerance is everywhere. [A report by the Pew Research Centre shows a rising tide of religious restriction](#). The number of countries with high restrictions on religious belief rose from 31% in 2009 to 37% in 2010.

Muslims suffer as much as the followers of other faiths – they have been forbidden to build mosques in Switzerland, for instance – but the growth in the persecution of Christians in Muslim societies is striking. In Pakistan, Christians face punishment and discrimination; in Indonesia, churches have been closed. In Egypt, the Copts are openly discriminated against in the courts. Across Africa, Christians are being attacked in their churches; in Kuwait, the "villa-churches" used by foreigners are being forcibly shut; in Iraq, Christians are targeted by kidnappers and bombers; in Iran, 300 Christians have been arrested since 2010.

And let's not forget that minority sects in Muslim societies that suffer as well. The point is that while Muslim spokesmen demand respect for their faith they are not often prepared to give it to others, and in the west this inconsistency is a significant obstacle to a better understanding of the offence taken from the film and cartoons.

Free speech is at the heart of this issue, but western governments should not be bamboozled into imposing restrictions that exceed present laws. On the contrary, we should proclaim its value, because the kind of free debate the young people in the Arab Spring yearned for will bring about transformation in states where torture, discrimination against women and religious minorities and the failure to build modern civil societies all go unchallenged.

Comments will be open on this later

Guest Post: Draghi's Coup D'Etat And Why OMT Is Illegal

ZeroHedge, Submitted by [Tyler Durden](#) on 09/22/2012 20:16 -0400

Submitted by Blankfiend of [Fibs And Waves blog](#).

According to Mario Draghi, OMT, or Outright Monetary Transactions, is a program of conditional bond buying targeted at specific countries to restore the perception of the euro's irreversibility and stability, and repair a broken monetary policy transmission mechanism. Once launched, OMT has no *ex ante* limits, it is within the ECB's price stability mandate, and it can be halted or interrupted based on achievement of its objectives or non-compliance with conditions imposed upon the targeted national government.

I would posit that OMT is much more than what the party line states. Here are some alternative interpretations for your consideration. I challenge you to refute the logic of any of them.

OMT is a Eurobond equivalent, targeted toward specific countries. Given that ECB holdings are joint and several backed by all of the National Central banks (NCB's) that make up the European System of Central Banks (ESCB), any losses on these bond purchases would be distributed among the NCB's according to their capital key. OMT would be a peculiar type of Eurobond, with some parallels to the discard red vs. blue [Eurobond schema](#). Instead of being differentiated by levels of debt-to-GDP (greater or less than 60%), these bonds would be differentiated by country of issue. For example, if Spain enters this program, its bonds would now have the backing of the ECB, while Italy's would not. Now, the red vs. blue idea was discarded precisely because it would have established a market preference for the blue bonds (joint and severally backed Eurobonds) versus the red bonds, which would have only had the backing of the issuing sovereign. Is it so difficult to imagine that the market would quickly develop a preference for the bonds of countries on OMT life support, to the detriment of those NOT on it?

OMT is a banking license for the ESM. Once the ESM buys the debt of a target country on the primary market, the ECB will follow with potentially unlimited purchases on the secondary market. This obviously allows the resources of the ESM to be greatly extended without a formal banking license or leverage scheme. At the same time, it completely bypasses any safeguards countries may think they have in place to limit their bailout related losses. This is, of course, due to the joint and several liabilities of the NCB's that comprise the ESCB. Ironically, an official banking license for the ESM has been declared clearly in violation of Article 123(1) of the TFEU by no less than the ECB itself. The OMT is an obvious scheme to bypass that "technical inconvenience."

OMT is a sham. While I have no doubt that our beloved Italian central banker will be more than willing to purchase the bonds of program countries, I do not believe for one minute that he would have the resolve to either permanently halt or reverse those purchases if a large target country backslides on its commitments. I am sure that the markets - *and the beneficiary national governments* - recognize this as an empty threat as well. If Draghi carried through on his threat in any meaningful way, he would be abandoning the goals of monetary transmission and euro irreversibility he claims to be striving for. This is particularly true for big countries like Spain and Italy, sort of like mutually assured destruction. Once countries like this are on the OMT methadone program, there will be no discharging them for abuse.

OMT is fiscal policy by Central Bank fiat. Eurobonds, ESM banking licenses, and ESM leverage schemes have all been previously rejected by various European political leaders, most notably Angela Merkel and the [Finns](#), but also Nicholas Sarkozy. OMT is a clever way to skirt all of those objections and concerns in order to restore confidence in sovereign European debt markets. At the same time, it is a backdoor method of committing *national fiscal* authorities to backstopping potential *extra-national* losses far in excess of what those fiscal authorities were ever willing to commit their taxpayers. OMT is a full-scale abandonment of the concept that a supra-national central bank should not be able to undertake measures which could subsequently force the hand of national fiscal authorities. OMT embarks us upon the treacherous path of fiscal policy by unelected, unaccountable central bank bureaucrats.

OMT is a Credit Facility. Let's see.... We have an unlimited program specifically designed to support the sovereign debt of targeted countries. We have implausible revocability, dubious terms for enforceability, open-endedness regarding both time and quantity of support provided, and, *supposedly*, no recourse by the lender. Furthermore, the provider of this credit is specifically willing to buy even if no one else will. Admittedly, the credit provider will not buy on the primary market. However, when you examine the TFEU, there are two distinct restrictions in this regard. The commonly cited one obviously forbids the ECB from primary market sovereign debt purchases. But the one that Draghi wants us to ignore forbids ECB credit facilities *in favor of* national governments. "In favor of" is clearly broader in scope than the primary market restriction.

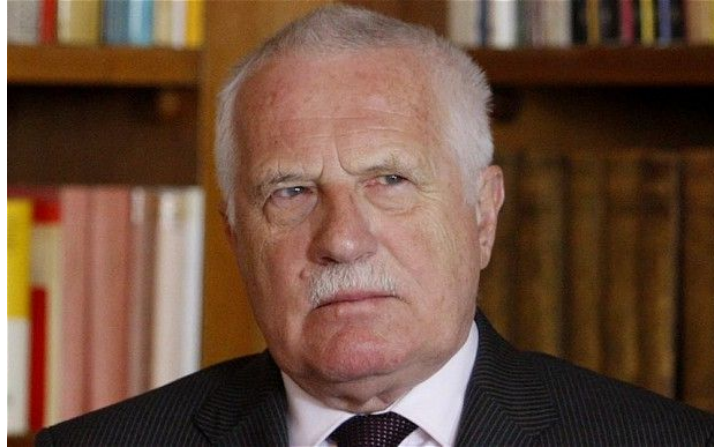
OMT is ILLEGAL. Here I am beating a dead horse, as I have made this argument several times before. But, one more time for effect:

OMT IS ILLEGAL AS IT VIOLATES ARTICLE 123 (1) OF THE TFEU, WHICH CLEARLY PROHIBITS THE ECB FROM ESTABLISHING A "CREDIT FACILITY ... IN FAVOR OF NATIONAL GOVERNMENTS."

<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/eu/9559937/Vclav-Klaus-warns-that-the-destruction-of-Europes-democracy-may-be-in-its-final-phase.html>

Václav Klaus warns that the destruction of Europe's democracy may be in its final phase

'Two-faced' politicians have opened the door to an EU superstate by giving up on democracy, Václav Klaus, the veteran Czech statesman, tells Bruno Waterfield.



Czech President Vaclav Klaus Photo: GETTY

By [Bruno Waterfield](#), Prague

The Sunday Telegraph 22 Sep 2012

The new push for a European Union federation, complete with its own head of state and army, is the "final phase" of the destruction of democracy and the nation state, the president of the Czech Republic has warned.

In an interview with The Sunday Telegraph, Václav Klaus warns that "two-faced" politicians, including the Conservatives, have opened the door to an EU superstate by giving up on democracy, in a flight from accountability and responsibility to their voters.

"We need to think about how to restore our statehood and our sovereignty. That is impossible in a federation. The EU should move in an opposite direction," he said.

Last week, Germany, France and nine other of Europe's largest countries called for an end to national vetoes over defence policy as Guido Westerwelle, the German foreign minister, urged the creation of a directly elected EU president "who personally appoints the members of his European government".

Mr Westerwelle, in a reference to British opposition, called for nation states to be stripped of vetoes on defence to "prevent one single member state from being able to obstruct initiatives" which "could eventually involve a European army".

The new offensive followed the unprecedented declaration by the Commission's president, José Manuel Barroso, during his "state of union" address to the European Parliament on 12 September, that he would make proposals for a fully-fledged EU "federation" in 2014. "Let's not be afraid of the word," he said.

Speaking in Hradcany Castle, a complex of majestic buildings that soars above Prague, and is a symbol of Czech national identity, Mr Klaus described Mr Barroso's call for a federation, quickly followed by the German-led intervention, as an important turning point.

"This is the first time he has acknowledged the real ambitions of today's protagonists of a further deepening of European integration. Until today, people, like Mr Barroso, held these ambitions in secret from the European

public," he said. "I'm afraid that Barroso has the feeling that the time is right to announce such an absolutely wrong development.

"They think they are finalizing the concept of Europe, but in my understanding they are destroying it."

President Klaus, 71, is one of Europe's most experienced conservative politicians; he has served as his country's prime minister twice after winning national elections and will complete his second term as Czech President next year.

Frequently referred to as the **"Margaret Thatcher of Central Europe"**, Mr Klaus was born in Nazi-occupied Prague, played a key role in the 1989 Velvet Revolution that overthrew Communism and became founder of the Czech Civic Democratic Party, which has remained in government for most of the Czech Republic's independence.

He reluctantly recommended Czech Republic membership of the EU in 2004 and five years later was the last European head of state to sign the Lisbon Treaty, delaying signature, under intense international pressure, until all legal and constitutional appeals had been exhausted against it in his country. **"We were entering the EU, not a federation in which we would become a meaningless province,"** he said.

Mr Klaus is a courteous old-school European, a keen and frequent public speaker, who insists on an intellectual critique of ideas rather than the personal criticism that often substitutes for serious political debate today. **To his "great regret" he finds himself a lone fighter for democracy among Europe's heads of state.**

"When it comes to the political elites at the top of the countries, **it is true, I am isolated,**" he said. **"Especially after our Communist experience, we know, very strongly and possibly more than people in Western Europe, that the process of democracy is more important than the outcome.**

"It is an irony of history, I would never have assumed in 1989, that I would be doing this now: that it would be my role to preach the value of democracy."

In his book, Europe: The Shattering of Illusions, to be published by Bloomsbury on Thursday, Mr Klaus makes the case that the EU has evolved into its current form because **political leaders have found it convenient to turn away from their nation states, where voters have historically been able to hold them to account.**

"Political elites have always known that **the shift in decision-making from the national to the supranational level weakens the traditional democratic mechanisms (that are inseparable from the existence of the nation state),** and this increases their power in a radical way. That is why they wanted this shift so badly in the past, and that is why they want it today," he writes.

"The authors of the concept of European integration managed to short circuit the minds of the people, making a link between Hitler's aggressive nationalism (nationalism of a totally negative type) and the traditional nation state, calling into question the existence of nation states in general. Of the many fatal mistakes and lies that have always underpinned the evolution of the EU, this is one of the worst."

Mr Klaus is genuinely baffled and aghast when describing his state visit to Italy last week, where he encountered what he called the **"destructive mentality"** of Italian politicians who were using the eurozone crisis to give up on democracy and to evade responsibility for running their country.

"It was really very depressing for me how many leading Italian politicians expressed the view that it is necessary to shift competences from Italy to Brussels because of one thing: **they passively accept they are not able to make rational decisions themselves,**" he said. **"They can now find the excuse or alibi that 'we are forced to do it'. I have never heard it before so explicitly or directly.**

"It is a flight from accountability and responsibility. They have given up on the role and importance of democracy. That is the final and really tragic consequence."

With sadness, more than anger, he concludes that the Conservatives, in government under David Cameron, are no better than any other national politicians with "two faces", who "show one to their voters and the other when speaking in Brussels, at various EU summits and similar events."

"We see it best with the British Conservatives after Margaret Thatcher. With the full weight of public opinion behind them, sharply opposing the euro and any further transfer of powers to Brussels - winning many a vote thanks to this - as soon as they step on to the continent, their resolve to fight for these principles evaporates," he writes.

Speaking to *The Sunday Telegraph*, he is too courteous as Czech head of state to criticize directly the Prime Minister's leadership, but is privately said to be despairing at his lack of fight at the EU summit table. "I would wish to return to the original position with the Conservative Party. I don't really wish to add to what I say in my book," he said.

After the collapse of Communism, conservatives in the Czech Republic found natural allies in their Britain counterparts under Baroness Thatcher - a relationship that has continued, with members of Mr Klaus's party sitting in the grouping led by British Conservatives in the European Parliament.

But Mr Klaus himself is beginning to think beyond that. **As Czech president he cannot act unilaterally, but he expresses his personal support for the UK Independence Party**, a relationship that became closer after a recent meeting with its leader Nigel Farage, and he hinted at possible plans when his second and last term of office ends next March.

"Involvement in an explicit way is at the moment out of the question. I suppose in the long run, but definitely not as president of this country," he said, adding: "I support many of their ideas."

Europe: The Shattering of Illusions by Václav Klaus is published by Bloomsbury on 27 September 2012 (£16.99)

ECB in 'panic', say former chief economist Juergen Stark

The European Central Bank is in "panic" over the eurozone crisis and acting outside its mandate with its new bond-buying plans, the bank's former chief economist said in comments published Saturday.



Mr Stark quit in late 2011, following in the footsteps of former Bundesbank head Axel Weber, who stepped down earlier in the year from Germany's central bank because of unease about the ECB's policies. Photo: Bloomberg News

The Telegraph 22 Sep 2012

"The break came in 2010. Until then everything went well," Juergen Stark, the German who resigned from the ECB in late 2011 after criticizing its earlier round of buying up of sovereign debt, [told Austrian daily Die Presse in an interview](#).

"Then the ECB began to take on a new role, to fall into panic. It gave in to outside pressure ... pressure from outside Europe."

Mr Stark said the ECB's new plan to buy up unlimited amounts of eurozone states' bonds, announced on September 6, on the secondary market to bring down their borrowing rates was misguided.

"Together with other central banks, the ECB is flooding the market, posing the question not only about how the ECB will get its money back, but also how the excess liquidity created can be absorbed globally," Mr Stark said.

"It can't be solved by pressing a button. If the global economy stabilizes, the potential for inflation has grown enormously."

He added that "panic" about the eurozone breaking up was "nonsense" but that the only way to end the crisis was for member states to bring down their debts and implement structural reforms to boost economic growth.

"Governments have recognized that returning to budgetary discipline is indispensable. Markets focus much more on whether states will be able to service their debts in five years' time," he said.

Mr Stark quit in late 2011, following in the footsteps of former Bundesbank head Axel Weber, who stepped down earlier in the year from Germany's central bank because of unease about the ECB's policies.

Mr Weber's successor Jens Weidmann was the only member of the ECB's policy-setting governing council to vote against the bank's new programme earlier this month.

"Weidmann's arguments ... should not be made light of," Mr Stark told *Die Presse*. "The way in which his position has been publicly commented upon by the ECB leadership has crossed the line of fairness."

Source: AFP

Stark: "EZB bewegt sich außerhalb ihres Mandats"

21.09.2012 | 16:03 | Von Franz Schellhorn und Nikolaus Jilch (Die Presse)

Aus Sicht des früheren EZB-Chefvolkswirts Stark hat die EZB dem Druck von außen nachgegeben. Im "Presse"-Interview ortet er hohes Inflationspotenzial und hält die europäische Debatte über Sparprogramme für eine semantische Irreführung.

Die Presse: Sie haben vor knapp einem Jahr Ihren Rücktritt aus der EZB-Führung auch damit begründet, die Regierungen im Euroraum wachrütteln zu wollen. Mit diesem Vorhaben dürften Sie gescheitert sein, oder?

Jürgen Stark: Also ich will meine Person nicht überschätzen. Das Signal, das ich mit meinem Rücktritt an die Europäische Zentralbank und die Politik geben wollte, war: Ihr seid auf dem falschen Weg! **Innerhalb weniger Stunden wurde eine wichtige Geschäftsgrundlage der Wirtschafts- und Währungsunion einfach auf die Seite geschoben: Die No-Bail-Out-Klausel (die Verpflichtung der Euroländer, keinen Partnerstaat rauszuboxen, Anm.).** Jetzt kann man darüber diskutieren, ob Kredite an ein anderes Euroland ein Bail-Out sind. De jure wohl nicht, aber de facto kann es dazu kommen.

Wann wäre das der Fall?

Im Falle eines zweiten Schuldenschnitts in Griechenland. Von dem wäre dann auch die öffentliche Hand betroffen – und dann haben wir den Transfer. Das wäre ein Bail-Out, ohne jeden Zweifel.

Ihr Rücktritt hat an der Geldpolitik nicht viel geändert. Im Gegenteil: Anfang September hat die EZB bekannt gegeben, unbegrenzt Anleihen europäischer Krisenstaaten aufzukaufen. Hat sie überhaupt ein Mandat dafür?

Auffällig ist, dass sowohl Zentralbanker als auch Politiker erklären, dass das, was die EZB jetzt beabsichtigt zu tun, im Rahmen ihres Mandats ist. Sie bleiben aber die Rechtfertigung schuldig, warum das so ist. Es wäre auch sehr schwer zu erklären. **Nach meinem Urteil bewegt sich die EZB mit der Entscheidung von Anfang dieses Monats (künftig unbeschränkt Staatsanleihen europäischer Krisenstaaten aufzukaufen, Anm.) außerhalb ihres Mandats.**

Und warum passiert es trotzdem?

Die Zentralbank ist enorm unter Druck. Und da spielt das Mandat keine Rolle, denn der Politik ist das Hemd näher als der Rock. **Man schiebt die Verantwortung an die Zentralbank und sagt: „Die können das machen, die können Geld drucken“.** Dass dadurch die realwirtschaftlichen Probleme nicht gelöst werden, ist klar. **Im Gegenteil:** Mit dem weltweiten Fluten der Märkte werden Bedingungen geschaffen, die dazu führen können, dass neue Übertreibungen entstehen.

VOTE FOR ME.



I CAN PRINT MONEY.

Sie meinen **neue Spekulationsblasen durch das viele billige Geld?**

Schauen Sie, was die Ankündigungen von Mario Draghi und Ben Bernanke bewirkt haben (unbeschränkter Ankauf von Staatsschulden bzw. Anleihenkäufe durch die Fed, Anm.): **Die Aktienkurse sind weltweit um acht Prozent gestiegen. Ist das gerechtfertigt durch die weltwirtschaftlichen Fundamentaldaten?**

Kann die EZB denn je wieder auf den „richtigen Weg“ zurückkehren?

Gemeinsam mit anderen Zentralbanken flutet die EZB heute die Märkte, sodass nicht nur die Frage ist, wie die EZB das Geld wieder zurücknehmen kann. Sondern wie wir die vorhandene Überschussliquidität global wieder absorbieren können. Das geht nicht auf Knopfdruck. Wenn es zu einer Stabilisierung der Weltwirtschaft kommt, ist das Potenzial für Inflation enorm gewachsen.

Viele Ökonomen fürchten aber eine Deflation.

Vor allem jene, die den Druck auf die EZB erhöhen wollen, damit diese die Märkte weiter mit billigen Geld flutet. **Die Zentralbanken sind in unserer fragilen „Fiat money“-Geldordnung (Papiergeldsystem, Anm.) aber der einzige Anker für Preisstabilität.** Die EZB erklärt per Dekret: dies ist Geld. Die Glaubwürdigkeit dieses Geldes hängt von einer Institution ab: der Zentralbank. Deshalb darf sie nicht weiter überfordert werden.

Auch die EZB behauptet, dass Inflationsängste völlig unbegründet sind.

Die EZB sagt ja auch, dass der Ankauf von Staatsanleihen wieder „sterilisiert“ werden könne. Also, dass das frische Geld dem Markt an einer anderen Stelle entzogen wird. Ob das gelingt, ist eine andere Frage. Ich kann nicht einfach an den Markt gehen und sagen, nächsten Dienstag wollen wir 80 Milliarden Euro aus dem Markt ziehen. Da müssen auch die Marktteilnehmer mitspielen. Wenn sie aber die Liquidität lieber horten, bleibt sie bei den Banken.

Solange das Geld zwischen Banken und EZB zirkuliert, gibt es ja nicht wirklich ein Problem.

Richtig, dann geht die Liquidität nicht in den Wirtschaftskreislauf. Inflation kann sich aber auch über veränderte Inflationserwartungen entwickeln. Die Frage ist also, was erwartet die Öffentlichkeit?

Einer aktuellen Umfrage zufolge fürchtet sich die Bevölkerung in Österreich am meisten vor steigenden Lebenshaltungskosten.

Das ist die Unsicherheit, die eng mit der Frage nach dem Vertrauen in die Zentralbanken verknüpft ist. **Mario Draghi hat gesagt, alles zu tun, um den Euro zu retten. Aber es geht hier doch gar nicht um die Rettung des Euro. Wir haben es mit Problemen einzelner Länder zu tun. Und sollte ein Land ausscheiden, ist das nicht das Ende des Euro.**

War den Entscheidungsträgern bei der Euro-Einführung denn nicht klar, dass einige Mitgliedsländer auch in Staatsbankrott gehen könnten?

Doch, aber es gab die implizite Annahme, dass dies nicht geschehen wird. Weil man nur Länder in die Währungsunion aufnehmen wollte, die sich dafür qualifiziert haben. Mit einer verantwortungsvollen Politik, die nachgewiesen hat, dass das jeweilige Land nicht in finanzielle Schwierigkeiten kommen wird. **Aber wir sind – ich kann das ja sagen – mit zu vielen Ländern in diese Währungsunion gegangen.**

War man zu naiv, oder hat man von den Mitgliedern zu viel gefordert?

Die europäischen Finanzminister trafen sich am 31. Dezember 1998, um den Start des Euro zu feiern. Am 1. Jänner 1999 gingen sie nach Hause und führten dieselbe Politik weiter, als hätte sich nichts geändert. Es hatte sich aber etwas geändert: Es gab plötzlich eine Institution in Frankfurt, die sich um die Währung kümmerte. **Und damit war klar, dass schlechte Haushaltspolitik nicht mehr über die Abwertung der nationalen Währung zu korrigieren ist.**

Wird die Währungsunion an diesem Missverständnis zerbrechen?

Also diese Panik, dass die Währungsunion zerbrechen könnte, ist absoluter Unsinn. Die Regierungen haben erkannt, dass ihnen die Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin niemand abnehmen kann. Die Märkte achten viel stärker darauf, ob Staaten in fünf Jahren ihre Schulden noch bedienen können. Für Länder, die unsolide wirtschaften, wird es dementsprechend teurer. Zur Konsolidierung gibt es also keine Alternative. Und der Weg führt nur über strukturelle Reformen. Das ist schmerzhaft, muss aber sein.

Genau das wird von zahlreichen Politikern und Ökonomen bezweifelt. Sie sagen, mit dem Sparen werde das schwache Wachstum ganz abgewürgt.

Aber es wird doch nirgendwo gespart! Das ist eine semantische Irreführung. Die Nettoneuverschuldung steigt. Schwächer als vorher, aber sie steigt.

Ist die Währungsunion in ihrer angedachten Form bereits gescheitert?

Es kommt aber drauf an, was Sie darunter verstehen. **In ihrer ursprünglichen Form ist die Währungsunion nie umgesetzt worden. Ist ein Konzept gescheitert, wenn es nie umgesetzt wird? Sind die Maastricht-Kriterien gescheitert, wenn sie nie eingehalten werden?**

Man könnte das Scheitern auch daran festmachen, dass die Bevölkerung nicht jenen Euro bekommen hat, den man ihr versprochen hat.

Also Entschuldigung: Der Euro, den man der Bevölkerung versprochen hat, ist doch erreicht worden. Eine Inflationsrate in den ersten zehn Jahren mit etwa zwei Prozent, das kann sich doch sehen lassen. Und das waren nicht nur Schönwetterperioden. Zudem sind alle Schocks gut aufgefangen worden.

Aber?

Aber ich mache eine Zäsur im Jahr 2010: Bis dahin ist alles gut gelaufen. Dann hat die EZB begonnen, sich in eine neue Rolle zu begeben – in Panik zu verfallen. Sie hat dem Druck von außen nachgegeben. Insbesondere jenen, die gesagt haben: „Ihr Europäer, ihr müsst über dieses zweite Maiwochenende 2010 eine Entscheidung treffen und viel Geld in die Hand nehmen“ (um Griechenland mit „einmaligen“ Finanzhilfen vor der Pleite zu retten, Anm.). Und das hat jetzt Schule gemacht.

Mit „Druck von außen“ meinen Sie jenen aus den USA?

Ich meine den Druck von außerhalb Europas.

Großer Druck wird mittlerweile ja auch innerhalb der EZB ausgeübt. Dort fallen die Beschlüsse neuerdings immer geschlossen gegen Deutschland.

Ich glaube, man darf die Argumente, die von **Jens Weidmann** (Präsident der Deutschen Bundesbank, Anm.) vorgebracht werden, nicht lächerlich machen. Die Art und Weise, wie seine Position von der Führung der EZB in der Öffentlichkeit kommentiert wurde, hat die Grenze der Fairness überschritten. **Hier läuft die EZB Gefahr, wichtige Teile der europäischen Öffentlichkeit nicht Ernst zu nehmen.**

Wie lange kann sich denn Deutschland seinen Widerstand noch leisten?

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Textziffer gesagt, dass der Ankauf von Staatspapieren gegen das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Notenbank verstößt. Das bringt die Deutsche Bundesbank in einen Konflikt. Das ist eine sehr diffizile Situation.

Wieso? Im Brechen von Recht hat man inzwischen doch eine gewisse Routine entwickelt.

Das wird von vielen Europarechtlern zwar bestritten, aber es gibt eine andere Gruppe von Verfassungsjuristen, die von einem fortgesetzten kollektiven Rechtsbruch sprechen. Und das würde ich als Nichtjurist auch so sehen: **Es gibt einen fortgesetzten kollektiven Rechtsbruch.**

Former ECB Chief Economist Says ECB Is In Panic, As Czech President Warns The End Of Democracy Is Imminent

ZeroHedge Submitted by [Tyler Durden](#) on 09/22/2012 21:16 -0400

If anyone thought the bad blood between Germany and the rest of the insolvent proletariat, aka the part of the Eurozone which is out of money (most of it), and which has been now confirmed [will be supporting Obama](#) (one wonders what the quid for that particular quo is, although we are certain we will find out as soon as December), complete collapse of the Greek neo-vassal state of the globalist agenda notwithstanding, had gone away, here comes former ECB chief economist Juergen Stark to dispel such illusions. In an interview with [Austrian Die Presse](#), the former banker said what everyone without a PhD understands quite well: "The break came in 2010. Until then everything went well..." **Then the ECB began to take on a new role, to fall into panic...** Together with other central banks, the ECB is flooding the market, posing the question not only about how the ECB will get its money back, but also how the excess liquidity created can be absorbed globally. "It can't be solved by pressing a button. If the global economy stabilises, the potential for inflation has grown enormously... It gave in to outside pressure ... **pressure from outside Europe**" Why, whichever bank headquartered at 200 West, NY, NY might he be referring to?

From [Telegraph](#):

He added that "panic" about the eurozone breaking up was "nonsense" but that the only way to end the crisis was for member states to bring down their debts and implement structural reforms to boost economic growth.

"Governments have recognised that returning to budgetary discipline is indispensable. Markets focus much more on whether states will be able to service their debts in five years' time," he said.

Mr Stark quit in late 2011, following in the footsteps of former Bundesbank head Axel Weber, who stepped down earlier in the year from Germany's central bank because of unease about the ECB's policies.

Mr Weber's successor Jens Weidmann was the only member of the ECB's policy-setting governing council to vote against the bank's new programme earlier this month.

"Weidmann's arguments ... should not be made light of," Mr Stark told Die Presse. "The way in which his position has been publicly commented upon by the ECB leadership has crossed the line of fairness."

And speaking of continuing takeover of the world by a few not so good banks, a loud warning that the advent of globalist influences (i.e., bankers) is taking over Europe and that the **"destruction of Europe's democracy is in its final phase"** comes not from some European (or American... or Zimbabwean) fringe blog, but from the 71 year old president of the Czech Republic, *someone who certainly knows about the difference between communism and democracy*, Vaclav Klaus. In an interview with [The Sunday Telegraph](#), "Václav Klaus warns that "two-faced" politicians, including the Conservatives, **have opened the door to an EU superstate by giving up on democracy, in a flight from accountability and responsibility to their voters. "We need to think about how to restore our statehood and our sovereignty. That is impossible in a federation. The EU should move in an opposite direction,"** he said."

Alas, what also is impossible in a Federation is for a banker-controlled entity to provide money out of thin air, i.e., public debt, which dilutes the "common currency" in the process preserving the illusion that credit-fueled growth (the only kinds the world has seen since the advent of the Federal Reserve) can continue for ever, when in reality all that is happening is the ongoing dilution of sovereignty alongside the destruction of individual currencies. This is precisely what the status quo, i.e., the abovementioned company headquartered at 200 West, wants.

And what the status quo wants it always gets, absent a revolution.

Back to [Klaus](#):

Speaking in Hradcany Castle, a complex of majestic buildings that soars above Prague, and is a symbol of Czech national identity, Mr Klaus described Mr Barroso's call for a federation, quickly followed by the German-led intervention, as an important turning point.

"This is the first time he has acknowledged the real ambitions of today's protagonists of a further deepening of European integration. Until today, people, like Mr Barroso, held these ambitions in secret from the European public," he said. "I'm afraid that Barroso has the feeling that the time is right to announce such an absolutely wrong development.

"They think they are finalising the concept of Europe, but in my understanding they are destroying it."

President Klaus, 71, is one of Europe's most experienced conservative politicians; he has served as his country's prime minister twice after winning national elections and will complete his second term as Czech President next year.

Frequently referred to as the "Margaret Thatcher of Central Europe", Mr Klaus was born in Nazi-occupied Prague, played a key role in the 1989 Velvet Revolution that overthrew Communism and became founder of the Czech Civic Democratic Party, which has remained in government for most of the Czech Republic's independence.

He reluctantly recommended Czech Republic membership of the EU in 2004 and five years later was the last European head of state to sign the Lisbon Treaty, delaying signature, under intense international pressure, until all legal and constitutional appeals had been exhausted against it in his country. **"We were entering the EU, not a federation in which we would become a meaningless province,"** he said.

"When it comes to the political elites at the top of the countries, it is true, I am isolated," he said. **"Especially after our Communist experience, we know, very strongly and possibly more than people in Western Europe, that the process of democracy is more important than the outcome.**

"It is an irony of history, I would never have assumed in 1989, that I would be doing this now: that it would be my role to preach the value of democracy."

Even more ironic than the return of corporation-controlled statism under the guise of socialism, will be the return of fascism, whose neo-variants are already exhibiting themselves in countries like Greece.

But more on that in a few months, when other European countries get sick and tired of the banker oligarchy and realize that there is really no party that represents the people in a world in which democracy is merely a mirage.

And so, once again, the most horrific aspects of humankind history will repeat themselves, only this time with far more potent and destructive weapons to enforce one's ideological superiority, or in this case to preserve an global equity tranche where the legacy wealth is preserved, and which in any normal parallel universe would have long since been wiped out. Just as soon as the "Democratic" emperor is exposed as having no clothes by more than just those who still are not afraid to tell the truth.

Some Brief Thoughts on European Federalism

EconoMonitor Author: [Marc Chandler](#) · September 20th, 2012

It is widely appreciated that Europe's monetary union is problematic because it was not accompanied by fiscal union. Transfer payments are very limited. At the end of the day, and despite what you may recall from geography classes, Europe is a political and historical construct. It is the western peninsula of the great Euroasian landmass. The construction of Europe is a work in progress.

Just like nationalism destroyed the globalization of the late 19th and early 20th centuries, it would seem to threaten this version of globalization as well. **Integration in Europe is primarily an elite project and that elite seems divided and jealously guard their sovereignty. Europe has not created Europeans.**

However, it seems to run even deeper than this. Consider that the richest German state Bavaria seeks to roll back the transfers it makes to the rest of Germany. If Bavaria does not want to subsidize Berlin, for example, how can they be expected to help non-residents?

The problem is not limited to Germany. The tensions and political fault lines between northern and southern Italy reflect a similar problem. It is also evident in Spain. The head of Catalonia today met with Prime Minister Rajoy. Essentially Catalonia argues that the reason it is having debt/deficit issues is not because of economic mismanagement, but because it transfers about 9% of its GDP to Madrid. Catalonia accounts for about a fifth of Spain's GDP.

The point is that federalism is not just missing at the euro-area level, but it does not seem particularly strong within countries. The crisis is so profound that increasingly **the only relationship that matters is creditor and debtor.** This is true within as well as between countries. And the weakening of the former bodes ill for the latter.

Many investors and observers still worry that when push comes to shove, the creditors within the euro area rather than the debtors, are the ones to break from monetary union. I remain skeptical. One of Germany's greatest fears is to being isolated and being held responsible for the break-up of Europe. A new division in Europe would signal a failure on Germany's part to solidify its role as Europe's leader.

This post was originally published at [MarctoMarket](#) and is reproduced here with permission.

<http://blogs.wsj.com/brussels/2012/09/21/eu-diplomacy-over-anti-islam-video/?mod=WSJBlog&mod=brusselstab/print/>

[WSJ Blogs](#)

[Real Time Brussels](#)

Insight and analysis from The Wall Street Journal and Dow Jones team in Brussels

- September 21, 2012, 11:34 AM

EU Diplomatic on Anti-Islam Video

By [Laurence Norman](#)

Governments across Europe (and elsewhere) have struggled with how best to react to a U.S.-made anti-Islamic video and the violence it has sparked in many Muslim countries.

On the one hand, democratic countries want to stand up for freedom of speech and speak out against violence; on the other hand they want to oppose those who seek to sow hatred and show concern over offensive attacks on religious sensitivities.

The European Union's foreign policy chief Catherine Ashton this week set herself up for an even trickier task: Craft a statement that not only reflects Europe's concerns, but also those of the Arab league, the Organization of the Islamic Conference and the African Union.

Cue some difficult back-and-forth diplomacy. Late Thursday, the four regional groups released a statement that does "condemn any message of hatred and intolerance" and sympathizes with "the anguish of Muslims at the production of the film insulting Islam."

But the four organizations also recognized freedom of expression and criticized the violent response to the film. "Offensive speech cannot be met with violent acts as it will only create a spiral of brutality from which we will all suffer," they said.

Getting there wasn't easy. The message was the outcome of several days of what one EU diplomat called "intensive" back-and-forth between Brussels and the other organizations. Baroness Ashton's office initially pushed a draft that went heavy on freedom of speech. She got back an almost entirely rewritten version which focused on the offensiveness of the video.

The full text below is the compromise version. A White House official called it "excellent," according to the EU diplomat. Others may have preferred a sterner defense of free speech.

Readers' (non-offensive) views are welcomed...

"As representatives of four regional organizations, we want to send a message today of peace and tolerance.

We share a profound respect for all religions. We are united in our belief in the fundamental importance of religious freedom and tolerance. We condemn any advocacy of religious hatred that constitutes incitement to hostility and violence. While fully recognizing freedom of expression, we believe in the importance of respecting all prophets, regardless of which religion they belong to.


The anguish of Muslims at the production of the film insulting Islam, posting of its trailer on the internet and other similar acts, is shared by all individuals and communities who refuse to allow religion to be used to fuel provocation, confrontation and extremism.

We condemn any message of hatred and intolerance. We know that the behaviour of small groups of people does not speak for the larger communities from which they hail; but the damage they can inflict can be

considerable. We must ensure that the recent events do not undermine the relationships of trust and respect we have built up over so many years among our peoples, communities and states. The international community cannot be held hostage to the acts of extremists on either side.

We reiterate our strong commitment to take further measures and to work for an international consensus on tolerance and full respect of religion, including on the basis of UN Human Rights Council resolution 16/18. We further call on all leaders, whether they be political, secular or religious, to promote dialogue and mutual understanding. And we will continue our efforts to show that what joins us together across regions and religions is far greater than what separates us.

The only answer to the darkness of intolerance and ignorance is the light of mutual respect, tolerance and dialogue.”

- http://online.wsj.com/article/SB10000872396390444620104578010360773875202.html?mod=WSJUK_hpp_LEFTTopWhatNews#printMode
- 
WSJ.com
- EUROPE NEWS
- September 22, 2012, 3:32 p.m. ET

IMF: Lack of Competition Hurts Greek Fuel Market

By [ALKMAN GRANITSAS](#)

ATHENS—Lack of competition in Greece's oil-refining industry is costing consumers here more than \$1 billion a year, according to a draft internal report by the International Monetary Fund, in an indication of the deep structural problems that many economists believe are hobbling Greece's chances of recovering its footing.

Despite five years of recession, soaring unemployment and repeated efforts to open up its highly regulated economy, prices in Greece remain stubbornly high—a major obstacle to restoring its lost competitiveness and growth. One reason, according to the IMF and other analysts, is a combination of dominant companies and excessive regulation that stifles competitors. Efforts to liberalize dozens of sectors, including legal services and cruise shipping, have made only modest headway.

IMF officials are part of a troika of international inspectors monitoring Athens's overhauls as part of the country's latest €173 billion (\$225 billion) bailout deal. The internal report, prepared by the IMF's on-the-ground team in Athens, details a thicket of bureaucratic red tape and lapses in law enforcement that it says allow big players to dominate the markets for gas, diesel and heating oil, damaging the economy.

Greece's new conservative-led coalition government, voted into office in June, says it wants to fix that and is moving to combat anticompetitive practices in the marketplace.

"A better-functioning fuels market is something we desire and we will examine every proposal on how to bring that about," said government spokesman Simos Kedikoglou. "We are already doing that by stepping up our checks because we are well aware that due to high taxes"—Greece has the highest fuel taxes in Europe—"Greeks, on account of the crisis, pay very high prices for gasoline overall."

Mr. Kedikoglou wouldn't comment on the specifics of the report, however, saying its contents hadn't been divulged to the government.

The report, reviewed by The Wall Street Journal, also levels criticism at the country's two biggest oil refiners, which it says use their market muscle to exert effective control over the heavily regulated market.

As an example, the report outlined a chain of obstacles it says effectively prevent independent gas stations from buying fuel abroad. All importers must have facilities to hold 60 days of inventory, something beyond the capability of many smaller businesses. And fuel can only be transported in large tractor-trailer tankers, though gas stations aren't permitted to own vehicles that large. "This makes it impossible for independent gas stations to transport fuel into Greece," the report says.

The IMF declined to comment on the draft, but confirmed its authenticity.

Although a draft report, and still subject to revision, many of the allegations it makes aren't new. Greece's de facto restrictions on imports—such as the rules relating to storage facilities and the impediments facing independents—have been the subject of more than two decades of complaints by European Union regulators against Greece.

Greece's own antitrust watchdog, the Hellenic Competition Commission, investigated the fuel market in late 2006 and issued four reports and two decisions ordering the government to open up the market, with little effect. The drafting of the IMF report suggests the Fund has now also taken an interest in Greece's fuel market and may press the government to open up the sector as part of the long-term overhauls Greece must make in order to receive continued aid.

Many economists and business people complain of similar problems in dozens of sectors, but the fuel market has perhaps the biggest impact on the economy.

"Uncompetitive markets cause high costs for Greek consumers," the report says. "Given how important energy is for the overall economy, competitiveness of Greece would be improved by better functioning fuel markets. This market needs reform."

"The Greek market is highly concentrated and basically controlled by the two domestic refiners," the IMF report says, adding that lower fuel prices could help push down Greece's consumer inflation rate by more than 1%. It says profit margins for fuel products in Greece are among the highest in Europe, and in the case of home heating oil, more than twice the European Union average.

The report also alleges that the two big refiners, controlled by two of the country's best known and richest tycoons, engage in manipulative and anticompetitive practices. Referring to the Hellenic Competition Commission investigation in 2006 and two European Court of Justice rulings, it contends that Motor Oil Hellas Corinth Refineries SA and Hellenic Petroleum SA—which together own all of the country's refining capacity, control 70% of its wholesale market and 60% of all gas stations—have hit retailers with surcharges, failed to disclose pricing information and manipulated international benchmark indexes.

Motor Oil Hellas, controlled by Greek oil magnate Vardis Vardinoyannis, declined to comment on the report.

Officials at Hellenic Petroleum, which is partly owned by the Greek government, said the problems in the market lie elsewhere.

"Hellenic Petroleum believes that the greatest problem of the Greek fuels market is fuel smuggling, adulteration and cheating, which lead to distortions in the market that burden the end consumers as well as the legitimate companies," said a spokesman for the company. "Hellenic Petroleum has submitted to the authorities a written 10-point proposal with their positions on how to eliminate those distortions."

Hellenic Petroleum, the larger of the two firms, is controlled by shipping and oil tycoon Spiros Latsis, who owns 41.9%. The Greek government owns a 35.5% stake.

Messrs. Vardinoyannis and Latsis have high profiles in Greece. Mr. Latsis, whose family also controls Greece's second-biggest bank and a leading property developer, is ranked as Greece's second-richest man by Forbes. His net worth of \$2.6 billion puts him just a bit below American television celebrity Oprah Winfrey in the global billionaires' league table.

The report says that "consumers and producers, taxpayers, independent and franchised gas stations" would all benefit from liberalization. But it warned that "owners and employees of the two refineries and their wholesalers" as well as "customs officials" would likely resist change.

Write to Alkman Granitsas at alkman.granitsas@dowjones.com

NYT September 19, 2012

Some Religious Leaders See a Threat as Europe Grows More Secular

By [JACK EWING](#)

HOF, Germany — This sleepy town not far from the Czech border, in a hilly corner of Catholic Bavaria, is an unlikely place to find an active synagogue, and an even unlikelier focal point for a controversy that some see as a threat to religious tolerance in Europe and even the place of Jews in Germany.

Rabbi David Goldberg, a jovial 64-year-old Israeli who serves a community of about 400 Jews in Hof, has become an international cause célèbre after four German citizens filed criminal complaints against him with the local prosecutor. His alleged crime, which made headlines in Israel and elsewhere, was performing ritual circumcisions.

The dispute reflects the ever deeper secularization of European life that, in the eyes of some religious leaders, has mutated into a form of intolerance. This conflict between secular and religious values has most frequently involved Islam, with bans on minarets in Switzerland and veils that cover women's faces in France. Elsewhere, a recent American-made anti-Islamic video has touched off violent demonstrations. And sensitivities were further inflamed Wednesday with the [publication in a French magazine](#) of unflattering caricatures of the Prophet Muhammad, several of them showing him naked.

But the debate over ritual circumcision shows that the tensions extend even further.

Rabbi Goldberg does not seem especially worried. Anyone can file a complaint against anyone else in Germany, and he may never face formal charges. Rabbi Goldberg has not hired a lawyer and declined an offer from one who was willing to handle the case for free.

The more serious threat, in the eyes of Rabbi Goldberg and many Jews, Muslims and Christians in Europe, comes from what they see as an attack by secular society on religious ritual, on faith itself. A seemingly insignificant decision by a lower court in Cologne, against a doctor who circumcised a Muslim boy, has fed a rapidly spreading drive to criminalize a practice that is core to Jewish and Muslim belief.

In contrast to the United States, baby boys in Germany and other European countries are not routinely circumcised for health reasons. The World Health Organization recommends circumcision as a way to reduce the spread of AIDS, but many doctors in European countries regard the practice as harmful and even barbaric.

The line of demarcation between church and state in Germany is also different from that in the United States. Chancellor Angela Merkel leads the Christian Democratic party and is the daughter of a Protestant pastor. But, in contrast to the displays of piety expected of American politicians, she rarely mentions religion or is photographed attending church.

Nevertheless, Ms. Merkel is pushing for legislation to allow circumcision to continue, and she is winning praise from Jewish leaders. And Rabbi Goldberg says some of the most fervent letters of support he has received have come from Christians.

“They know the Bible,” he said, speaking in the renovated schoolhouse in a residential neighborhood in Hof that serves as synagogue, community center and residence for him and his family. “They are afraid for their religion as well.”

For the more than 100,000 Jews who live in Germany, the tenor of the circumcision debate has come as a shock, undercutting confidence that they had found a secure place in society after the horrors of the Holocaust. Only a few months ago, that confidence had seemed justified when voters in Frankfurt chose their first Jewish mayor since 1933.

But now, some Jewish leaders say, the circumcision debate has exposed how ignorant many Germans are about Jewish beliefs.

“This discussion has shown that we are foreigners in our own country, doing something that Germans are not supposed to do,” said Stephan J. Kramer, secretary general of the Central Council of Jews in Germany. “We are accused of torturing our own children.”

Muslims express similar sentiments. “There are more than a few people who have something against Muslims and Jews, and they are taking advantage of this,” said Aiman A. Mazyek, chairman of the Central Committee of Muslims in Germany. “They can hide behind this discussion. They can say what they always wanted to say.”

A German pediatricians’ association, as well as a children’s aid group, are helping lead a petition drive calling for a two-year moratorium on circumcision. For religious Jews, such a moratorium would be catastrophic. The Bible tells them to circumcise a baby boy eight days after birth, unless there is a medical reason to wait.

But Jews in Europe, not just in Germany, say that it is difficult to convince people who are not religious that circumcision is regarded as a command from God, and that without it a young man cannot enter Jewish society.

“It’s a secular society. People don’t have much sense about religion or much knowledge of religion,” said Ervin Kohn, a Jewish leader in Oslo, where a debate about circumcision is also under way. There are about 1,500 Jews in Norway, he said, out of a total population of 4.7 million.

“When people hear debate about circumcision, they have trouble connecting it with religious freedom,” Mr. Kohn said. “When I say that circumcision for us is an existential question, they don’t always understand it.”

The catalyst for the controversy and the complaints against Rabbi Goldberg in Hof was a [State Court decision](#) in Cologne in June that found that a doctor committed criminal bodily injury by performing a circumcision on a 4-year-old Muslim boy.

Under the German legal system, the decision had no binding effect on other judges or prosecutors, even in Cologne, said Jan F. Orth, a judge at the State Court there who serves as its spokesman.

A panel of three judges, two of whom were non-lawyers analogous to citizen jurors, did not impose a punishment on the doctor. More than a month went by before the decision was picked up by the German news media. The case is not being appealed and will not go to a higher court, Mr. Orth said.

Still, the Cologne case prompted hospitals as far away as Zurich to suspend circumcisions, and it emboldened an anticircumcision movement in Germany as well as in countries like Denmark that had gone little noticed until then.

Even though the court case involved a Muslim boy, the debate in Germany quickly pivoted to a discussion about Jewish religious practice — and then landed in Hof, a city of 45,000 that has been largely bypassed by the economic boom in the rest of Bavaria. Hof’s population has been declining for decades, but the Jewish population has grown.

Gerhard Schmitt, the chief prosecutor in Hof, said he has not yet decided whether to start a formal investigation against Rabbi Goldberg, much less file charges.

During 15 years in Hof, Rabbi Goldberg said, he has never encountered anti-Semitism. A handful of neo-Nazis staged a march in May, but local citizens organized a much larger counterdemonstration.

Local Christian leaders have rallied around Rabbi Goldberg. The Rev. Günter Saalfrank, a minister who oversees Protestant churches in Hof and the surrounding region, attributed the controversy to ignorance of Judaism and said it is unfortunate that the debate has revolved around the definition of criminal bodily injury.

“It narrows the issue,” he said. “Circumcision is about much more than that. It has been done for thousands of years, a totally normal ritual.”

There is not much demand for circumcision in Hof. But Rabbi Goldberg said he has been called to places like Prague and Budapest to perform the ritual, and he estimates that he has carried out 4,000 in a long career. He is puzzled by suggestions that circumcisions are harmful to babies.

“In Judaism, the health of the baby is more important than anything,” Rabbi Goldberg said. The harm, he added, would come if the baby was not circumcised. “A man who is not circumcised cannot understand the context of the Bible,” he said. “It is very, very important.”

NYT September 22, 2012

Exploiting the Prophet

By OP-ED columnist [NICHOLAS D. KRISTOF](#)

“PISS CHRIST,” a famous photograph partly financed by taxpayers, depicted a crucifix immersed in what the artist said was his own urine. But conservative Christians did not riot on the Washington Mall.

“The [Book of Mormon](#),” a huge hit on Broadway, mocks the church’s beliefs as hocus-pocus. But Mormons haven’t burned down any theaters.

So why do parts of the Islamic world [erupt in violence](#) over insults to the Prophet Muhammad?

Let me try to address that indelicate question, and a related one: Should we curb the freedom to insult religions that are twitchy?

First, a few caveats. For starters, television images can magnify (and empower) crazies. In Libya, the few jihadis who killed Ambassador Chris Stevens were vastly outnumbered by [the throngs](#) of Libyan mourners who apologized afterward.

Remember also that it’s not just Muslims who periodically go berserk, but everybody — particularly in societies with large numbers of poorly educated young men. Upheavals are often more about demography than about religion: the best predictor of civil conflict is the [share of a population](#) that is aged 15 to 24. In the 19th century, when the United States brimmed with poorly educated young men, Protestants rioted against Catholics.

For much of the postwar period, it was the secular nationalists in the Middle East who were seen as the extremists, while Islam was seen as a calming influence. That’s why Israel helped nurture Hamas in Gaza.

That said, for a self-described “religion of peace,” Islam does claim a lot of lives.

In conservative Muslim countries, sensitivities sometimes seem ludicrous. **I once covered a Pakistani college teacher who was imprisoned and threatened with execution for speculating that the Prophet Muhammad’s parents weren’t Muslims. (They couldn’t have been, since Islam began with him.)**

I think a few things are going on. The first is that many Muslim countries lack a tradition of free speech, and see ridicule of the prophet as part of a larger narrative of the West’s invading or humiliating the Islamic world. People in these countries sometimes also have an addled view of how the United States handles blasphemy.

A [Pakistani imam](#), Abdul Wahid Qasmi, once told me that President Bill Clinton burned to death scores of Americans for criticizing Jesus. If America can execute blasphemers, he said, why can’t Pakistan?

I challenged him, and he plucked an Urdu-language book off his shelf, thumbed through it, and began reading triumphantly about [the 1993 raid](#) on David Koresh’s cult in Waco, Tex.

More broadly, this is less about offensive videos than about a political war unfolding in the Muslim world. Extremist Muslims like Salafis see themselves as unfairly marginalized, and they hope to exploit this issue to embarrass their governments and win public support. This is a political struggle, not just a religious battle — and we’re pawns.

But it would be a mistake to back off and censor our kooks. The freedom to be an imbecile is one of our core values.

In any case, there will always be other insults. As some leading Muslims have noted, Islam has to learn to shrug them off.

“Why should we feel danger from anything?” [Nasr Hamid Abu Ziyad](#), one of the Islamic world’s greatest theologians, said before his death in 2010. “Thousands of books are written against Muhammad. Thousands of books are written against Jesus. O.K., all these thousands of books did not destroy the faith.”

A group called Muslims for Progressive Values noted [a story in Islamic tradition](#) in which Muhammad was tormented by a woman who put thorns in his path and went so far as to hurl manure at his head as he prayed. Yet Muhammad responded patiently and tolerantly. When she fell sick, he visited her home to wish her well.

For his time, Muhammad was socially progressive, and that’s a thread that reformers want to recapture. [Mahmoud Salem](#), the Egyptian blogger better known as Sandmonkey, wrote that violent protests were “more damaging to Islam’s reputation than a thousand so-called ‘Islam-attacking films.’ ”

He suggested that Egyptians forthrightly condemn Islamic fundamentalists as “a bunch of shrill, patriarchal, misogynistic, violent extremists who are using Islam as a cover for their behavior.”

Are extremists hijacking the Arab Spring? They’re trying to, but this is just the opening chapter in a long drama. Some Eastern European countries, like Romania and Hungary, are still wobbly more than two decades after their democratic revolutions. Maybe the closest parallel to the Arab Spring is the 1998 revolution in Indonesia, where it took years for Islamic extremism to subside.

My bet is that we’ll see more turbulence in the Arab world, but that countries like Egypt and Tunisia and Libya won’t fall over a cliff. A revolution isn’t an event, but a process.

09/21/2012 06:04 PM

Fears of Violence

France Bans Protests of Muhammad Caricature

French government officials on Friday announced a strict ban on protests against insulting depictions of the Prophet Muhammad in a recently released US film and a Paris-based satirical magazine. Officials in Germany are also doing all they can to minimize tensions.

The French government announced on Friday that it would not permit street protests against caricatures published two days earlier in a French satirical magazine.

"There will be strictly no exceptions. Demonstrations will be banned and broken up," Interior Minister Manuel Valls told reporters in Marseille on Friday, according to news agency Reuters.

Worries over violence were triggered on Wednesday, when the satirical magazine *Charlie Hebdo* published an issue with the front cover showing an Orthodox Jew pushing a figure in a wheelchair wearing a turban. There were several caricatures of the Prophet inside, including some of him naked. Many Muslims consider any representation of Allah or the Prophet Muhammad offensive. The 75,000 issues of the magazine's first run reportedly sold out in a matter of minutes.

The magazine's editor in chief, [Stéphane Charbonnier](#), said that the point of the caricatures was not to provoke anger, but rather to champion free speech while poking fun at religious extremism and the [violent response](#) in many parts of the world, including Libya and Egypt, to the anti-Islam film "Innocence of Muslims" that was made in California and recently uploaded onto YouTube. As of Friday evening (Central European Time), more than 50 people had died as a result of violence linked to protests against the film, according to the Associated Press.

Calls for calm were also repeated by members of France's community of some 2 million Muslims. Mohammed Moussaoui, the head of the French Council of Muslims (CFCM), described the film and caricatures as "acts of aggression," but he also urged French Muslims not to join in illegal protests. "I repeat the CFCM's call not to protest. Any protest could be hijacked and counterproductive," he told the French radio station RFI, according to Reuters.

Worries about whether the caricatures would spark anger led the French government on Wednesday to [close French embassies](#), schools and cultural centers in some 20 countries on Friday, the Islamic holy day.

Protests in Germany and across the World

Fears of unrest were also felt in Germany on Friday, which is home to some 4 million Muslims. Police in the cities of Freiburg and Münster were put on alert in anticipation of announced demonstrations against the film. Roughly 400 protesters -- half as many as were expected -- peacefully marched through the southwestern city of Freiburg behind a banner reading: "Freedom of opinion, yes; insult, no." Among the protesters were representatives from the Protestant and Catholic churches as well as people who had crossed the nearby border with France.

Police on Friday also announced the arrest of a 26-year-old who admitted to spray painting Muhammad caricatures and the heads of pigs on mosques in the central German city of Göttingen.

A week ago, violent protests led to the storming and burning of the [German embassy in Sudan](#). On Monday, Germany's government decided to bar [Terry Jones](#), an outspoken American extremist who threatened to burn the Koran in 2010 and has voiced his support for the film, from entering the country, citing its potential threat to public order.

The German satirical magazine [Titanic](#) announced Wednesday that it also intends to publish an "Islam issue" later this month.

German authorities, who closed the country's embassies in the Muslim world on Friday, are also considering forbidding a far-right group from screening the film in public on the grounds that it could disrupt public order. Likewise, on Friday, Germany's Interior Ministry announced that heightened tensions had led it to postponing a poster campaign aimed at deterring young people from radical Islam, according to the Associated Press. The posters -- in German, Turkish and Arabic -- were supposed to be put up in German cities with large immigrant populations.

Protests against the film were held in countries across the world on Friday. They remained peaceful in Afghanistan, Bangladesh, India-controlled Kashmir, Indonesia, Iran, Iraq, Lebanon and Sri Lanka. In Pakistan, at least 10 people died during violent clashes between police and thousands of protesters on what the government had declared "Love for the Prophet Day." The US Embassy had spent \$70,000 (€54,000) on television advertisements on Pakistani TV in which President Barack Obama and Secretary of State Hillary Clinton condemned the video.

jtw -- with wire sources

URL:

- <http://www.spiegel.de/international/world/france-bans-protests-against-muhammad-caricatures-and-anti-islam-film-a-857285.html>

La vraie nature de Marine Le Pen

LE MONDE | 22.09.2012 à 14h30 Editorial



La nouvelle affaire des caricatures du prophète Mahomet est une aubaine pour [Marine Le Pen](#). Elle permet à la présidente du [Front national](#) de se [parer](#) des habits des défenseurs de la laïcité face à l'[Islam](#). Elle le fait avec d'autant plus de succès que les dessins de *Charlie Hebdo* ont été jugés par beaucoup inopportuns, ce qui permet à Marine Le Pen de mieux [renvoyer](#) ses adversaires à une prétendue mollesse.

La présidente du parti d'extrême droite, qui s'emploie à dénoncer un "printemps arabe" transformé, selon elle, en "*hiver islamiste*", est aidée par les violences intégristes dans le monde arabo-musulman et les peurs qu'elles véhiculent. Mais c'est bien sûr sur le terrain français qu'elle mène sa croisade.

Ces derniers mois, au nom de la "laïcité", Marine Le Pen a lancé deux débats liés aux pratiques religieuses musulmanes en France : elle a comparé les prières de rue - largement liées à l'absence de lieux de culte appropriés - à l'occupation allemande durant la seconde guerre mondiale et s'est inquiétée de la supposée mainmise de la filière halal dans le commerce de la viande. Ces polémiques furent autant de victoires, comme en témoigne son score de 17,9 % à l'élection présidentielle.

Paradoxalement, l'affaire des caricatures est aussi une aubaine pour ceux qui combattent Marine Le Pen. Dans un entretien accordé au *Monde*, elle franchit un pas de plus dans son prétendu combat laïque : elle exige désormais l'interdiction du [voile](#) religieux dans la rue et ajoute qu'"il est évident que, si l'on supprime le voile, on supprime la kippa dans l'espace public". Ainsi, les musulmans et les juifs sont priés de ne pas [afficher](#) leur appartenance religieuse dans la société.

La leader d'extrême droite commet une erreur d'interprétation historique de la loi de séparation des Eglises et de l'Etat. Elle prétend [rendre](#) laïques les individus, en leur interdisant d'[exhiber](#) tout signe religieux, alors que la loi de 1905 entendait [soustraire](#) au fait religieux l'Etat et ses institutions. Interrogé par l'AFP, l'historien Jean Baubérot note ainsi que, à l'époque, "*tous les amendements qui visaient à [interdire](#) les "manifestations de la religion" sur la voie publique avaient été massivement rejetés*".

Marine Le Pen révèle son penchant totalitaire visant à [traquer](#) toute différence, en tout cas dans l'espace public, comme par hasard chez les juifs et les musulmans. La chef frontiste ne fait manifestement pas grand cas des exigences de l'Etat de droit lorsqu'elle assure que, si elle était élue, elle mettrait "*à la porte tous les intégristes étrangers. Tous !*"

Ces propos mettent à mal la stratégie dite de dédramatisation de son parti appelée de ses vœux par Marine Le Pen depuis plusieurs années. La radicalité ainsi exprimée est le premier gros accroc visible à l'image policée que Marine Le Pen souhaite [donner](#) d'elle-même et de sa formation. Elle interroge sur la prétention du FN à [devenir](#) un parti de gouvernement, ou à être considéré comme tel. Marine Le Pen vient de démontrer que le FN a changé de visage mais pas de nature. Il demeure hors du champ républicain.

Hollande et Merkel exaltent l'amitié franco-allemande

Par [Patrick Saint-Paul](#) Publié le 22/09/2012 à 15:50 [Réactions](#) (110)



François Hollande et Angela Merkel, samedi à Ludwigsburg. Crédits photo : Michael Probst/AP

Le président français et la chancelière allemande célèbrent à Ludwigsburg les noces d'or des relations entre leurs deux pays.

De notre envoyé spécial à Ludwigsburg

[François Hollande](#) et [Angela Merkel](#) se sont retrouvés ce samedi à [Ludwigsburg](#), pour fêter 50 ans d'amitié franco-allemande. Sous les rayons d'un soleil pointant entre les nuages, le président français et la chancelière allemande se sont adressés à un parterre de politiques, de jeunes des deux pays et de citoyens de la ville rassemblés dans la cour d'honneur du château, à l'endroit même où [le général De Gaulle](#) avait prononcé son célèbre discours de réconciliation le 9 septembre 1962.

Contrairement à Charles de Gaulle, qui avait appris par cœur son discours en allemand, pour s'adresser directement à la jeunesse du pays, le président et la chancelière se sont exprimés chacun dans leur langue. Ils ont tous deux insisté sur la nécessité d'apprendre le langage du voisin sur les deux rives du Rhin. «Vive la jeunesse franco-allemande, vive la jeunesse européenne», a simplement conclu Angela Merkel en français. La chancelière a rendu un hommage appuyé au général De Gaulle, dont les mots avaient libéré une jeunesse encore traumatisée par la culpabilité de l'Holocauste et la défaite de la Seconde Guerre mondiale.

«J'avais 8 ans à l'époque du discours. Le mur était érigé depuis un an. Je vivais en RDA. Et à l'époque on croyait cette division irréversible», a raconté la chancelière. Avant de se féliciter de la réunification allemande et de la réconciliation franco-allemande, socle d'une «unification européenne qui a ouvert la porte de la prospérité sur un continent déchiré par des siècles de guerre». Et d'évoquer les difficultés actuelles auxquelles est confrontée l'Europe, notamment le chômage des jeunes et le défi démographique provoqués par la dénatalité. «L'Allemagne et la France ont une responsabilité particulière» dans la résolution de la crise, a-t-elle souligné.

«Rallumer la flamme du vieux couple franco-allemand»

Evoquant «les déséquilibres de la finance», «l'ampleur des dettes accumulées», «le chômage élevé» et «l'angoisse des jeunes pour leur avenir», le président français a jugé que l'Europe doit surmonter «une crise morale». «La réponse à la crise de l'Europe à un nom: l'Europe elle-même», a lancé Hollande, soulignant ainsi la nécessité d'aller de l'avant dans l'intégration. Et de prolonger ainsi l'œuvre des pères fondateurs de l'unification, Charles de Gaulle et son ami le chancelier Konrad Adenauer. «Vous êtes les enfants d'un grand pays. Plus encore que celui que connût le Général de Gaulle», a-t-il dit faisant écho aux paroles de l'ancien officier qui avait combattu durant les deux guerres mondiales et avait loué «le grand peuple allemand» devant sa jeunesse à Ludwigsburg. «Construisez l'Europe à votre image: exigeante, morale, généreuse, ouverte», a

ensuite lancé François Hollande. Et de conclure en s'adressant à la jeunesse franco-allemande et européenne: «C'est à vous maintenant de donner réalité à vos espérances et un avenir au rêve européen».

Un film projeté sur écran géant a retracé les moments forts du discours du général et les grandes étapes de la réconciliation franco-allemande et de l'unification européenne dont le couple se veut le moteur. Hollande a rappelé la nécessité de «rallumer chaque jour la flamme» dans le «vieux couple» franco-allemand.

Les célébrations étaient le prélude à un déjeuner de travail, cinquième tête à tête entre les deux chefs d'Etat depuis l'entrée en fonction de François Hollande en mai. Au menu: le projet de fusion des groupes aéronautiques et de défense [EADS-BAE](#) et la crise de la dette dans la zone euro. L'Allemagne et la France, respectivement première et deuxième économie de l'Union, n'ont d'autre choix que de s'entendre s'ils veulent sauver la monnaie unique, même si les différends persistent.

Alors que la France est soucieuse d'aller vite sur le dossier de la supervision bancaire, en Espagne comme en Grèce, l'Allemagne ne partage pas le même sentiment d'urgence. François Hollande est déterminé à obtenir des «décisions» sur ces trois sujets au sommet européen des 18 et 19 octobre, afin de rétablir un minimum de confiance dans l'espoir d'un rebond salvateur de la croissance. L'Allemagne prévient, elle, que la sortie de crise prendra du temps. Mais aucune décision n'était attendue lors de la rencontre de samedi...l'élan de Ludwigsburg devra encore attendre.

Mohammed-Video

Bundesregierung bereitet Boden für Aufführungsverbot

FAS 22.09.2012 · Die Bundesregierung und die Berliner Landesregierung haben den Plan, das Mohammed-Video vorzuführen, als gezielten Versuch zur Störung der öffentlichen Ordnung bezeichnet. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Böhmer, sprach sich in der F.A.S. gegen eine Aufführung in Deutschland aus.



© dapd Mit Deutschland-Flagge: Muslimische Demonstration gegen das Mohammed-Video in Dortmund

Die Bundesregierung und die Berliner Landesregierung bereiten den Boden für ein Aufführungsverbot des umstrittenen Mohammed-Videos. „Das islamkritische Video enthält Beschimpfungen und Schmähungen, die geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu stören“, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) der F.A.S. Das hätten die Reaktionen und Demonstrationen von Menschen muslimischen Glaubens gezeigt. „Radikale, islamistische und salafistische Gruppen missbrauchen weltweit diese Aktionen für ihre Zwecke.“ Der Innenminister rief dazu auf, niemand solle sich bei Demonstrationen in Deutschland durch „Provokateure“ anstacheln lassen.

In dieselbe Richtung zielte die Staatsministerin und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer. Zu dem Plan der rechtspopulistischen Partei „Pro Deutschland“, das Video vorzuführen, sagte Böhmer dieser Zeitung: „Denjenigen, die das vorhaben, geht es ja nicht um die Kunst- oder die Meinungsfreiheit. Sie wollen die öffentliche Ordnung stören.“ Sie sei dagegen, das Video öffentlich vorzuführen. Auch Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) äußerte sich in diesem Sinne. „So einen Film darf man nicht zeigen. Wir sollten nicht zusätzlich Öl ins Feuer gießen“, sagte Niebel der „Bild“-Zeitung. Der Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) sagte der F.A.S.: „Pro Deutschland zielt mit ihren Aktionen ganz klar darauf ab, unsere Gesellschaft zu spalten und Bevölkerungsteile gegeneinander aufzustacheln.“ Das „Machwerk“ diene dazu, „Muslime zu verleumden“ und in ihrer Würde zu verletzen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Anfang der Woche gesagt, sie glaube, es gebe gute Gründe für ein Aufführungsverbot. Ein solches Verbot ist rechens, wenn durch die Aufführung der öffentliche Friede gefährdet würde. Henkel äußerte, es gebe derzeit außer einer Ankündigung von „Pro Deutschland“ keine konkreten Erkenntnisse über öffentliche Aufführungen des Films „Unschuld der Muslime“ in Berlin.

„Pro Deutschland“ will Film im November zeigen

Die Führung von „Pro Deutschland“ rechnet nicht damit, dass ihr die angekündigte Vorführung von den Berliner Behörden verboten wird. „Innensenator Henkel wird sich doch nicht lächerlich machen, indem er sagt, er könne in Berlin die öffentliche Sicherheit nicht garantieren“, sagte der Parteivorsitzende Manfred Rouhs der F.A.S. Rouhs kündigte an, den Film im November, wenn die geschnittene Endfassung vorliege, in einer

Lagerhalle in Berlin zu zeigen. Henkel zeigte sich zuversichtlich, dass in einem solchen Fall für Sicherheit gesorgt werden könnte. Die Berliner Polizei habe im Zusammenhang mit dem Zeigen von Mohammed-Karikaturen vor Moscheen vor einigen Wochen gezeigt, „dass sie eine solche Situation im Griff“ habe. Auch die Berliner Muslime hätten damals „sehr besonnen“ reagiert.

Während „Pro Köln“ und „Pro NRW“ vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz als rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich eingestuft werden, finden „Pro Deutschland“ und „Pro Berlin“ im Bericht des Berliner Verfassungsschutzes keine Erwähnung. Beim Berliner Verfassungsschutz hieß es, „Pro Deutschland“ sei „eine rechtspopulistische Bewegung, die wir genau im Blick haben und die in jüngster Zeit wiederholt mit provozierenden und beleidigenden Aktionen Aufmerksamkeit erregte“. Die Partei habe keine überregionale Struktur. Formal seien „Pro NRW“ und „Pro Köln“ eigenständige Gruppen oder Parteien.

Die beiden Berliner Funktionäre Rouhs und Lars Seidensticker waren allerdings zuvor in Nordrhein-Westfalen für die islamfeindlichen Kampagnen verantwortlich. In Sicherheitskreisen heißt es dazu, man habe das ganze Spektrum der Pro-Bewegungen im Blick. Bisher sei aber „Pro Deutschland“ in Berlin nicht offensiv nach außen mit einer islamfeindlichen Kampagne in Erscheinung getreten. Innensenator Henkel sagte, der Berliner Verfassungsschutz nehme den „neuen Kurs“ der Bewegung „sehr ernst“ und habe die Entwicklung im Blick.

In und außerhalb Deutschlands wurde am Samstag wieder gegen das Video demonstriert. In Dortmund kamen nach Polizeiangaben 1500 Muslime zusammen. In Karlsruhe versammelten sich rund 150 Muslime zu einem Protestzug. In Nigeria protestierten Zehntausende, in Bangladesh wurden bei Protesten nach Augenzeugenberichten Dutzende Menschen verletzt. Nach Angaben der Polizei kam es in der Hauptstadt Dhaka zu Zusammenstößen, als Sicherheitskräfte versuchten, eine Demonstration zu beenden. An den Protesten beteiligten sich Mitglieder zahlreicher islamischer Gruppierungen. In Pakistan waren bei Ausschreitungen von Demonstranten am Freitag 19 Personen getötet und 130 weitere festgenommen worden.

Quelle: F.A.S./cho./elo.

Deutsch-französische Beziehungen

Brückenbauer

FAZ 21.09.2012 · Europas Schulden-Krise ist ein harter Test für das deutsch-französische Paar. **Es geht nicht nur um die Machtbalance zwischen Paris und Berlin, sondern auch um das europäische Modell des Sozialstaats.**

Kommentar von [Günther Nonnenmacher](#)



© AFP Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande: Differenzen über den richtigen Weg zur Rettung der Währungsunion

Den deutsch-französischen Beziehungen wird oft ein Übermaß an Symbolischem oder Erbaulichem vorgeworfen: Akkoladen und Wangenküsse, Händehalten, Gedenktage, Feierstunden. **Realpolitiker, die in Interessen das einzige dauerhafte Material der Politik sehen, stört dieses Gefühligkeits - teils aus ästhetischen Gründen, teils weil sie es als Verschleierung von Gegensätzen und Spannungen ansehen.** Da ist der Vorwurf der Heuchelei dann nicht mehr weit.

Wer ein historisches Gedächtnis hat, weiß, dass dieser Vorwurf zu kurz greift. Die Gesten und die feierlichen Beteuerungen sind im Grunde Brücken über Gräben, die zwischen Deutschland und Frankreich mehrere Jahrhunderte lang aufgerissen wurden. Dass sie nicht wirklich zugeschüttet sind, sondern immer wieder aufbrechen können, zeigt sich bei Gelegenheit: Erinnerung sei an die düsteren Prognosen und Befürchtungen mancher französischer Politiker in der Phase der Wiedervereinigung oder - gerade neuerdings - manche Kommentare zur deutschen Politik in der Eurokrise.

Doch die mit Symbolen konstruierten Brücken ruhen durchaus auf Interessen als ihren tragenden Pfeilern; deshalb haben sie auch in schwierigen Zeiten und in Krisen gehalten. Sie haben außerdem, wenn es sein musste, dabei geholfen, neue Wege in die gemeinsame, in die europäische Zukunft gangbar zu machen.

Einer der wichtigsten Brückenschläge fand 1962 statt, als zuerst Adenauer mehrere Tage durch Frankreich reiste, mit dem Höhepunkt einer gemeinsam mit de Gaulle gefeierten Messe in der Krönungskathedrale von Reims. Es folgte die Deutschland-Reise des Generals vom 4. bis 9. September, die zu einem Triumphzug wurde. In einem Duktus und mit Gesten, die im Abstand eines halben Jahrhunderts wahrlich historisch anmuten, hielt de Gaulle damals - meist in freier Rede und auf Deutsch - mehrere Ansprachen an das „große deutsche Volk“. Zu den eindrucksvollsten gehört die Rede am 9. September vor 20000 Jugendlichen, zu deren fünfzigstem Jahrestag Präsident Hollande und Kanzlerin Merkel an diesem Samstag, am gleichen Ort, in Ludwigsburg, zusammentreffen.

Wandel weltpolitischer Konstellationen

Nicht nur die deutsch-französische Aussöhnung, die ein Jahr später im Elysée-Vertrag besiegelt wurde, war damals das Programm; dahinter standen Interessen, die sich aus dem Wandel weltpolitischer Konstellationen ergaben. Der alte Kanzler misstraute der neuen amerikanischen Regierung unter Kennedy; die Nato leitete einen Strategiewechsel ein, der in Adenauers Augen die nukleare Sicherheitsgarantie für Europa und das geteilte Deutschland in Frage stellte. De Gaulle, seit 1958 Staatspräsident, baute die nukleare französische

„force de frappe“ zügig aus und versuchte, Europa als dritten Pol der Weltpolitik zwischen den beiden Supermächten Amerika und Sowjetunion zu etablieren - dazu brauchte er Deutschland.

Seither hat sich die weltpolitische Lage mehrfach und radikal verändert. Doch die Überzeugung, dass gute, besondere deutsch-französische Beziehungen der Kern des europäischen Zusammenschlusses sind und deshalb für beide Staaten unersetzlich bleiben, hat in Paris und Berlin diesen Wandel überdauert. Flirts mit Britannien, von deutscher Seite zwischen Schröder und Blair, auf französischer unter Sarkozy, besonders in Sachen Verteidigung, sind letztlich Episode geblieben, weil London ein rückhaltloses Engagement in Europa verweigert und seinen engsten Verbündeten immer noch jenseits des Atlantiks, in Washington, sieht.

Es geht um die Machtbalance und mehr

Die Euro-Schuldenkrise ist der neueste und wahrscheinlich der härteste Test für das deutsch-französische Verhältnis. Denn dieses Mal geht es einerseits um die Machtbalance zwischen einem wirtschaftlich schwächer werdenden Frankreich und dem nach der Wiedervereinigung politisch potenter gewordenen Deutschland. Und es geht andererseits um die Frage, wie Europa mit seinem - bei allen nationalen Differenzen in der Ausrichtung doch ähnlichen - Modell des Sozialstaats die Herausforderungen der Globalisierung meistern kann.

Die Deutschen haben Anfang des Jahrhunderts mit der Agenda 2010 (Hartz-Gesetze) und danach mit der „Rente mit 67“ eine Anpassungsleistung vollzogen, die Frankreich bisher nicht geschafft hat. Sarkozy ist daran gescheitert und abgewählt worden; der neue Präsident Hollande gaukelt seinen widerspenstigen Landsleuten bisher vor, das Land könne ohne einschneidende Veränderungen, allein mit höheren Steuersätzen für Reiche und Unternehmen, fit für die Zukunft werden.

Der immer wieder aufflackernde, diplomatisch gedämpfte Streit über den richtigen Weg zur Rettung der Währungsunion ist letztlich der Ausdruck dieser Differenzen. **Deutschland fordert mehr Koordination und Integration, um Fiskaldisziplin nach deutschen Vorstellungen in der Eurozone durchzusetzen - Frankreich ist zu mehr Integration nur zum Preis größerer (deutscher) Solidarität bereit, spricht: als Gegenleistung fordert es Schritte auf dem Weg zu einer Haftungs- und Transferunion.** Die Distanz zwischen diesen Positionen zu überwinden ist die heutige Aufgabe der deutsch-französischen Beziehungen. Es ist der Test, ob die Brücken auch im kommenden Jahrzehnt halten.

Quelle: F.A.Z.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutsch-franzoesische-beziehungen-maultaschen-in-freundschaft-11899878.html>

Deutsch-französische Beziehungen

Maultaschen in Freundschaft

FAS 22.09.2012 · Charles de Gaulle war kühn, als er sich in Ludwigsburg an die „Kinder eines großen Volkes“ wandte. Sein Nachfolger François Hollande besteht am selben Ort fünfzig Jahre später eine Mutprobe: Er trinkt einen „BW-Riesling“.

Von [Rüdiger Soldt](#)



© REUTERS Lass uns dir zum Guten dienen: Nachher gibt es noch ein Beeren-Früchtle in Trollinger-Gelee

Pünktlich zur Mittagszeit klart der Himmel über dem Ludwigsburger Schloss auf, die Hubschrauber des französischen Präsidenten knattern über den Barockbau. Im Spiegelsaal des Schlosses, das Versailles zum Vorbild hat, warten Angela Merkel, Winfried Kretschmann und die Vorhut der französischen Delegation. Der Knies knirscht. Die Kameralleute bauen sich vor dem Südflügel des Schlosses auf. Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Nils Schmid, der beste Frankreich-Kenner der Landesregierung, schleicht sich ins Schloss, er darf nur eine Nebenrolle spielen an diesem Tag.

Fünzigtausend Menschen sind mit Sicherheit nicht auf den Straßen Ludwigsburgs wie damals vor fünfzig Jahren, als der französische Präsident Charles de Gaulle seine Deutschland-Reise mit einer „Rede an die Jugend“ im Schlosshof beendete. Diesen Tag wollen Hollande und Angela Merkel feiern. Es ist einer ihrer zahlreichen Erinnerungstermine. Sie gipfeln in den Feiern zum fünfzigsten Jubiläum des Élysée-Vertrages im Januar 2013 in Berlin.

Damals: Kühne Worte von de Gaulle

„Ich beglückwünsche Sie ferner, junge Deutsche zu sein, das heißt, Kinder eines großen Volkes. Jawohl, eines großen Volkes, das manchmal, im Laufe seiner Geschichte, große Fehler begangen hat. Ein Volk, das aber auch der Welt geistige, wissenschaftliche, künstlerische, philosophische Wellen gespendet hat.“ Das war der Schlüsselsatz Charles de Gaulles in Ludwigsburg. Da sprach ein Mann, der in zwei Weltkriegen gegen die Deutschen gekämpft hatte, aber auch ein Kenner der deutschen Philosophie war.

De Gaulle wollte ein gemeinsames Europa gegen die Bedrohung aus dem Osten formen - mitten im Kalten Krieg. „Darum geht es in der großen Auseinandersetzung in der Welt, die sich in zwei getrennte Lager aufspaltet, die von Völkern Deutschlands und Frankreichs erheischt, dass sie ihrem Ideal die Treue halten, es mit ihrer Politik unterstützen, es gegebenenfalls verteidigen, und kämpfend bis zum Sieg führen.“ Kühne Worte. Das Kriegsende lag keine zwanzig Jahre zurück. In den Städten waren noch die Lücken zu sehen, die Bomben gerissen hatten.

Kurz nach zwölf trifft die Wagenkolonne von François Hollande ein. Hollande, Angela Merkel und Winfried Kretschmann treten im Schlosshof vor ein ausgesuchtes Publikum. Kretschmann spricht kaum Französisch und hat Mühe, die Namen der Gäste korrekt auszusprechen. „Ich war damals 14 Jahre alt, die Rede war auch an mich gerichtet, welch noble Geste, er hat die Rede damals auf Deutsch gehalten und auswendig gelernt“, sagt der Ministerpräsident.

Heute: Nüchterne Worte der Kanzlerin

Die Rede de Gaulles in Ludwigsburg sei das Vermächtnis eines „weitsichtigen Europäers“ gewesen, sagt die Kanzlerin. „Erbfeindschaft, welch ein schreckliches Wort.“ Konrad Adenauer und Charles de Gaulle seien der Auffassung gewesen, dass es keine „natürlichen Feindschaften“ zwischen den Völkern geben dürfe, die deutsch-französische Freundschaft sei das beste Beispiel, wie sich Ressentiments überwinden ließen.

Angela Merkel erzählt von ihrem eigenen Leben, davon, dass die Wiedervereinigung und mithin ihre Kanzlerschaft ohne ein vereintes Europa und die deutsch-französische Freundschaft nicht möglich gewesen wären. „Liebe Jugend, das Europa der Jugend liegt in euren Händen“, sagt Frau Merkel am Schluss. Es klingt nüchtern.

Ganz anders François Hollande. Wenige Sätze verwendet er auf die „Kühnheit der Gründer“ des vereinten Europas, dann folgt ein Programm für die Zukunft. Es gelte, die Krise Europas zu überwinden, die ja im Kern eine „ethische Krise“ sei. „Die Antwort auf die Krise Europas kann nur eine Rückkehr nach Europa sein.“ Er ruft dazu auf, eine Finanz-, Banken- und soziale Union in Europa zu schaffen. Und - anders als im Manuskript - spricht er sogar von der „politischen“ Union.

Hollandes Geste kommt an, die Zuhörer jubeln

Die „Flamme der Freundschaft“ in den deutsch-französischen Beziehungen gelte es jeden Tag neu zu entzünden. Deutschland und Frankreich müssten bei der Entwicklung neuer Energie-Technologien enger zusammenarbeiten, die Forschung von deutschen und französischen Wissenschaftlern gelte es zu intensivieren, der kulturelle Austausch müsse enger werden. Der Sozialist warnt vor Rassismus, Populismus und Antisemitismus, nur ein Europa, das sich ethische verhalte, sei gegen diese Gefahren gewappnet.

Am Ende seiner Rede wechselt der französische Präsident ins Deutsche: „Junge Damen, junge Herren, aus Deutschland und aus Frankreich, aus ganz Europa. Ihre Rolle ist es nun, dem europäischen Traum Wirklichkeit und Zukunft zu verleihen. Es lebe die deutsch-französische Freundschaft.“ Der letzte Satz gerät etwas holprig, doch die Geste kommt an. Die Zuhörer jubeln.

Kretschmann, Angela Merkel und Hollande nehmen ein Bad in der Menge. Die Kanzlerin unterschreibt Schirmmützen von jungen Köchen. „Die kannst du jetzt bei eBay versteigern“, rät der Vater seinem achtjährigen Jungen. Einer Ludwigsburger Französischlehrerin gelingt es, dem französischen Präsidenten die Hand zu schütteln. Sie hat in Frankreich studiert, dort ihren deutschen Mann kennengelernt. Mit Hollandes Rede ist sie zufrieden: „Hollande hat Konkretes gesagt, es war ein Rundumschlag, er hat auch mitreißender gesprochen als die Kanzlerin.“

Neben ihr steht eine Frau, die sich in der europäischen Pfadfinderbewegung engagiert. Auch sie lobt Hollande: „Die Hollande-Rede war berührender, weil er noch Visionen formuliert hat, weil er gesagt hat, wie er Europa prägen will.“ Auch Erwin Teufel, der ehemalige Ministerpräsident, ist da. Er sei „absolut zufrieden“ mit dem Festakt, sagt er in eine Kamera. Im Schlosshof stehen Zeitzeugen, die sich an de Gaulles Rede und dessen Fahrt im offenen Wagen durch Ludwigsburg gut erinnern können: „Ich beglückwünsche Sie, junge Deutsche zu sein“ - diese Worte des französischen Präsidenten waren für uns unglaublich bewegend nach dem Krieg“, erzählt einer der Zeitzeugen.

Bevor François Hollande und Angela Merkel in ein Gourmet-Restaurant nach Asperg fahren, dürfen sie noch württembergischen Wein probieren, für Hollande ist das eine Mutprobe. „BW-Riesling, wird voraussichtlich den Herrschaften angeboten“, heißt es im Plan der Protokollabteilung des Staatsministeriums. In Asperg reden sie vor allem über die mögliche Fusion des Raumfahrtunternehmens EADS mit dem britischen Unternehmen BAE-Systems. Als sie gemeinsam vor die Presse reden, sagen sie aber wenig darüber.

Hollande spricht davon, dass der Vertiefung der Bankenunion eine große Bedeutung zukomme, dass die wirtschaftspolitische Steuerung verstärkt werden müsse. Frau Merkel fordert regelmäßige Treffen der Euro-Gruppe, um besser abzustimmen, wo „Wachstum“ generiert werden könne. Auf der Speisekarte in Asperg standen übrigens Maultaschen, Kalbshaxen und ein „Beeren-Früchtle in Trollinger-Gelee“. Bei einigen französischen Journalisten sorgt das für Stirnrunzeln. Was, bitte, ist Trollinger?

Quelle: F.A.S.

EU-Kommissar László Andor

„Deutschland hat die Krise mit verursacht“

FAZ 20.09.2012 · Deutschland muss seinen Anteil leisten, um die Ungleichgewichte in Europa auszugleichen, fordert László Andor, EU-Kommissar für Soziales. Die Löhne müssten steigen und Mindestlöhne für alle Sektoren verabschiedet werden.

Von [Hendrik Kafsack](#) und [Michael Stabenow](#)



© dpa Der ungarische EU-Sozialkommissar László Andor

Herr Andor, Sie halten am Montag in Berlin eine Rede darüber, wie die EU Deutschland bei der Schaffung von Arbeitsplätzen helfen kann. Nun ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland niedriger als in den anderen EU-Staaten. Hat Deutschland da wirklich Nachhilfe nötig?

Es stimmt, die deutsche Wirtschaft hat sich nicht nur schnell von der Krise erholt, sondern hat vor allem auch Arbeitsplätze geschaffen. Aber der Arbeitsmarkt in Deutschland ist zunehmend segmentiert. Eine große Zahl der Arbeiter hat nur Mini-Jobs. Wenn das so bleibt, wird die Kluft zwischen regulärer Arbeit und Mini-Jobs schnell wachsen. Die Mini-Jobber riskieren, in dieser Position hängenzubleiben und in eine Armutsfalle zu geraten.

Das heißt im Klartext, die EU dringt auf die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland? In diesem Frühjahr klang das noch ganz anders.

Die EU-Kommission hat sich in ihrem Arbeitsmarktpapier im April klar für Mindestlöhne ausgesprochen. Eine andere Frage ist, wie hoch diese sein müssen.

Und wie hoch sollten sie ihrer Ansicht nach in Deutschland sein?

Das müssen die Sozialpartner aushandeln. Entscheidend aber ist etwas ganz anderes: Die Löhne in Deutschland müssen wieder der Entwicklung der Produktivität folgen. Deutschland hat im vergangenen Jahrzehnt enorme Lohnzurückhaltung geübt, um für ein, zwei Jahre wettbewerbsfähiger zu werden - aber das hatte Folgen für die anderen EU-Staaten.

Ist nicht das Problem eher gewesen, dass die heutigen Krisenstaaten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt haben?

Die Ungleichgewichte im Euroraum sind nicht nur das Ergebnis fehlerhafter Politik in den Krisenstaaten. Deutschland hat dabei ebenso eine Rolle gespielt, mit seiner nach Ansicht einiger merkantilistischen Wirtschaftspolitik die Ungleichgewichte im Euroraum verstärkt und so die Krise mit verursacht. Wir müssen

deshalb die Lohnentwicklung künftig auf europäischer Ebene genau beobachten und so dazu beitragen, dass sie innerhalb des Euroraums nicht wieder so stark wie zuletzt auseinanderläuft.

In Deutschland dürfte die Idee, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu schwächen, um den Krisenländern zu helfen, kaum auf Begeisterung stoßen.

In Deutschland stößt auch nicht auf Begeisterung, dass der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, Anleihen von Krisenstaaten aufkaufen will. Und dennoch ist es aus europäischer Perspektive notwendig.

Sie halten den Anleiheaufkauf im Ernst für richtig?

Er ist nur eine zweitbeste Lösung. Aber solange die Politik nicht die Mittel bereitstellt, die wir für die Bewältigung der Krise benötigen, brauchen wir die EZB, um uns zumindest eine Weile durchzuwurschteln.

Und wenn der dauerhafte Krisenfonds ESM steht...

Wenn der ESM steht, und wenn wir Eurobonds haben, dann sieht es anders aus.

Zurück zur Lohnentwicklung und dem Abbau der Differenz in den Leistungsbilanzen. Wenn Deutschland Ihrem Vorschlag da nicht folgt. Wollen Sie es ernsthaft erzwingen?

Wir haben mit dem Europäischen Semester, mit dem die Kommission nun frühzeitig auch die Wirtschaftspolitik der Staaten überprüft, die nötigen Mittel in der Hand, um gegen Staaten vorzugehen, die nichts gegen die Ungleichgewichte im Euroraum unternehmen. Deutschland muss sich allerdings selbst die Frage stellen, ob es in der EU nach dem Motto verfahren will, dass in Europa nicht alle gleich sind.

Richtig ernst hat bisher aber doch kein Staat die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Kommission genommen? Das zeigen zumindest Analysen der sogenannten länderspezifischen Empfehlungen aus dem vergangenen Jahr.

Das war aber auch das erste Jahr, in dem wir das ernsthaft betrieben haben. In diesem Jahr wird das schon ganz anders aussehen, da bin ich sicher.

In den länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland kritisieren Sie auch, dass nach wie vor zu wenige Frauen arbeiten?

Der Frauenanteil ist gar nicht so schlecht, mit 71,1 Prozent bei einer Beschäftigungsquote von 77 Prozent. Vor zehn Jahren lag der Anteil noch bei 61,8 Prozent. Nur sind das zu einem großen Teil Teilzeitstellen. Die Frauen nehmen also nicht ausreichend am Arbeitsleben teil. In Deutschland werden immer noch die falschen Anreize gesetzt.

Sie spielen auf das Betreuungsgeld an?

Wir brauchen vor allem eines: den Ausbau von Kindertagesstätten und Kindergärten. Das erlaubt es Frauen, einen Beruf richtig ausüben zu können. Anreize wie das Betreuungsgeld und auch das Elterngeld, so wie es in Deutschland ausgestaltet ist, führen in die falsche Richtung.

Was halten Sie in diesem Zusammenhang von dem ja noch nicht offiziell vorliegenden, aber schon heftig kritisierten Vorschlag von Kommissarin Viviane Reding, eine Frauenquote einzuführen?

Wenn wir mehr Frauen in wichtigen Positionen wollen, brauchen wir eine Frauenquote in den Aufsichtsräten - und nur darauf bezieht sich der Vorschlag ja - als Türöffner für die vielen hochqualifizierten Frauen, die wir haben.

Eine Gruppe von neun Staaten will zunächst abwarten, wie die bestehenden Regeln in den EU-Staaten wirken.

Wir haben lange genug gewartet. Ohne Frauenquoten gibt es in den meisten Ländern keinen Fortschritt. Im Gegenteil: In meinem eigenen Land hat sich der Anteil von Frauen in Führungspositionen in den vergangenen Jahren sogar verschlechtert.

Nach Verfassungsgerichtsurteil

Karlsruher ESM-Vorgaben werden bindend

FAZ 20.09.2012 · Das Bundesverfassungsgericht hat den Start des permanenten Rettungsfonds an Auflagen gebunden. Mittlerweile liegt der Text für eine Zusatzklärung der Eurogruppe vor, mit dem die Karlsruher Vorgaben erfüllt werden sollen.

Von [Werner Mussler](#), Brüssel



© Greser & Lenz

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Auflagen für den Start des permanenten Euro-Krisenfonds ESM können völkerrechtlich bindend gemacht werden. Wie am Donnerstag in Berlin bekannt wurde, liegt mittlerweile der Text für eine Zusatzklärung der Eurogruppe vor, mit dem die Karlsruher Vorgaben erfüllt werden sollen. Der Text soll am kommenden Mittwoch vom Bundeskabinett gebilligt werden. Anschließend wollen ihn die Euro-Finanzstaatssekretäre - ebenfalls am Mittwoch - endgültig beschließen. Die „interpretative Erklärung“ bekräftigt vor allem, dass kein Partnerland zu einer höheren Haftung für den Rettungsschirm herangezogen werden kann als ursprünglich vereinbart. Für Deutschland sind das 190 Milliarden Euro. Auch die Informationsrechte des Parlaments werden hervorgehoben.

Die Euro-Finanzminister hatten die Karlsruher Bedingungen am Wochenende in Nikosia faktisch gebilligt. Sie hatten erklärt, dass der ESM-Vertrag keine Bestimmung enthalte, die den Karlsruher Anforderungen widerspreche. Es gebe vor allem keine Vorschrift, die automatisch zu höheren Einzahlungsverpflichtungen führe.

Mit der Unterzeichnung der Erklärung und der Ratifizierung des Vertrags in Deutschland ist endgültig gesichert, dass der ESM seine Arbeit wie geplant zum 8. Oktober aufnehmen kann und bis Ende Oktober voll einsatzfähig ist. Noch im Oktober sollen die Staaten ihre beiden ersten Kapitaleinzahlungen von insgesamt 32 Milliarden Euro leisten. Der ESM löst auf Dauer den zeitlich befristeten Rettungsfonds EFSF ab. Er wird am Ende ein eingezahltes Kapital von 80 Milliarden Euro haben und über einen Kreditrahmen von 500 Milliarden Euro verfügen.

Quelle: F.A.Z.

Deutschland

Geburtenszahl verharret auf niedrigem Niveau

FAZ 20.09.2012 · Deutsche Frauen, die in diesem Jahr 50 werden, haben durchschnittlich 1,61 Kinder zur Welt gebracht - ein historischer Tiefstand. Die Prognose für jüngere Frauen liegt bei 1,36 Kindern. In Ost- und Westdeutschland entwickeln sich die Zahlen unterschiedlich.

Von Stefan Schulz



© dapd Insgesamt wurden vergangenes Jahr in Deutschland 662.685 Babys geboren.

Die Frauen des Geburtsjahrgangs 1962, die heute also 49 oder 50 Jahre alt sind, haben in ihrem Leben durchschnittlich 1,61 Kinder zur Welt gebracht. Damit liegt die „endgültige durchschnittliche Kinderzahl“ der Frauen dieses Jahrgangs auf einem historischen Tiefstand, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag meldete. Für die Wiesbadener Statistiker ist die Geburtenszahl der Neunundvierzigjährigen, die jährlich erhoben wird, eine wichtige demographische Kennziffer, weil für die Frauen nach dem Überschreiten dieser Altersgrenze keine weiteren Geburten erwartet werden.



© F.A.Z.

Abgesehen von den Frauen, die 1954 und 1957 geboren wurden, sank die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in jedem Geburtsjahrgang seit 1932. Seit 1987 (Geburtsjahrgang 1938) haben Frauen durchschnittlich weniger als 2,1 Kinder. Wird dieser Wert in einem entwickelten Industrieland wie Deutschland unterschritten, schrumpft die Bevölkerung - sofern Migrationsströme ausbleiben, die dieser Entwicklung entgegenwirken könnten.

Die historischen Daten der tatsächlichen Kinderzahlen pro Frau dienen den Statistikern als Grundlage für die Berechnung der „zusammengefassten Geburtenziffern“. Mit dieser statistischen Kennziffer wird die Zahl der Geburten der Frauen prognostiziert, die derzeit noch jünger als 49 Jahre sind. Für 2011 beträgt die Geburtenziffer, die ebenfalls am Donnerstag aus Wiesbaden gemeldet wurde, 1,36 Kinder pro Frau. Dieser Wert ist im Vergleich zum Vorjahr (1,39 Kinder pro Frau) rückläufig, befindet sich allerdings, obwohl 2011 so wenig Kinder geboren wurden wie nie zuvor, selbst nicht auf einem Tiefstand. Die niedrigsten Werte wurden in den Nachwendejahren gemessen. 1994 lag die Geburtenziffer bei 1,24 Kinder pro Frau. Da durch den anhaltende Rückgang der Geburtenzahlen auch die Zahl der Frauen rückläufig ist, führt die zwar niedrige, aber konstante Geburtenziffer zu einer anhaltenden Verringerung der absoluten Kinderzahl.

Die Entwicklungen der Geburtenziffern nahmen in West- und Ostdeutschland unterschiedliche Verläufe. Im früheren Bundesgebiet schwankt der Wert seit zehn Jahren zwischen 1,34 und 1,39. In Ostdeutschland stieg die Geburtenziffer dagegen von 1,24 im Jahr 2002 auf nun 1,43. Der Verlauf zeigt für das Jahr 2007, in dem auch das Elterngeld eingeführt wurde, einen deutlichen Sprung von 0,07. Seitdem ist die Geburtenziffer Ostdeutschlands wieder höher als im alten Bundesgebiet.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder will ungewollt kinderlosen Frauen helfen und setzte sich kürzlich für die Förderung künstlicher Befruchtungen ein. „Keine andere politische Maßnahme hat eine so unmittelbar positive Auswirkung auf die Geburtenrate“, sagte sie dem „Focus“. Die Zahl der Geburten sei um 9000 Kinder gesunken, nachdem im Jahr 2004 die Unterstützung des Bundes für die Befruchtung gestrichen worden war.

Quelle: F.A.Z.

La Maison Blanche s'interroge sur "le choix" de "Charlie Hebdo"

Le Monde.fr avec AFP | 18.09.2012 à 21h10 • Mis à jour le 20.09.2012 à 07h03



La publication, mercredi 19 septembre, de nouvelles caricatures de Mahomet dans l'hebdomadaire satirique [Charlie Hebdo](#) suscite de nombreuses réactions internationales. Des dirigeants religieux et politiques des pays arabes ont critiqué la publication de caricatures du prophète Mahomet, y voyant une nouvelle insulte à leur foi, et ont pressé le gouvernement français de [prendre](#) des mesures fermes.

- **Etats-Unis**

La [Maison Blanche](#) a réagi par la voix de [Jay Carney](#), porte-parole du président [Barack Obama](#), qui a affirmé : "Nous sommes au courant du fait qu'un journal français a publié des dessins représentant un personnage ressemblant au prophète Mahomet, et évidemment nous avons des questions sur le choix qui a conduit à [publier](#) de telles choses."

"Nous savons que ces images seront très choquantes pour beaucoup de gens" et pourraient [provoquer](#) des réactions violentes, a expliqué M. Carney lors de son point de presse quotidien. "Mais nous avons parlé régulièrement de l'importance de protéger la liberté d'expression, qui est inscrite dans notre Constitution. Autrement dit, nous ne nous interrogeons pas sur le droit de telles choses à être publiées, simplement sur le choix qui a présidé à la décision de les [publier](#)."

- **Egypte**

Nous rejetons et condamnons les caricatures françaises qui déshonorent le Prophète et nous condamnons toute action qui diffame le sacré", a déclaré en [Egypte](#) un haut responsable du Parti liberté et [justice](#) (PJD) des Frères musulmans. "Si le cas de Kate est une question de protection de la [vie privée](#), les caricatures sont une insulte à tout un peuple. Les croyances des autres doivent être respectées", a-t-il dit. Erian s'est prononcé contre toute réaction violente de la part des musulmans mais considère que des manifestations pacifiques sont justifiées.

L'université islamique Al-Azhar a de son côté qualifié les caricatures de "futilités malveillantes qui promeuvent la haine au nom de la liberté". De tels actes "invitant à la haine au nom de la liberté sont totalement rejetés", a ajouté le responsable de l'institution universitaire et théologique, en soulignant "la nécessité que la liberté s'arrête aux limites de la liberté d'autrui".

Mahmoud Gozlan, porte-parole des Frères musulmans, a accueilli favorablement les critiques du gouvernement français mais a estimé que la France devrait légiférer, faisant un parallèle avec la loi sur la négation de l'Holocauste. "Quiconque doute de l'existence de l'Holocauste est emprisonné, mais si quelqu'un insulte le Prophète, ses compagnons ou l'[islam](#), le maximum que fasse [la France] est de présenter ses excuses en deux mots. Ce n'est ni juste ni logique", a-t-il déclaré.

- **Maroc**

Le ministre marocain du tourisme, [Lahcen Haddad](#), a jugé "inutiles" et "assez mesquines" les caricatures du prophète Mahomet. "Je ne suis pas très religieux, et je crois vraiment en la liberté d'expression, mais cela implique une certaine responsabilité" de la part des [médias](#), a dit M. Haddad. "Mais il faut les [ignorer](#), [traiter](#) cela par l'indifférence. Le débat ne doit pas être mené par un producteur de film ou un caricaturiste", a-t-il estimé.

"Les provocations stéréotypiques et islamophobes sont inutiles. Elles ne font pas [avancer les débats](#) fondamentaux sur les valeurs que l'on doit [avoir](#) entre les cultures et les civilisations", a déploré le ministre marocain. "Elles nourrissent l'extrémisme, et inversement, les réactions extrémistes nourrissent l'islamophobie", a-t-il ajouté.

- **Liban**

Le dirigeant salafiste [Cheikh Nabil](#) Rahim craint que les caricatures ne mènent à un regain de violence. "Bien sûr, (...) cela augmentera une tension déjà dangereusement élevée", a-t-il déclaré, ajoutant qu'il ferait son possible pour éviter tout débordement. "Mais ces choses deviennent facilement hors de contrôle. Je crains de nouvelles attaques visant des ressortissants étrangers et c'est pourquoi je souhaiterais qu'ils ne persistent pas dans la provocation."

- **Tunisie**



Le parti islamiste modéré Ennahda qui dirige le gouvernement élu après le "printemps arabe", a condamné ce qu'il considère être une "agression" contre le prophète Mahomet. Le parti exhorte les musulmans à ne pas se [laisser abuser](#) par des "parties suspectes" qui veulent "faire dérailler le printemps arabe".

Ennahda "exprime le droit des musulmans à [protester](#) et appelle à l'utilisation de moyens civils et pacifiques". "Le parti Ennahda condamne vivement cette nouvelle attaque contre la personne du Prophète", ajoute-t-il, y voyant la poursuite de "provocations odieuses". Il a aussi jugé que les attaques répétées contre Mahomet visaient à "détourner le printemps arabe de son chemin et à le [pousser](#) vers un conflit avec l'Occident", "un piège" dans lequel il ne faut "pas tomber".

- **Ligue arabe**

La [Ligue arabe](#) a, elle, lancé aux musulmans un appel au calme. Dans un communiqué, l'organisation qui regroupe 21 pays arabes demande aux fidèles musulmans de [garder](#) leur sang-froid et de [manifester](#) "par des moyens pacifiques" leur désaccord avec ces "dessins choquants et honteux".

- **Vatican**

L'Osservatore romano, quotidien du [Vatican](#), a pour sa part qualifié la publication d'"initiative discutable", qui "jette de l'huile sur le feu". "Alors que l'on cherche péniblement à [faire baisser](#) la tension qui traverse le monde islamique en raison du film Innocence des musulmans, on risque aujourd'hui d'[ouvrir](#) un nouveau front de protestation."

Ambassades et écoles françaises fermées vendredi

Le ministre des affaires étrangères, **Laurent Fabius**, qui s'est dit "*préoccupé*", a déclaré sur France Info avoir "*envoyé des instructions pour que, dans tous les pays où cela peut poser des problèmes, on prenne des précautions de sécurité particulières*".

Ces craintes se concentrent surtout sur la journée de vendredi, jour de prière dans les pays musulmans, qui pourrait donner lieu à une mobilisation accrue contre l'Occident. Le Quai d'Orsay a annoncé la fermeture des ambassades, consulats et écoles françaises dans une vingtaine de pays musulmans vendredi prochain, précisant qu'"*il n'y a[vait] pas de menace avérée sur un quelconque établissement*".

Caricatures: la France en alerte dans vingt pays

Par [Alain Barluet](#) Mis à jour le 19/09/2012 à 23:54 | publié le 19/09/2012 à 19:22 [Réactions](#) (33)



Un policier égyptien en faction devant l'ambassade de France, mercredi au Caire. Crédits photo : AMR ABDALLAH DALSH/REUTERS

Les postes diplomatiques et les écoles françaises seront fermés vendredi, après la publication mercredi par *Charlie Hebdo* de caricatures de Mahomet.

La publication mercredi de [caricatures](#) du Prophète par [Charlie Hebdo](#), après une semaine de [violences anti-américaines](#) dans le monde musulman, a conduit le gouvernement français à appliquer promptement le principe de précaution. En jeu, la sécurité des ambassades et celle des ressortissants français. Mais aussi, au-delà des considérations pratiques, la défense d'intérêts politiques et de valeurs démocratiques mises à l'épreuve par les extrémismes à la fois dans le monde arabe et en Occident.

Selon les instructions données mercredi matin par Laurent Fabius, cinq types d'initiatives ont été pris: un message de prudence a été lancé aux Français résidant à l'étranger, une consigne de vigilance aux diplomates en poste, un appel aux autorités des pays concernés pour qu'elles assurent la sécurité des implantations françaises et le renforcement de la sécurité des locaux diplomatiques. En outre, par précaution, les ambassades, consulats, centres culturels et lycées français d'une «vingtaine de pays» seront fermés vendredi, jour de prière.

Le dispositif a été mis en branle en vingt-quatre heures. [En visite au Caire, Laurent Fabius](#) prend connaissance mardi en fin de matinée du contenu de *Charlie Hebdo*. Sur les bords du Nil, le ministre vient de s'entretenir avec le cheikh d'al-Azhar, en pointe pour réclamer une [pénalisation du blasphème](#). La grande autorité religieuse du sunnisme a d'ailleurs officiellement condamné mercredi les caricatures de *Charlie Hebdo*. Au Quai d'Orsay, on planche sur un dispositif autour du directeur de cabinet, Denis Pietton. Celui-ci assiste, dans l'après-midi, à une réunion interministérielle à Matignon, qui valide les mesures. Entre-temps, Laurent Fabius s'est entretenu avec François Hollande depuis l'Égypte. Les ambassadeurs concernés reçoivent un télégramme diplomatique.

L'exercice est délicat. Le contexte ultrasensible. Les déchaînements de colère contre les ambassades américaines, la semaine dernière, après la mise en ligne d'une [vidéo islamophobe](#), ont démontré qu'une étincelle, propagée par Internet et attisée par une poignée d'activistes radicaux, pouvait enflammer la rue.

30.000 SMS envoyés en Tunisie

Par mesure de prudence - ne pas focaliser, ne pas «antagoniser» -, la liste de la «vingtaine de pays» concernée n'est pas publiée officiellement. «Désigner certains pays reviendrait à fragiliser les autres», souligne un diplomate.

Mais le périmètre est sans surprise: le Maghreb, le Proche-Orient, l'Inde, l'Afghanistan, le Pakistan, l'Indonésie, pays musulman le plus peuplé au monde.

Si [le site Internet du ministère des Affaires étrangères](#) est resté mercredi relativement discret, ceux des représentations françaises à l'étranger ont relayé le message d'alerte. Les réseaux d'ilotage, prévus en cas de catastrophe naturelle ou d'instabilité politique, sont réactivés. Chacun est censé être joint par un responsable de quartier, par téléphone, SMS ou fax. En Tunisie, par exemple, quelque 30 000 SMS ont été envoyés aux ressortissants français, souvent des binationaux. **Écoles et collèges sont fermés jusqu'à lundi dans la capitale tunisienne, où la polémique fait rage sur le laisser-faire des autorités durant les attaques de la semaine dernière contre les bâtiments américains.** À Kaboul, la recommandation aux Français est de limiter strictement leurs déplacements jusqu'à samedi. Même appel à la prudence à Beyrouth. À Bombay, les Français ont reçu mercredi en fin de matinée un e-mail du consulat les informant de la fermeture de l'école et déconseillant de se rendre dans les quartiers musulmans. «La cohabitation entre les communautés est tendue, pourvu que nous ne servions pas de prétexte à de nouveaux affrontements», témoigne un homme d'affaires.

«Toutes ces mesures sont ponctuelles, sauf si...», dit-on au Quai d'Orsay. Prendre les précautions nécessaires, mais sans trop en faire - telle est la difficulté. À Paris, on met en avant la liberté d'expression en appelant à la responsabilité pour éviter les débordements. Avec les mesures de sécurité, le rempart des principes peut-il être efficace? Laurent Fabius exprimait mardi ses interrogations en citant Victor Hugo: «Souvent la foule trahit le peuple».

Austerity

The sermon

19 September 2012

[De Volkskrant](#) Amsterdam



Cartoonist

Dutch press cartoonist and illustrator [Bas van der Schot](#) contributes to several publications in the Netherlands including [De Volkskrant](#), news magazine [Vrij Nederland](#) and the weekly [Intermediair](#). In 2007, he won the *Inktpotprijs* for the year's best political cartoon.

[Other cartoons by Bas van der Schot](#)

“We all need to tighten our suicide belts.”

On bottom of screen: “Hezbollah terror speech.”

Before tens of thousands of supporters of his radical Shiite movement, Hezbollah leader Hassan Nasrallah has called for the anti-Islam film "The Innocence of Muslims" to be removed from the internet and its makers prosecuted. In the meantime, outgoing Dutch government has presented its draft budget for 2013. This will serve as the basis for the next government of the country and provides for cuts of 12 billion euros.

EU-Middle East

Europe flees from “Arab Winter”

Presseurope 19 September 2012

[La Repubblica](#) Rome



Clashes with police outside the United States embassy in Cairo, Egypt, September 13 2012.

AFP

The anti-Western demonstrations in Arab countries and the turn the "Arab Spring" is taking in several countries are shouting out a challenge to Europe. But Europe, looking inward to its economic and institutional crisis, prefers to shirk its responsibilities in the Mediterranean and to rely on the – helpless – United States.

[Barbara Spinelli](#)

Europe is living through a strange and insidious era, [according to the Greek writer Petros Markaris](#): the only ones who are speaking of the crises rocking the continent are the economists and central bankers.

The upshot is that it's the single currency that is becoming the essence of the Union – not an instrument, but its *raison d'être*, its sole purpose. The unity of the EU, Markaris writes, has been supplanted by the unity of the eurozone. Today we live in a Europe where only politicians and economists have the floor. “This is why the debate is so superficial, like most of Europe's leaders, and one-dimensional, like the traditional discourse of economists.” Lacking a worldview, **Europe has interests but no passions, and can be divided only into noble creditors and plebeian debtors.** “We are headed,” he says, “towards a European civil war mentality.”

Like a sudden shot in the silence, a new earthquake is rumbling across the Muslim countries in the form of **a broad offensive by Islamic fundamentalism against the West** and its execrable videos: **the violence is intensifying in the Mediterranean, and Europe, wholly occupied by its domestic affairs, is suddenly grasping that outside its doorstep bombs are raining down.**

Satisfied, after the Arab Spring she dozed off, and is now waking to winter. The liberations, she had imagined, meant freedom – only to discover that revolutions are always preceded by fundamentalist sparks before they produce stable institutions and constitutions. Like Caliban in Shakespeare's *The Tempest*, the protesters cried out at us: “You taught me language; and my profit on't is, I know how to curse. The red plague rid you, for learning me your language!”

Europe could say and do something if it gave up leaving the United States to do its own work for it. Not just in Afghanistan, where many Europeans are caught up in a lost war, and not just in Iran, but in and around our Mediterranean. **It is Europe that the fugitives from North Africa are fleeing to** – those that don't die at sea at such a rate that one cannot help suspecting willful negligence on our part.

A community with neither ideas nor resources

If it had its own foreign policy, Europe, capable of doing what faraway America cannot, could act: it could dominate events, set new priorities, and identify opportunities based on organised cooperation and not just on hawkish words and deeds.

Discussing a European Federation is no longer taboo. In talking about it, though, we only talk about the currency or make vague claims that a federation will make us “masters of our destiny.” Yet what policy – beyond internal order – do we want Europe to pursue? What vision of the world, of the relationship between the West and Islam, of Iran, of Israel and Palestine, the conflict between religions and within religions, does Europe hew to?

The Arab winter has revealed us for what we are: a community with neither ideas nor resources, and lacking a common government to tackle the global crisis. This explains our silence, or the inane babble of European representatives. It’s difficult to say what Catherine Ashton, draped in the pompous title of High Representative for Foreign Affairs and Security Policy of the European Union, is there for.

Nobody knows what the twenty-seven foreign ministers are thinking, those hybrid creatures of a Union made up of states that are no longer sovereign but not yet federal. As for the peoples of Europe, they are in charge of practically nothing: neither the economy nor the Mediterranean and not the wars either, which are never called into question by the European Union.

Europe remains a secular reference point

Given its history, a history of democracies and states restored thanks to the union of their forces after centuries of religious and ideological wars, Europe has the proper intellectual and political tools to become an ally of the Arab Spring, which is hanging in the balance, and of those countries that are struggling to merge the indisputable authority of the state with democracy.

For all those in Libya, Egypt and Tunisia who are watching democracy be taken over by the Muslim Brotherhood and threatened by Salafist fundamentalists, Europe remains a secular reference point.

The path chosen by Jean Monnet following the Second World War consisted in reconciling the interests and the passions. That was why he chose to organise the pooling of resources (coal and steel) that had been bones of contention between Germany and France. Between Europe and the countries on the south shore of the Mediterranean, a similar path could be mapped out through a community based not on coal and steel, but on energy (or, in the future, on water).

In October 2011 a [similar plan was proposed by two economists](#) inspired by a federal vision of Europe, Alfonso Iozzo and Antonio Mosconi. The fear is that Washington will prove unable to guarantee stability and democracy in the Mediterranean and the Middle East – hence the urgency of a Euro-Mediterranean Energy Community based on energy, often potential energy, that is difficult to exploit without financial aid and technology from Europe.

Democracies have backed fundamentalists

Merely a community of interests, we might say. That was also said about the European Coal and Steel Community (ECSC). In reality, the political ambition is strong: to replace the hegemonic model with a joint model and request its associates to make clear democratic commitments, overseen by a joint parliamentary assembly.

To replace or beef up the power of the United States in the Mediterranean would mean admitting that the current model isn’t working: democracy, it was believed, could be exported through wars – instead, failed states were created and authoritarian states strengthened.

For years democracies, including Israel, have backed fundamentalists – the Taliban against the USSR and Hamas against the PLO – and deliberately overlooked a major source of the crisis today: Saudi Arabia, which is funding the Salafist parties that are threatening the fledgling Arab democracies.

It is up to Europe to give hope to the countries of the Mediterranean and defend their democracies. If the Union does get a government, it will have the euro and a foreign policy. It is only then that the shot we hear in Arab countries will stir, as in the poem by Eugenio Montale, a Europe whose heart “holds all movement to be vile, that rarely shakes and quivers.”

Daily chart

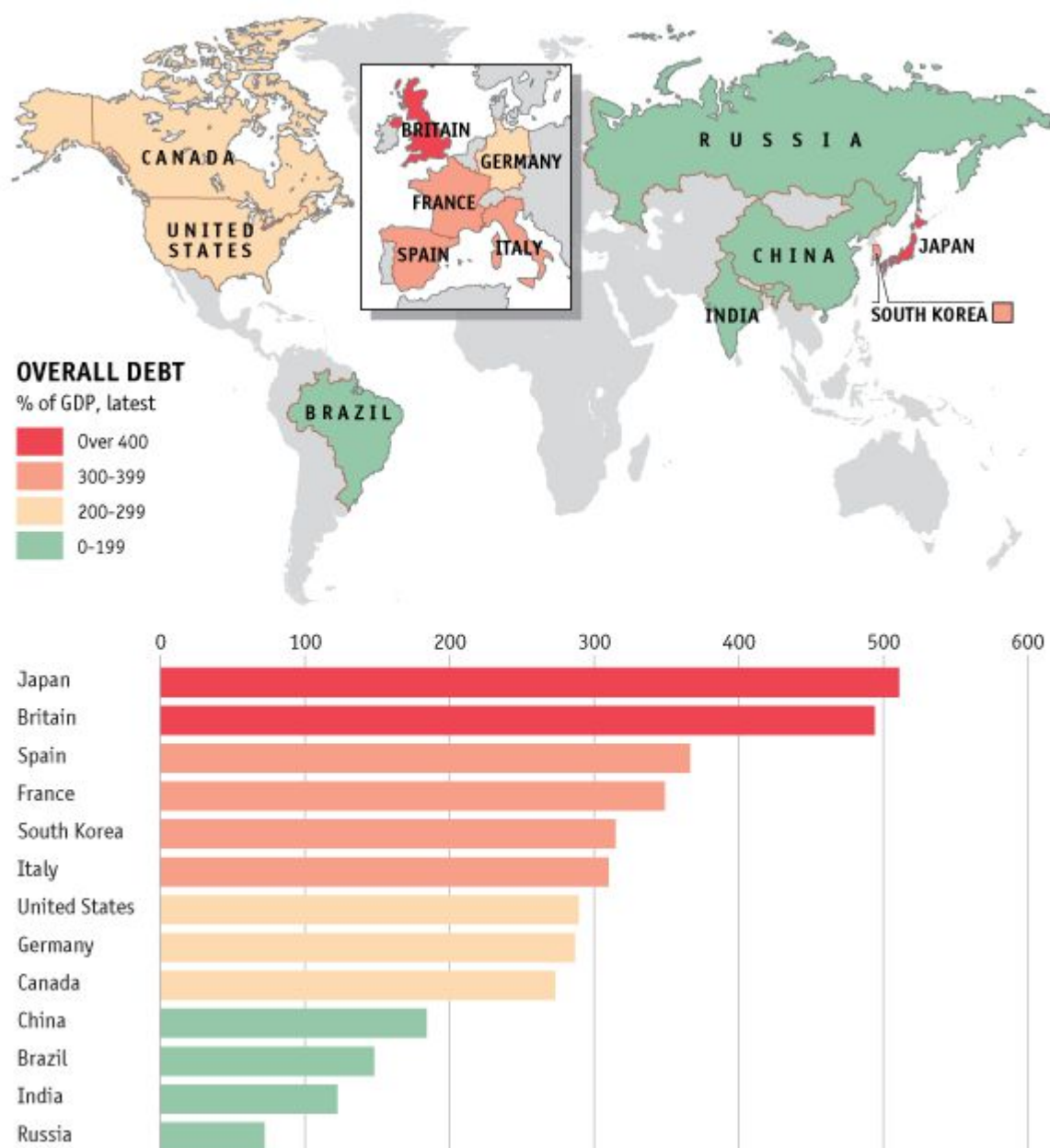
The debtors' merry-go-round

Sep 19th 2012, 13:54 by The Economist online

Our interactive overview of debt in the world's biggest economies

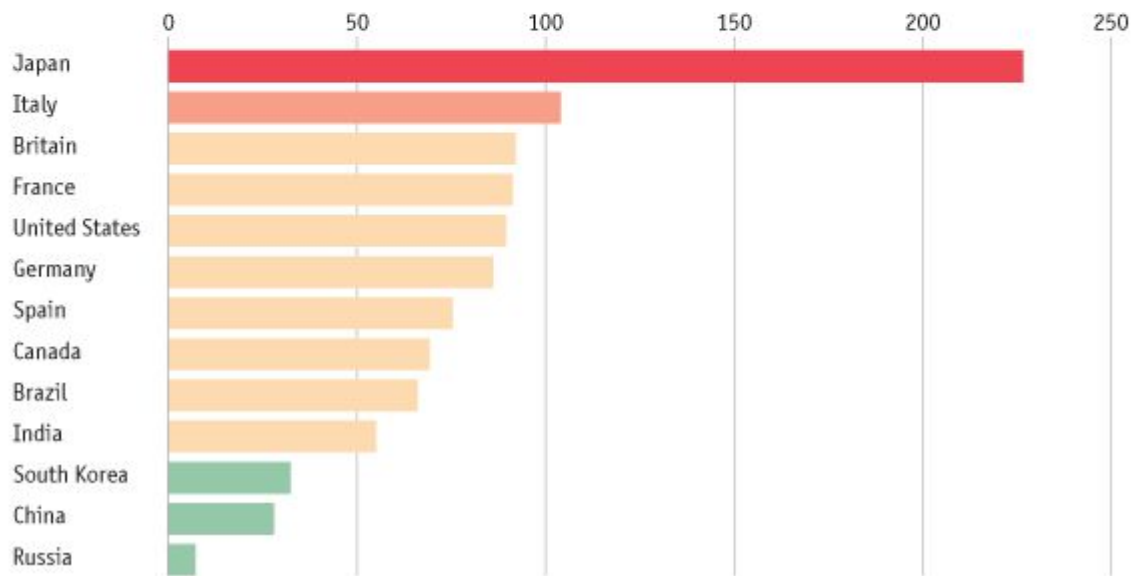
World debt guide

- OVERALL
- Government
- Household
- Financial
- Non-financial

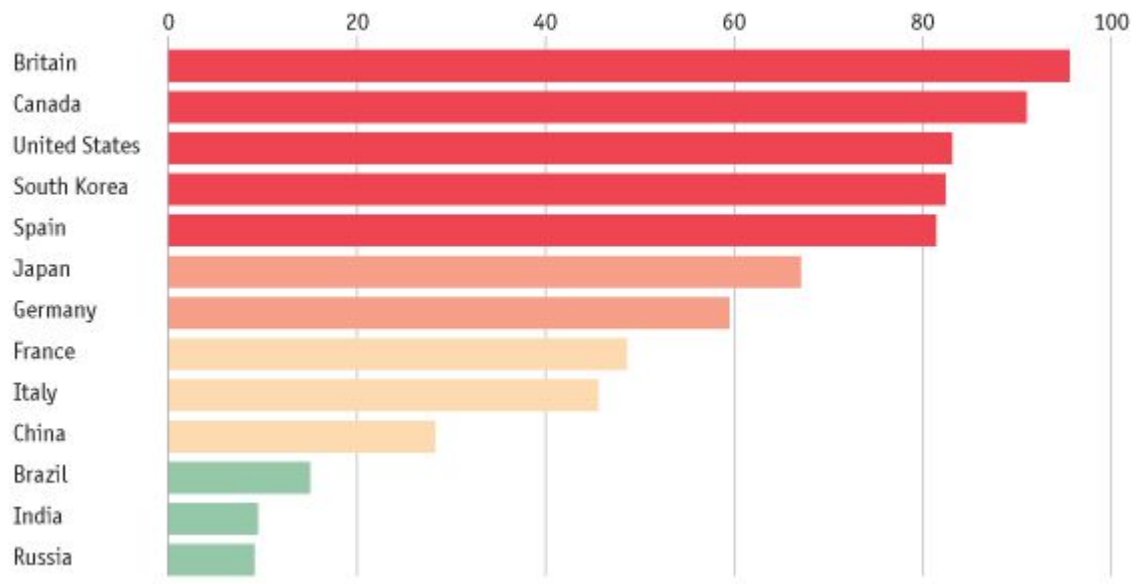
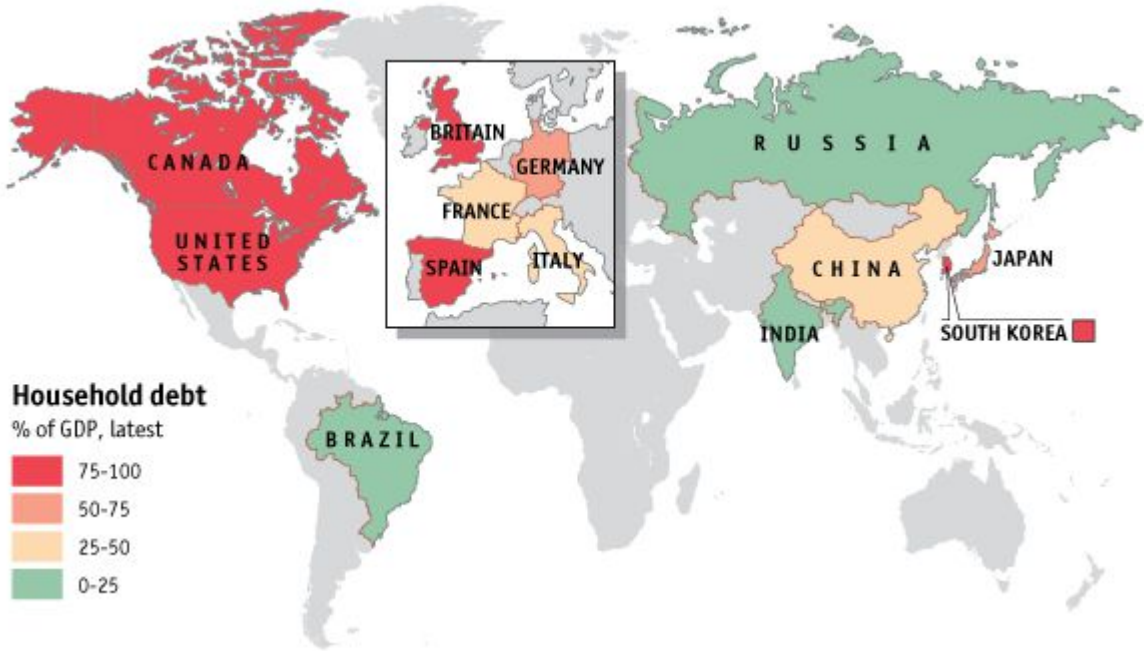


Source: McKinsey

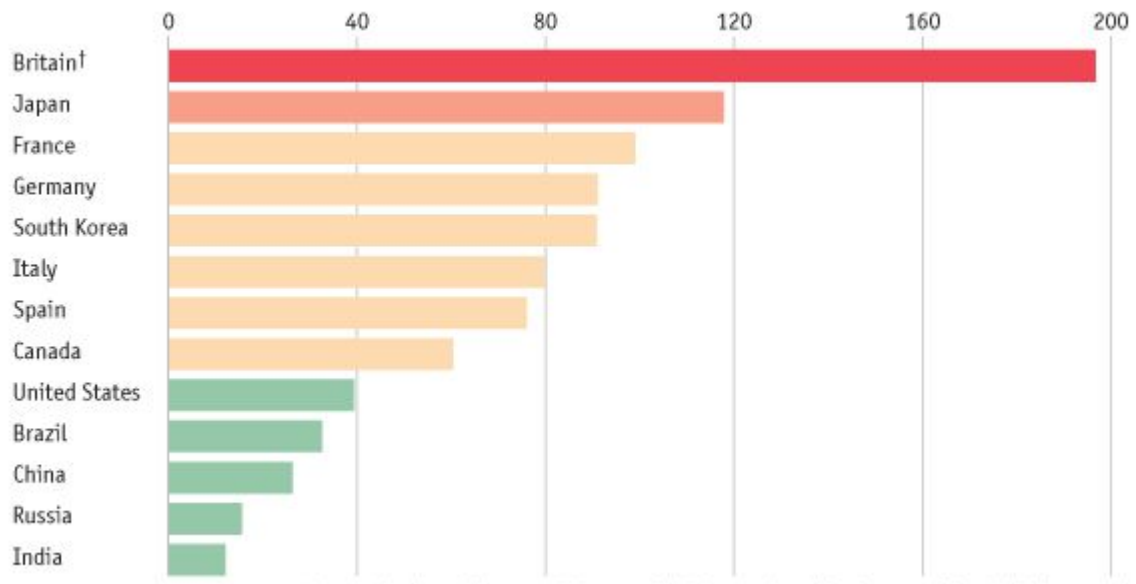
CLICK HIGHLIGHTED COUNTRIES FOR TIME SERIES



Source: McKinsey

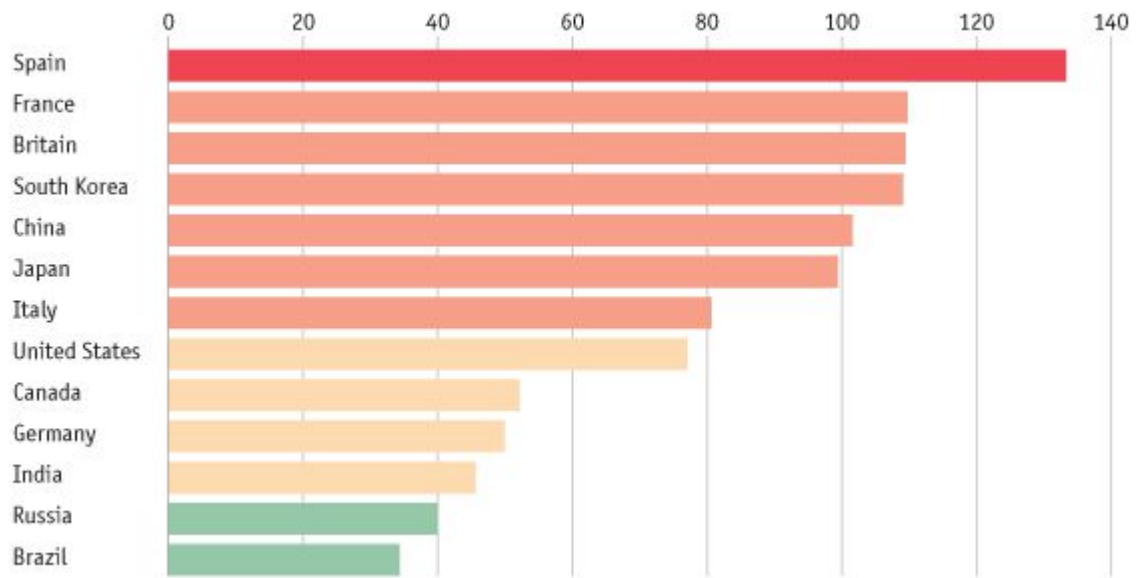


Source: McKinsey



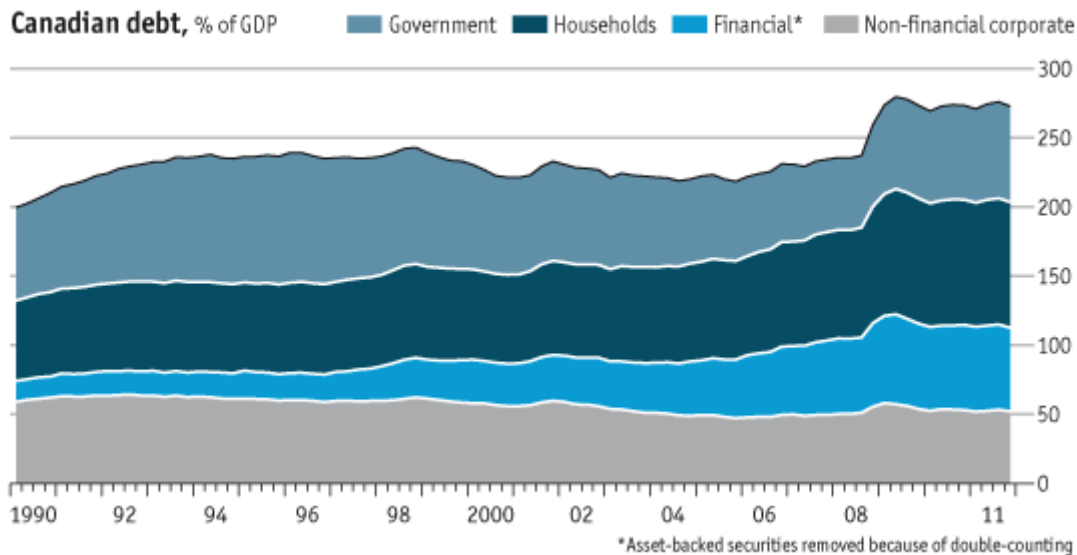
* Asset-backed securities removed because of double-counting † Foreign-owned financial debt removed

Source: McKinsey

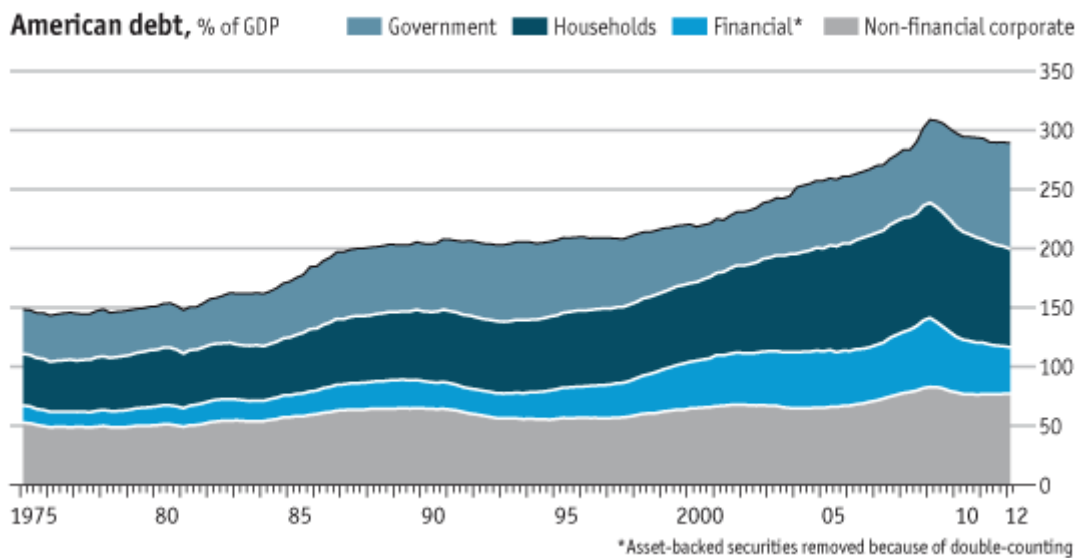


Source: McKinsey

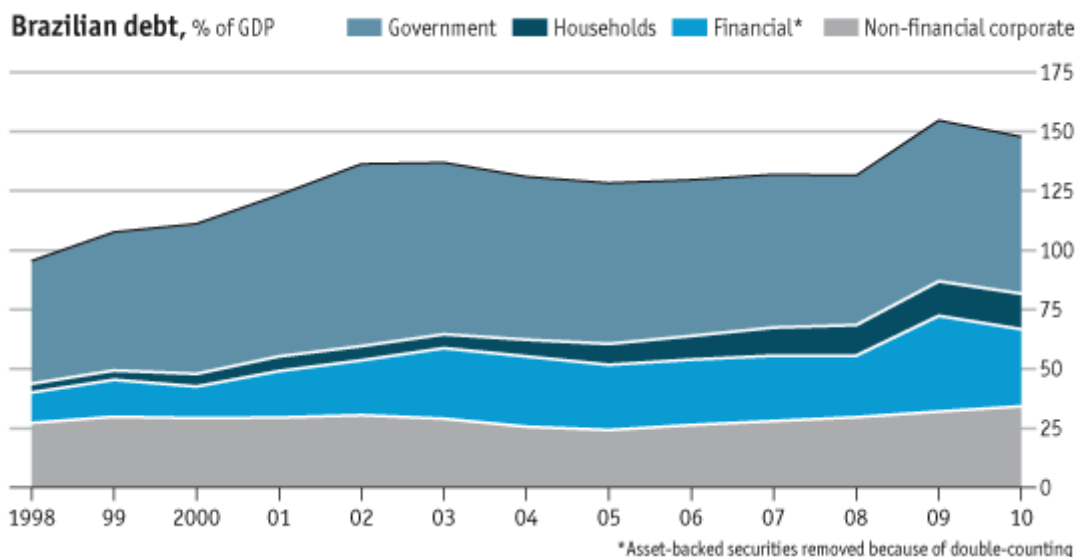
Canadian debt, % of GDP



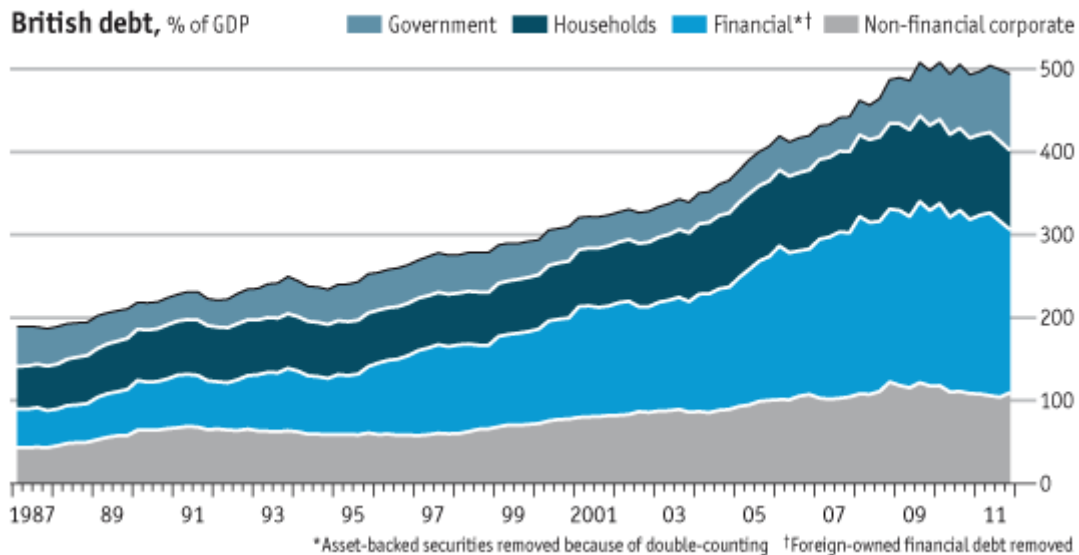
American debt, % of GDP



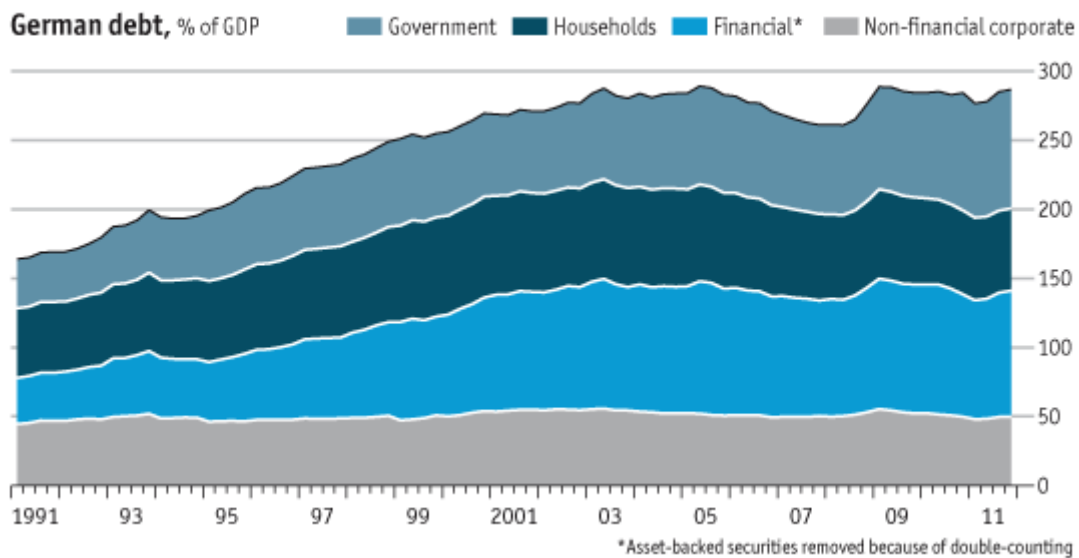
Brazilian debt, % of GDP



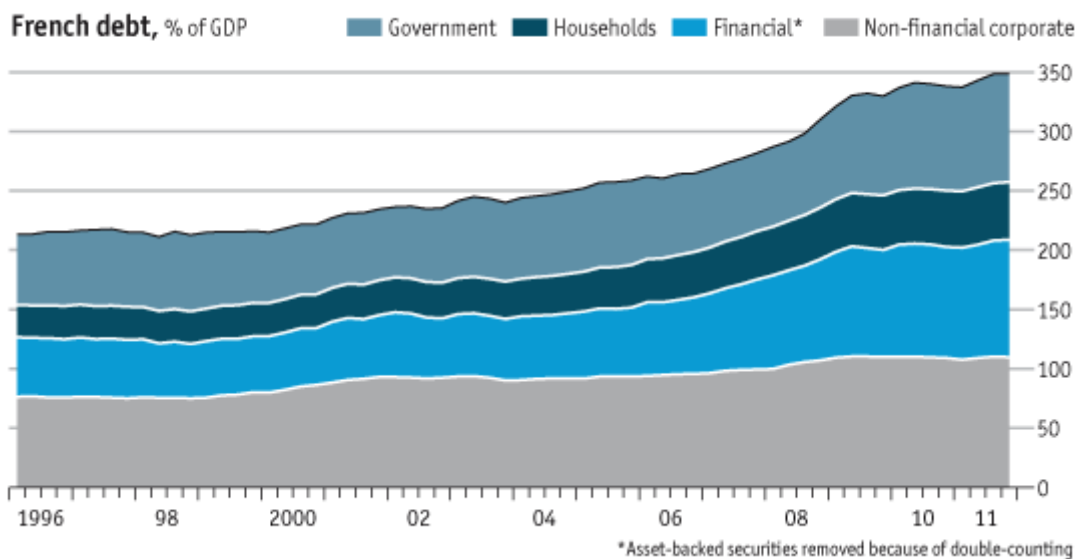
British debt, % of GDP



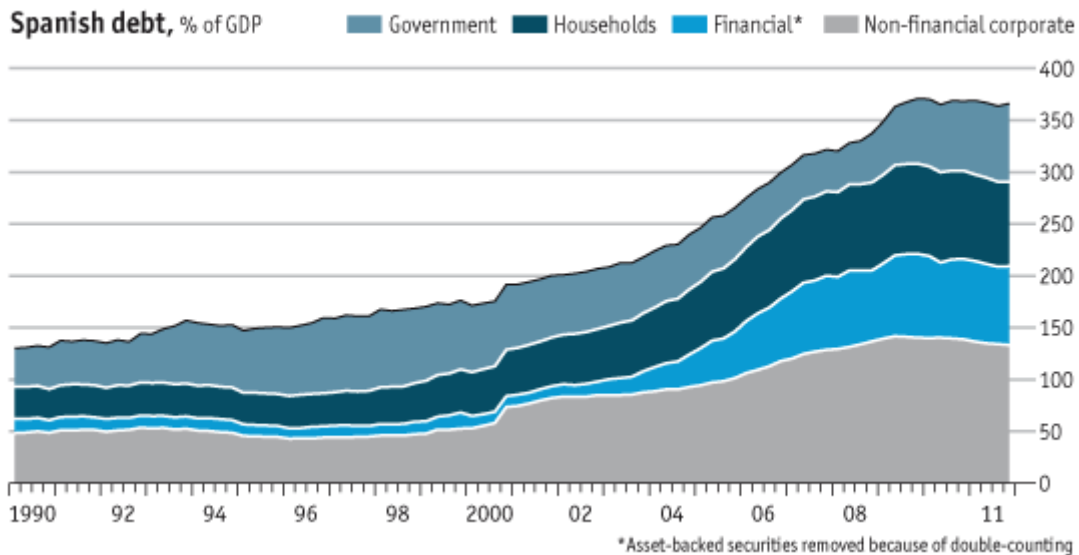
German debt, % of GDP



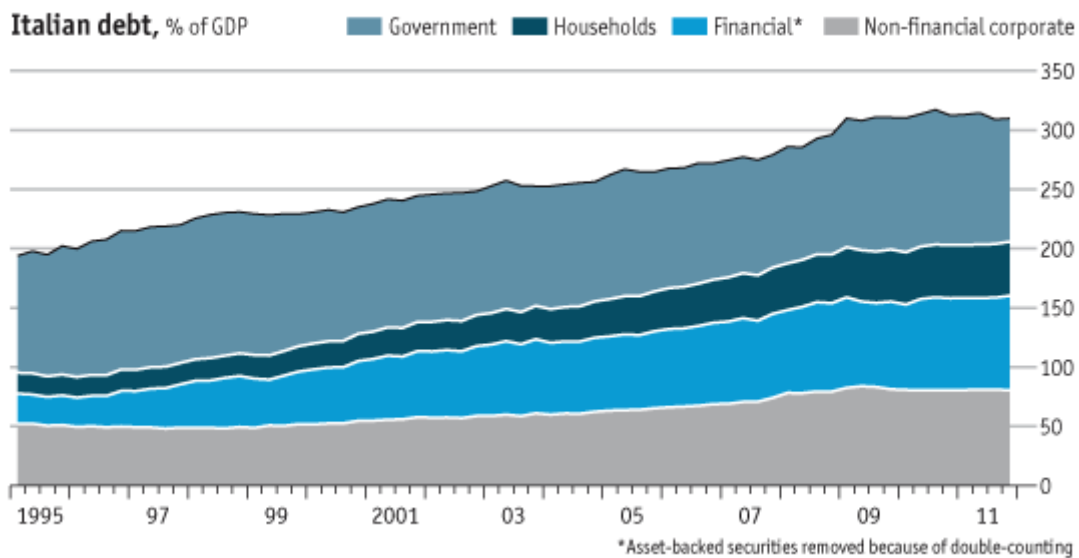
French debt, % of GDP



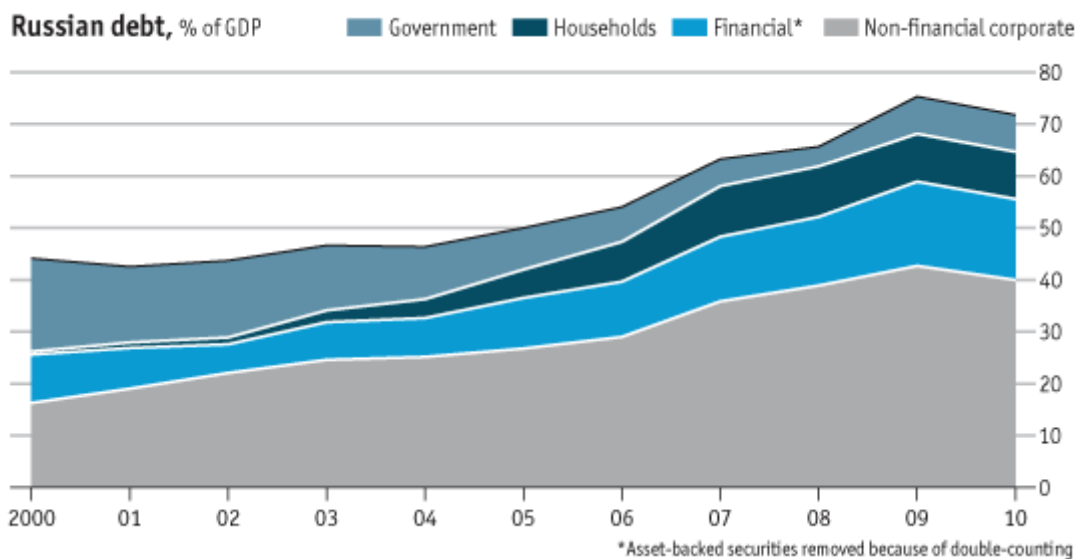
Spanish debt, % of GDP



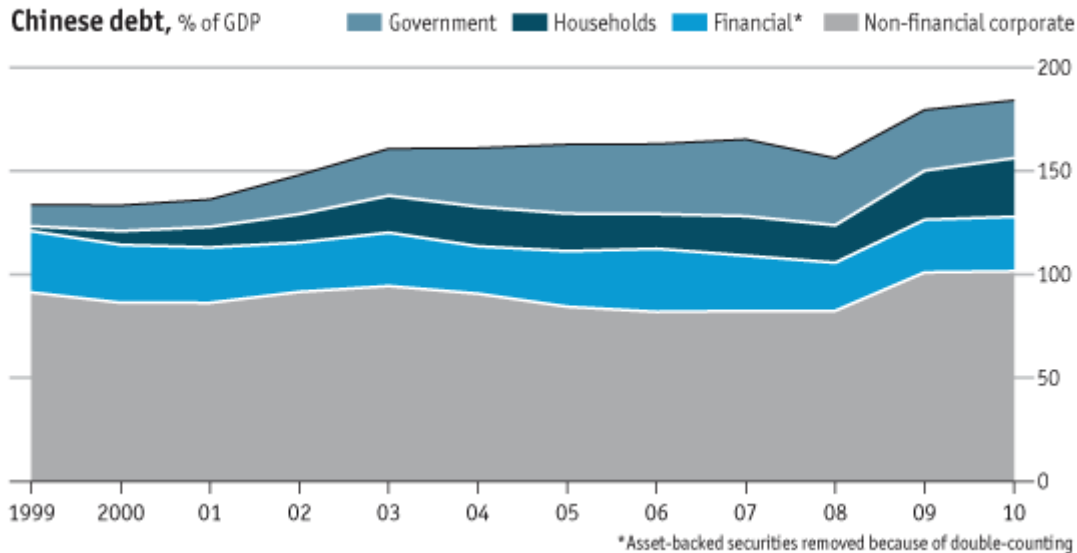
Italian debt, % of GDP



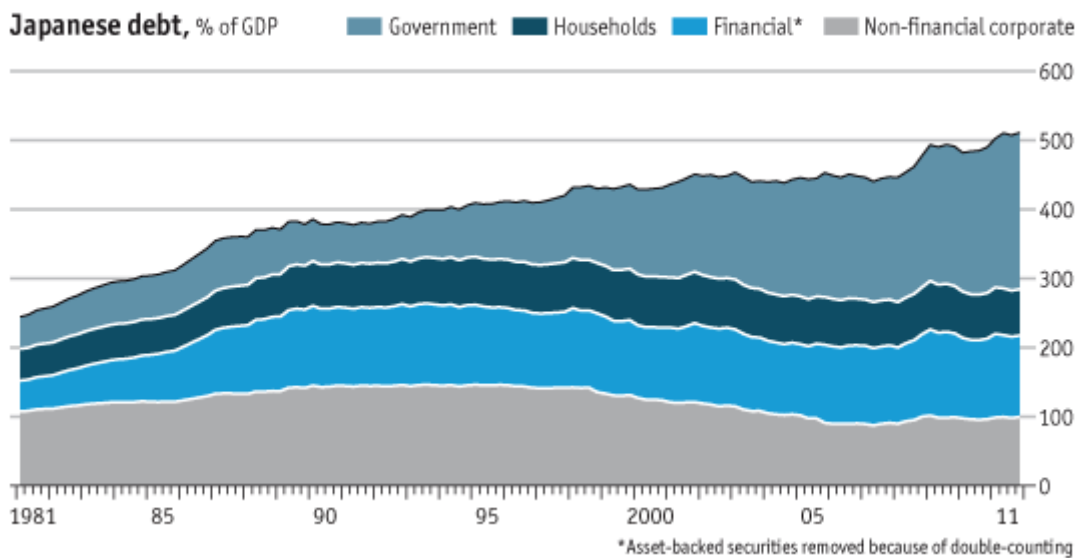
Russian debt, % of GDP



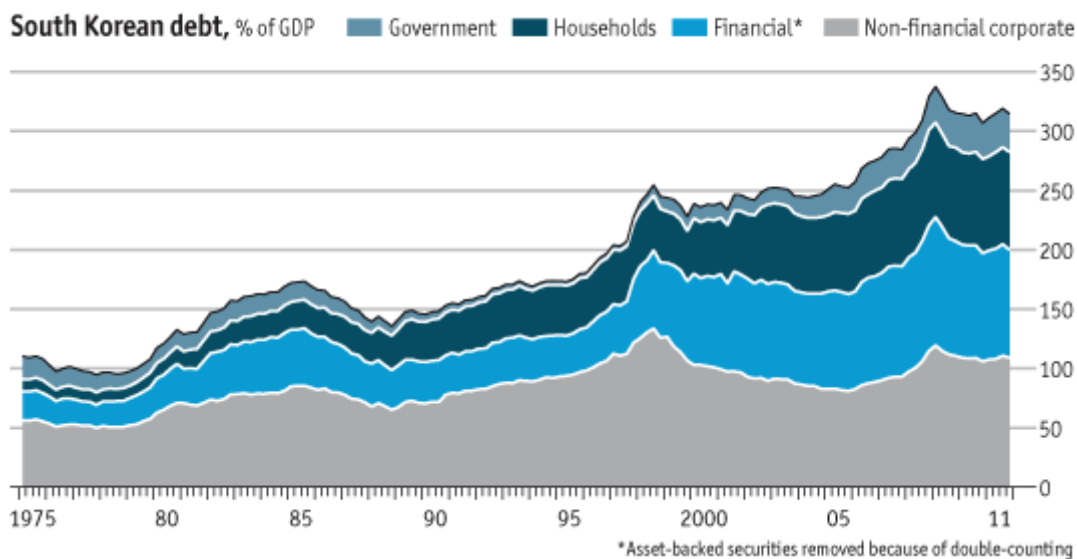
Chinese debt, % of GDP

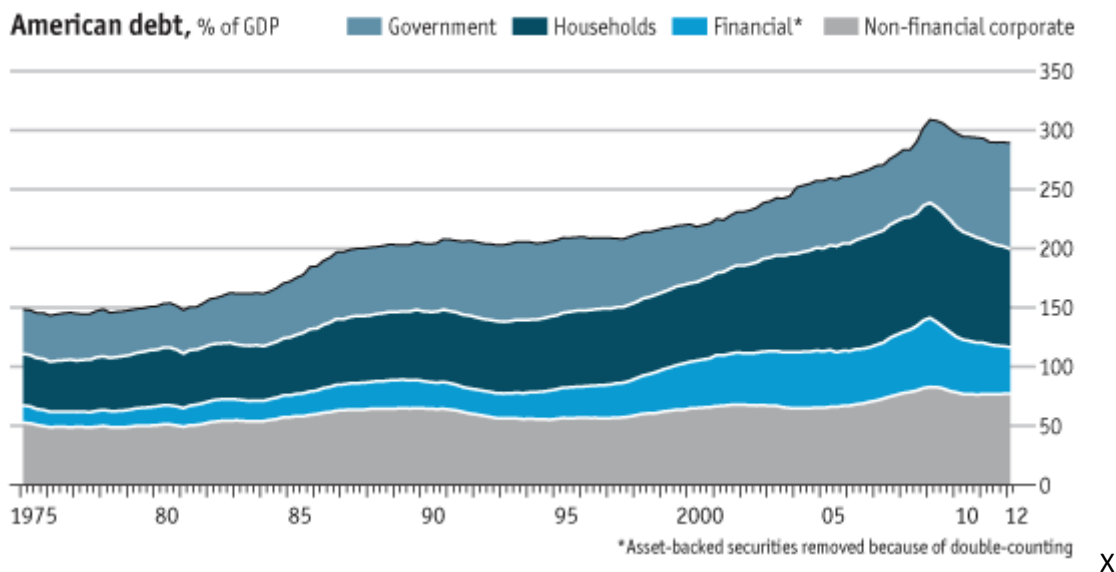
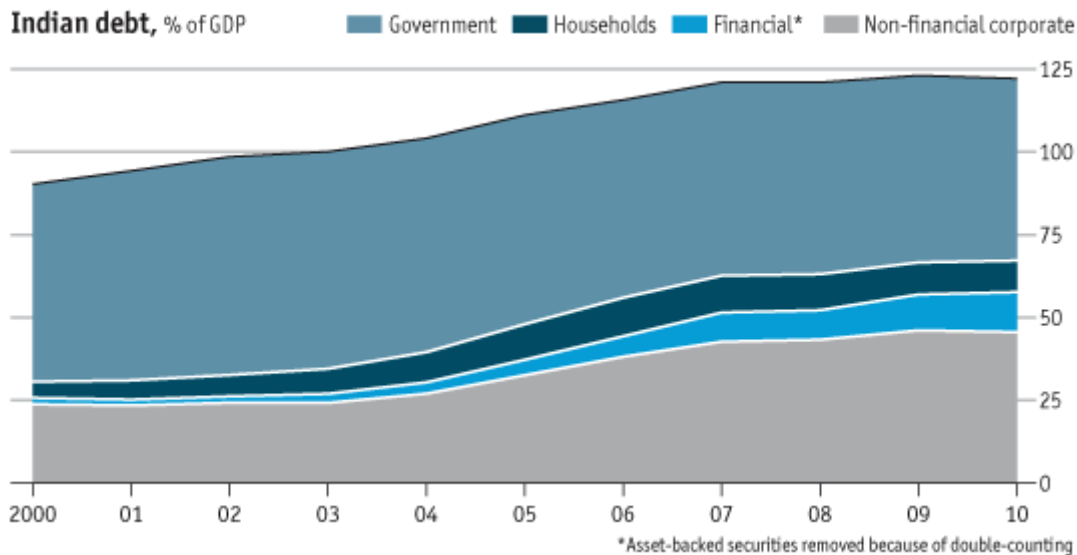


Japanese debt, % of GDP



South Korean debt, % of GDP





IN THE years before the financial crisis, the rich world was surfing on a wave of private debt. Our interactive guide (updated on September 19th 2012) shows levels of debt as a percentage of GDP for a selection of rich countries and emerging markets. Between the first quarter of 2004 and the first quarter of 2009, private-sector non-financial debt rose by an average of 43% of GDP in the Western countries shown (excluding Germany). Since the crisis the debt burden has spread to the public balance-sheet. The costs of bail-outs and fiscal stimulus, and the effects of slow economic growth on tax revenues, have sent the ratio of government debt to GDP spiralling. The private sector has at least begun to deleverage: private-sector non-financial debt has decreased by eight percentage points on average in the past three years for those same six countries. But there is an awfully long way to go to turn back the clock.

« [US election 2012: States of play](#)

Muslim rage

What the Arab papers say

The Economist Blog Newsbook Sep 19th 2012, 15:35 by The Economist online



THE Arab press has been awash with reactions to the “[Innocence of Muslims](#)”, an amateurish anti-Islamic film produced in America which has led to [violent protests across the Middle East and beyond](#), and the [murder of America’s ambassador to Libya](#) and three of his colleagues.

In the Lebanese daily [As Safir](#), Nadim Gargoura described the film as an insult to both Islam and cinema:

On an artistic level, the film is nothing but provocative, hateful, propaganda. It is full of glaring errors, bad acting, and terrible visual effects. On a religious level, it is drowned in a sea of distortion and tells shocking, superficial tales about Islam that have been transformed in parts of the racist West into clichés devoid of any meaning. These clichés make some extremists and fundamentalists easy targets for Western Christian extremists and fundamentalists, and they have translated their spite for others into a visual production that has no relation to the religion of Islam or the medium of cinema.

In the Palestinian newspaper [Al Ouds](#), veteran commentator Abdel Bari Atwan suggested that the fallout is a sign that the Islamic world will no longer “keep silent about insults”:

The Islamic peoples can tolerate hunger, unemployment and even the rule of corrupt dictators. But they cannot tolerate the taking of liberties with their religion, their creed, or their prophet and his companions.

Writing in the Egyptian daily [Al-Masry Al-Youm](#), columnist Mohamed Salmawy said the film was both racist and immoral because it “singles out the followers of one specific religion for this derision, clearly indicating the presence of a bigoted, racist viewpoint” and “has derided people’s religious doctrine, and this by any standard is immoral”. He argued that the crisis that the film has caused is:

...a crisis of rights because the freedom of religion is one of the basic rights that is set down in international agreements on human rights, and it is an obligation to respect freedom of religion and to not violate it in any way, shape, or form.

Despite the outrage, some Arab commentators felt the clip did not warrant the response it engendered. Writing on the pan-Arab news site [Elaph](#), Nisreen ‘Ajib denounced the recent violence:

Regrettably, the West describes Arabs using terms like “backward” and “terrorist”. Rather than working to change this image, here they are presenting to the West the evidence on a silver platter. Does a film that doesn’t even meet the lowest standards of production deserve to ignite the world? Anger and denunciation are not forbidden, but why don’t the Arabs fight back with the weapons that are used against them, rather than this barbarism that records, day after day, black spots in their history?

NYT September 19, 2012

Circumcision Debate in Europe Reflects Deeper Tensions

By [JACK EWING](#)

HOF, Germany — This sleepy town not far from the Czech border, in a hilly corner of Catholic Bavaria, is an unlikely place to find an active synagogue, and an even unlikelier focal point for a controversy that some see as a threat to religious tolerance in Europe and even the place of Jews in Germany.

Rabbi David Goldberg, a jovial 64-year-old Israeli who serves a community of about 400 Jews in Hof, has become an international cause célèbre after four German citizens filed criminal complaints against him with the local prosecutor. His alleged crime, which made headlines in Israel and elsewhere, was performing ritual circumcisions.

The dispute reflects the ever deeper secularization of European life that, in the eyes of some religious leaders, has mutated into a form of intolerance. This conflict between secular and religious values has most frequently involved Islam, with bans on minarets in Switzerland and veils that cover women's faces in France, not to speak of the recent anti-Islamic video that touched off violent anti-American demonstrations. And sensitivities were further inflamed on Wednesday with the [publication in a French magazine](#) of unflattering caricatures of the Prophet Muhammad, several of them showing him naked.

But the debate over ritual [circumcision](#) shows that the tensions extend even further.

Rabbi Goldberg seems more bemused than alarmed. Anyone can file a complaint against anyone else in Germany, and he may never face formal charges. Rabbi Goldberg has not hired a lawyer and declined an offer from one who was willing to handle the case for free.

The more serious threat, in the eyes of Rabbi Goldberg and many Jews, Muslims as well as Christians in Europe, comes from what they see as an attack by secular society on religious ritual, on faith itself. A seemingly insignificant decision by a lower court in Cologne, against a doctor who circumcised a Muslim boy, has fed a rapidly spreading drive to criminalize a practice that is core to Jewish and Muslim belief.

The line of demarcation between church and state is different in Germany than in the United States. Chancellor Angela Merkel leads the Christian Democratic party and is the daughter of a Protestant pastor. But, in contrast to the displays of piety expected of American politicians, she rarely mentions religion or is photographed attending church.

Nevertheless, Ms. Merkel is pushing for legislation to allow circumcision to continue, and she wins praise from Jewish leaders. And Rabbi Goldberg says some of the most fervent letters of support he has received have come from religious Christians.

“They know [the Bible](#),” he said, speaking in the renovated schoolhouse in a quiet residential neighborhood in Hof that serves as synagogue, community center and residence for him and his family. “They are afraid for their religion as well.”

For the more than 100,000 Jews who live in Germany, the tenor of the circumcision debate has come as a shock, undercutting confidence that they had found a secure place in society after the horrors of the Holocaust. Only a few months ago, that confidence had seemed justified when voters in Frankfurt chose their first Jewish mayor since 1933.

But now, some Jewish leaders say, the circumcision debate has exposed how ignorant many Germans are about Jewish beliefs.

“This discussion has shown that we are foreigners in our own country, doing something that Germans are not supposed to do,” said Stephan J. Kramer, secretary general of the Central Council of Jews in Germany. “We are accused of torturing our own children.”

Muslims express similar sentiments. “There are more than a few people who have something against Muslims and Jews and they are taking advantage of this,” said Aiman A. Mazyek, chairman of the Central Committee of Muslims in Germany. “They can hide behind this discussion. They can say what they always wanted to say.”

In contrast to the United States, baby boys in Germany and other European countries are not routinely circumcised for health reasons. The World Health Organization recommends circumcision as a way to reduce the spread of [AIDS](#), but many doctors in European countries regard the practice as harmful and even barbaric.

A German pediatricians’ association, as well as a children’s aid group, are helping lead a petition drive calling for a two-year moratorium on circumcision. For religious Jews, such a moratorium would be catastrophic. The Bible tells them to circumcise a baby boy eight days after birth, unless there is a medical reason to wait.

But Jews in Europe, not just in Germany, say that it is difficult to convince people who are not religious that circumcision is regarded as a command from God, and that without it a young man cannot enter Jewish society.

“It’s a secular society. People don’t have much sense about religion or much knowledge of religion,” said Ervin Kohn, a Jewish leader in Oslo, where a debate about circumcision is also under way. There are about 1,500 Jews in Norway, he said, out of a total population of 4.7 million.

“When people hear debate about circumcision they have trouble connecting it with religious freedom,” Mr. Kohn said. “When I say that circumcision for us is an existential question, they don’t always understand it.”

The catalyst for the controversy and the complaints against Rabbi Goldberg in Hof was a [State Court decision](#) in Cologne in May that found that a doctor committed criminal bodily injury by performing a circumcision on a 4-year-old Muslim boy.

Under the German legal system, the decision had no binding effect on other judges or prosecutors, even in Cologne, said Jan F. Orth, a judge at the State Court there who serves as its spokesman.

A panel of three judges, two of whom were non-lawyers analogous to citizen jurors, did not impose a punishment on the doctor. More than a month went by before the decision was picked up by the German news media. The case is not being appealed and will not go to a higher court, Mr. Orth said.

Still, the Cologne case prompted hospitals as far away as Zurich to suspend circumcisions, and it emboldened an anti-circumcision movement in Germany as well as in countries like Denmark that had gone little noticed until then.

Even though the court case involved a Muslim boy, the debate in Germany quickly pivoted to a discussion about Jewish religious practice — and then landed in Hof, a city of 45,000 that has been largely bypassed by the economic boom in the rest of Bavaria. Hof’s population has been declining for decades, but the Jewish population has grown.

Gerhard Schmitt, the chief prosecutor in Hof, said he has not yet decided whether to start a formal investigation against Rabbi Goldberg, much less file charges.

During 15 years in Hof, Rabbi Goldberg said, he has never encountered anti-Semitism. A handful of neo-Nazis staged a march in May, but local citizens organized a much larger counterdemonstration.

Local Christian leaders have rallied around Rabbi Goldberg. The Rev. Günter Saalfrank, a minister who oversees Protestant churches in Hof and the surrounding region, attributed the controversy to ignorance of Judaism and said it is unfortunate that the debate has revolved around the definition of criminal bodily injury.

“It narrows the issue,” he said. “Circumcision is about much more than that. It has been done for thousands of years, a totally normal ritual.”

There is not much demand for circumcision in Hof. But Rabbi Goldberg said he has been called to places like Prague and Budapest to perform the ritual, and estimates that he has done about 4,000 in a long career. He is puzzled by suggestions that circumcisions are harmful to babies.

“In Judaism, the health of the baby is more important than anything,” Rabbi Goldberg said. The harm, he added, would come if the baby was not circumcised. “A man who is not circumcised cannot understand the context of the Bible,” he said. “It is very, very important.”

NYT September 18, 2012

Look in Your Mirror

By [THOMAS L. FRIEDMAN](#)

On Monday, David D. Kirkpatrick, the Cairo bureau chief for The Times, quoted one of the Egyptian demonstrators outside the American Embassy, Khaled Ali, as justifying last week's violent protests by declaring: "We never insult any prophet — not Moses, not Jesus — so why can't we demand that Muhammad be respected?" Mr. Ali, a 39-year-old textile worker, was holding up a handwritten sign in English that read: "Shut Up America." "Obama is the president, so he should have to apologize!"

I read several such comments from the rioters in the press last week, and I have a big problem with them. I don't like to see anyone's faith insulted, but we need to make two things very clear — more clear than President Obama's team has made them. One is that an insult — even one as stupid and ugly as the anti-Islam video on YouTube that started all of this — does not entitle people to go out and attack embassies and kill innocent diplomats. That is not how a proper self-governing people behave. There is no excuse for it. It is shameful. And, second, before demanding an apology from our president, Mr. Ali and the young Egyptians, Tunisians, Libyans, Yemenis, Pakistanis, Afghans and Sudanese who have been taking to the streets might want to look in the mirror — or just turn on their own televisions. They might want to look at the chauvinistic bile that is pumped out by some of their own media — on satellite television stations and Web sites or sold in sidewalk bookstores outside of mosques — insulting Shiites, Jews, Christians, Sufis and anyone else who is not a Sunni, or fundamentalist, Muslim. There are people in their countries for whom hating "the other" has become a source of identity and a collective excuse for failing to realize their own potential.

[The Middle East Media Research Institute](#), or Memri, was founded in 1998 in Washington by Yigal Carmon, a former Israeli government adviser on counterterrorism, "to bridge the language gap between the Middle East and the West by monitoring, translating and studying Arab, Iranian, Urdu and Pashtu media, schoolbooks, and religious sermons." What I respect about Memri is that it translates not only the ugly stuff but the courageous liberal, reformist Arab commentators as well. I asked Memri for a sampler of the hate-filled videos that appear regularly on Arab/Muslim mass media. Here are some:

ON CHRISTIANS Hasan Rahimpur Azghadi of the Iranian Supreme Council for Cultural Revolution: Christianity is "a reeking corpse, on which you have to constantly pour eau de cologne and perfume, and wash it in order to keep it clean." <http://www.memritv.org/clip/en/1528.htm> — July 20, 2007.

Sheik Al-Khatib al-Baghdadi: It is permissible to spill the blood of the Iraqi Christians — and a duty to wage jihad against them. <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/5200.htm> — April 14, 2011.

Abd al-Aziz Fawzan al-Fawzan, a Saudi professor of Islamic law, calls for "positive hatred" of Christians. Al-Majd TV (Saudi Arabia), <http://www.memritv.org/clip/en/992.htm> — Dec. 16, 2005.

ON SHIITES The Egyptian Cleric Muhammad Hussein Yaaqub: "Muslim Brotherhood Presidential Candidate Mohamed Morsi told me that the Shiites are more dangerous to Islam than the Jews." www.memritv.org/clip/en/3466.htm — June 13, 2012.

The Egyptian Cleric Mazen al-Sirsawi: "If Allah had not created the Shiites as human beings, they would have been donkeys." <http://www.memritv.org/clip/en/3101.htm> — Aug. 7, 2011.

The Sipah-e-Sahaba Pakistan video series: "The Shiite is a Nasl [Race/Offspring] of Jews." <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/51/6208.htm> — March 21, 2012.

ON JEWS Article on the Muslim Brotherhood's Web site praises jihad against America and the Jews: "The Descendants of Apes and Pigs." <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/51/6656.htm> — Sept. 7, 2012.

The Pakistani cleric Muhammad Raza Saqib Mustafai: “When the Jews are wiped out, the world would be purified and the sun of peace would rise on the entire world.”

<http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/51/6557.htm> — Aug. 1, 2012.

Dr. Ismail Ali Muhammad, a senior Al-Azhar scholar: The Jews, “a source of evil and harm in all human societies.” <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/51/6086.htm> — Feb. 14, 2012.

ON SUFIS A shrine venerating a Sufi Muslim saint in Libya has been partly destroyed, the latest in a series of attacks blamed on ultraconservative Salafi Islamists. <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-19380083> — Aug. 26, 2012.

As a Jew who has lived and worked in the Muslim world, I know that these expressions of intolerance are only one side of the story and that there are deeply tolerant views and strains of Islam espoused and practiced there as well. Theirs are complex societies.

That’s the point. America is a complex society, too. But let’s cut the nonsense that this is just *our* problem and the only issue is how *we* clean up *our* act. That Cairo protester is right: We should respect the faiths and prophets of others. But that runs both ways. Our president and major newspapers consistently condemn hate speech against other religions. How about yours?

NYT September 19, 2012

French Magazine Runs Cartoons That Mock Muhammad

By [NICOLA CLARK](#) and [SCOTT SAYARE](#)

PARIS — A French satirical magazine on Wednesday published a series of cartoons mocking the Prophet Muhammad, setting off a new wave of outrage among Muslims and condemnation from French leaders amid widening unrest over an amateur video that has provoked violence throughout the Islamic world.

The illustrations, some of which depicted Muhammad naked and in pornographic poses, hit newsstands across the country on Wednesday and were met with a swift rebuke from the government of [François Hollande](#), which had earlier urged the magazine, Charlie Hebdo, not to publish the cartoons, particularly in the current tense environment.

“In [France](#), there is a principle of freedom of expression, which should not be undermined,” Laurent Fabius, the foreign minister, said in a French radio interview. “In the present context, given this absurd video that has been aired, strong emotions have been awakened in many Muslim countries. Is it really sensible or intelligent to pour oil on the fire?”

In the interview on France Info radio, Mr. Fabius announced that, as a precaution, [France](#) planned to close its embassies in 20 countries on Friday, the Muslim day of prayer, which has become an occasion for many to express their anger although “no threats have been made against any institutions.” A Foreign Ministry spokesman said the closings would affect French consulates, cultural centers and schools as well.

In Egypt, representatives of the Muslim Brotherhood denounced the cartoons as blasphemous and hurtful, and called upon the French judiciary to condemn the magazine.

Mahmoud Ghozlan, a spokesman for the group, noted that French law prohibits Holocaust denial and suggested that similar provisions might be made for comments deemed blasphemous under Islam.

“If anyone doubts the Holocaust happened, they are imprisoned,” Mr. Ghozlan told Reuters. “It is not fair or logical” that the same not be the case for insults to Islam, he said.

Religious and political leaders in other majority Muslim nations also denounced the cartoons but called for calm. Tunisia’s governing Islamist party, Ennahda, warned believers against falling into a trap set by “suspicious parties to derail the Arab Spring and turn it into a conflict with the West,” Reuters reported.

[Charlie Hebdo’s Web site](#) was not functioning on Wednesday, the result of a computer attack, according to the editorial director, Stéphane Charbonnier. A Pakistani technology news outlet, ProPakistani, [reported that a Pakistani hacker group](#) claimed it had blocked the site because of its “blasphemous contents” about Muhammad. The violence provoked by the video disparaging the prophet began on Sept. 11 when a mob attacked the American Embassy in Cairo. The unrest quickly spread to Libya, where an attack on an American diplomatic mission in Benghazi claimed the lives of the American ambassador, [J. Christopher Stevens](#), and three staff members.

On Wednesday, police officers were dispatched to guard the offices of Charlie Hebdo in eastern Paris.

The magazine’s headquarters, not far from its present offices, were gutted by a firebomb in November after it published a spoof issue “guest edited” by Muhammad to salute the victory of an Islamist party in Tunisian elections. Mr. Charbonnier, the editorial director, has been under police protection since.

Neither he nor the publication had received threats as a result of the most recent issue of the magazine, he said.

Prime Minister Jean-Marc Ayrault said the government would prohibit a series of protests that had been planned in several French cities for Saturday — one week after a group of around 250 people staged a largely nonviolent protest of the American-made amateur film, “Innocence of Muslims,” outside the American Embassy here.

“There is no reason for us to let a conflict that doesn’t concern France come into our country,” Mr. Ayrault told RTL radio. “We are a republic that has no intention of being intimidated by anyone.”

Mr. Charbonnier contested that decision, which he called “shocking.”

“The government needs to be consistent,” he said. “Why should they prohibit these people from expressing themselves? We have the right to express ourselves, they have they right to express themselves, too.”

In a statement, the main body representing Muslims in France, the French Muslim Council, expressed its “deep concern” over the cartoons and warned that their publication risked “exacerbating tensions and provoking reactions.” The council urged French Muslims to express their grievances “via legal means.”

Mr. Charbonnier said the weekly published the cartoons in defense of freedom of the press, adding that the images “would shock only those who wanted to be shocked.”

Gérard Biard, the magazine’s editor in chief, said: “We’re a newspaper that respects French law. Now, if there’s a law that is different in Kabul or Riyadh, we’re not going to bother ourselves with respecting it.”

This week as every other week, Mr. Biard insisted, “We’ve simply commented on the news.” The caricatures are meant to satirize the video that has stirred violence across the Muslim world, he said, and to denounce that violence as absurd.

“What are we supposed to do when there’s news like this?” Mr. Biard asked. “Are we supposed to not do that news?”

Known for its sharply ironic and often vulgar tone, Charlie Hebdo has a reputation for being an equal-opportunity provocateur. In addition to episode in November, the magazine was criticized for a decision in 2006 to republish cartoons of Muhammad that first appeared in a Danish newspaper.

In an editorial on Wednesday, Le Monde, France’s newspaper of record, defended the magazine’s right to publish what it pleases, within the limits of French law. But it called the most recent caricatures “in poor taste, or even appalling” and questioned the “sense of responsibility of their authors and editors.”

Mr. Charbonnier held firm.

“I’m sorry for the people who are shocked when they read Charlie Hedbo,” Mr. Charbonnier said. “But let them save 2.50 euros and not read it. That’s the only thing I have to say.

“They can’t hold us responsible for the closure of the embassies, they can’t hold us responsible for the violence and the deaths,” he said. “We’re not provoking anything.” Religious radicals can use “any pretext to start the fire,” he said.

Kommentar

Protest der Verlierer

FAZ 19.09.2012 · In der Aufgeregtheit der Diskussion verschwimmt der Blick auf das, was in der islamischen Welt wirklich geschieht. Zwar missfällt den meisten Muslimen das unsägliche Video; sie missbilligen aber auch die Gewalt, die sich in einigen Städten entladen hat.

Von [Rainer Hermann](#)



© AFP Minderheit: Indische Muslime demonstrieren in Kalkutta gegen den Mohammed-Film.

Aus Vorsicht hat die französische Regierung die Schließung ihrer diplomatischen Vertretungen und Schulen in einigen muslimischen Ländern angeordnet. Denn die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ hatte Zeichnungen zum Mohammed-Schmähfilm einige Seiten gewidmet. Die Furcht greift um sich, es könne weitere Ausschreitungen geben. In eine neue Runde geht die Kontroverse, ob gegenüber jenen Provokateuren, die nicht zu wissen scheinen, dass sie neben der Freiheit, etwas zu tun, auch die Freiheit haben, etwas nicht zu tun, nicht Gelassenheit wirksamer wäre als die aufgeregte Forderung nach Einschränkung der Meinungsfreiheit.

In der Aufgeregtheit der Diskussion verschwimmt der Blick auf das, was in der islamischen Welt wirklich geschieht. Ungleich größer und heftiger als die Erregung heute waren in der Vergangenheit Ausschreitungen und Proteste gegen Salman Rushdies Roman „Die Satanischen Verse“ und gegen die dänischen Mohammed-Karikaturen. Heute missfällt gewiss den meisten Muslimen das unsägliche Video; sie missbilligen aber auch die Gewalt, die sich in einigen Städten entladen hat. Vor allem randaliert heute wegen dieses Machwerks nur ein Bruchteil jener Millionen, die im vergangenen Jahr auf dem Höhepunkt der Arabellion eine neue politische Ordnung und die Achtung der Menschenrechte gefordert hatten.

Kaum Protest in der Türkei

Wer heute gegen den Mohammed-Film auf die Straße geht, gehört zu den Verlierern. Zu Protesten hat etwa der Generalsekretär der libanesischen Hizbullah, Nasrallah, erst aufgerufen, als der Papst bereits abgereist war. Einen Konflikt um Religion will er nicht; ihm geht es um Politik. Als Unterstützer des Assad-Regimes hat er unter den sunnitischen Arabern seinen Nimbus als „Widerstandskämpfer“ verloren. Nun will er sich mit anti-amerikanischen Parolen beliebt machen.

In anderen Ländern ist das nicht anders: **In Libyen hat sich Al Qaida**, die der politische Prozess an den Rand drückte, mit einem Terroranschlag zurückgemeldet. **Im Jemen rief der Hassprediger Zindani**, ein Verbündeter des entmachteten Präsidenten Salih und Kritiker der amerikanischen Drohneneinsätze, zu Protesten auf. **In Kairo randalierten kräftige, arbeitslose Jugendliche; die regierende Muslimbruderschaft hielt Distanz.** Da überrascht es nicht, dass es **in der Türkei keine nennenswerten Proteste gab** - in der Türkei läuft die Wirtschaft gut.

Gespräch: Günter Nooke

„Wir haben kein Gefühl für Religion mehr“

FAZ 19.09.2012 · Günter Nooke, Afrika-Beauftragter der Bundeskanzlerin, verurteilt im F.A.Z.-Gespräch die Angriffe auf westliche Botschaften. Die religiösen Gefühle von Menschen seien „instrumentalisiert worden“. Gleichwohl dürfe der Westen nicht mit dem „Allerheiligsten von Menschen“ spielen.



© dapd

Protest gegen den Mohammed-Schmähfilm vor der amerikanischen Botschaft in Kairo am vergangenen Mittwoch

Günter Nooke ist Afrika-Beauftragter der Bundeskanzlerin. Auf Einladung der vom Auswärtigen Amt finanzierten Mediationsorganisation CSSP hält er sich zurzeit in Ägypten auf. Mit dem früheren Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung sprach in Kairo F.A.Z.-Korrespondent Markus Bickel.

Herr Nooke, sind die Angriffe auf westliche Botschaften in Afrika ein verständlicher Ausdruck freier Meinungsäußerung nach dem Sturz autoritärer Führer in Ägypten, Libyen, Jemen und Tunesien?

Ich finde, dass Gewaltausübung und das Recht auf freie Meinungsäußerung überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Ich kämpfe sehr dafür, dass Menschen sagen können, was sie denken, selbst wenn mir ihre Meinung nicht passt. Ich bin aber strikt dagegen, dass außerhalb des Gewaltmonopols des Staates überhaupt Gewalt zugelassen wird. Von daher sind die jüngsten Vorfälle nur zu verurteilen, vor allem, wenn sie geplant waren und möglicherweise sogar staatliche Stellen dahinter standen.



© Thiel, Christian

Afrika-Beauftragter Günter Nooke: „Wir müssen uns gegenüber der arabischen Welt besser erklären – ohne unser Werteverständnis zu verstecken“

Sind die Proteste ein Ergebnis der Übergangsprozesse in demokratischere Systeme?

Damit hat es sicherlich zu tun, aber die Schlussfolgerung, dass Diktaturen eben doch besser sind als die neuen politischen Strukturen, werde ich deshalb nicht ziehen. Man muss sich bewusst machen, dass offene Gesellschaften mit mehr individuellen Freiheitsrechten Möglichkeiten schaffen, die das Regieren schwieriger

machen, manchmal auch das Sichern von Botschaften. Zugleich sind hier aber auch die religiösen Gefühle von Menschen instrumentalisiert worden. Wir müssen uns gegenüber der arabischen Welt besser erklären – ohne unser Werteverständnis zu verstecken.

Sollte der Film „Unschuld der Muslime“ in Deutschland verboten werden?

So wie ich verurteile, dass Menschen in Afrika bei Botschaftsstürmungen instrumentalisiert werden, würde ich mir in Deutschland nicht von einigen Gruppen Probleme bereiten lassen, nur weil diese hoffen, dadurch die eigenen Regierenden unter Druck zu setzen. Ich bin gegen Gesetze, die einem vorschreiben, was man nicht sagen und nicht machen darf. Und schon gar nicht mag ich Gesetze, die Religionsgemeinschaften vorschreiben, was sie dürfen und nicht dürfen.

Das heißt, Sie sind gegen eine Vorführung des Films in Deutschland?

Ich finde, dass sich der Staat von Leuten, die es darauf anlegen, nicht vorführen lassen sollte. Deshalb kann er einen solchen Film verbieten – solange klar bleibt, dass das nicht der Normalfall ist. Die idealistische Vorstellung von Gesellschaft beinhaltet zwar, dass jeder seine eigene Verantwortung sieht. Aber in einem solchen Fall, wo bereits viele Menschen zu Schaden gekommen sind, kann man darauf allein offenbar nicht setzen.

Beugen Sie sich damit nicht den Extremisten?

Aus Sicherheitsgründen kann man auch einmal etwas verbieten. Grundsätzlich bleiben wir aber nur glaubwürdig, wenn wir unsere Freiheitsrechte gerade dann verteidigen, wenn es kompliziert wird. Eine Gesellschaft wird durch Verbote mehr zerstört als wenn sie eine gewisse Freiheit der Meinung zulässt – selbst wenn man bestimmte Karikaturen oder Filme nicht mag.

Woher kommt dieser Widerspruch zwischen Pochen auf Religionsfreiheit in muslimisch geprägten Ländern – und dem westlichen Beharren auf Meinungsfreiheit, auch in religiösen Angelegenheiten?

Wir müssen in der Menschenrechtsdebatte viel mehr Widersprüche aushalten. Das ist so kompliziert nicht, schließlich wägt auch das Bundesverfassungsgericht Grundrechte gegeneinander ab. Wenn man jedoch anfängt, Religion zu schützen, dreht man das ganze Menschenrechtsverständnis um – schließlich basiert es darauf, dass es individuelle Freiheitsrechte gibt, die selbst im Dienste der edelsten höheren Interessen nicht eingeschränkt werden dürfen. Das ist ein wichtiger Teil unserer politischen Überzeugung. Gibt man diesen auf, gibt man das ganze westliche Werteverständnis auf.

Religiöse Werte zählen doch auch dazu.

Aber der Westen hat sein Gefühl für Religion verloren. Deshalb habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, dass in Diskussionen über Religion die atheistische Position abgedeckt werden muss. Religionsfreiheit ist schließlich mehr als Meinungsfreiheit. Was Religion wirklich meint, haben wir im Westen vergessen, weil wir nur noch auf unsere individuellen Rechte schauen. Dass es bei Religionsfreiheit um eine individuelle Beziehung zu meinem Gott geht, um persönliches Heilsversprechen und Transzendenz, lässt sich nicht einfach mit dem Verweis auf Meinungsfreiheit abtun.



Koptische Christen in Kairo protestieren gegen Angriffe von Islamisten auf ihre Kirchen

Was kann der Westen daraus lernen?

Wenn wir im Westen nicht bald ein Gefühl dafür entwickeln, dass man mit dem Allerheiligsten von Menschen nicht spielen kann, wird der Konflikt wieder eskalieren. Wir müssen uns bewusst machen, dass es etwas anderes ist, einfach nur eine Meinung zu äußern, um eine schöne Debatte zu erzeugen, als religiöse Gefühle zu verletzen. Wenn man in dieser Frage richtig diskutiert, kann es sogar zu einer Annäherung und einer verbesserten Auseinandersetzung kommen. Aber wir befinden uns leider nicht unbedingt auf diesem Weg.

Günter Nooke ist Afrika-Beauftragter der Bundeskanzlerin. Auf Einladung der vom Auswärtigen Amt finanzierten Mediationsorganisation CSSP hält er sich zurzeit in Ägypten auf. Mit dem früheren Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung sprach in Kairo Markus Bickel.

Quelle: FAZ.NET

Protests against anti-Islam film reach Europe

19 September 2012

Presseurop

De Morgen, Le Figaro



[De Morgen](#), 19 September 2012

Protests against the film [The Innocence of Muslims](#), which erupted in violence in several countries around the world, have spread to Europe, and notably to France, the country that is home to the largest Muslim population on the continent (four to six million people), and Belgium. “Islamists want to demonstrate again in Paris”, announces *Le Figaro*, which reports that a call for a 22 September demonstration in Paris against the US made film ridiculing Mohammed and Islam, is circulating on social networks. At a first unauthorised demonstration outside the American embassy in the French capital, 152 people, mainly Salafists (proponents of a radical branch of Islam), were detained by police.

In its editorial, the conservative daily [insists](#) –

It is our duty to respond firmly to avoid being overwhelmed. Public authorities should use every means to forbid the further demonstrations that the Salafists want to organise, and punish the instigators. France cannot allow itself be walked over.

Commenting - – but not directly citing – the [front page of satirical weekly Charlie Hebdo](#) which shows a Muslim in a wheelchair – who could be the Prophet – being pushed by an Orthodox Jew, *Le Figaro* warns –

Let’s not fall into the trap of responding to their intimidation with stupid provocations. Publishing caricatures of the Prophet is as facile as it is irresponsible.

Agitation is also ongoing in Belgium: “Extremists threaten Moroccan residents of Antwerp who have expressed criticism,” headlines *De Morgen*, in the wake of violent demonstrations in the Borgerhout neighbourhood of Antwerp on 15 and 16 September, triggered by young extremists at the behest of the radical group Sharia4Belgium, and resulted in 230 arrests.

So as to avoid further clashes, the Flemish city’s mayor, socialist Patrick Janssens, has banned further demonstrations in Borgerhout from 19 September. [For De Morgen’s editor in chief, Wouter Verschelden](#), debate in the run-up to municipal elections on 14 October is now focused on “this small group of marginals represented by Sharia4Belgium etc” –

A handful of youths, who are barely old enough to grow a beard, peddling provocative and hateful language. A language which seems to be especially successful with 12-15 year olds, kids with too much free time and too little parental authority.

Verschelden argues that the Muslim minority does not know how to respond to the threats of a small number of “marginal rioters”, and he is also critical of the media attention focused on these youths, because that is exactly what the extremists want. For him, it is not the instigators, but the urban context and multiculturalism that should be called into question.

<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/france/9552612/France-steps-up-security-at-embassies-as-magazine-publishes-Prophet-Mohammed-cartoons.html>

France steps up security at embassies as magazine publishes Prophet Mohammed cartoons

France will close its embassies and schools in around 20 countries on Friday because of fears of a hostile reaction to a magazine's publication of cartoons of the Prophet Mohammed, the foreign ministry said.



Laurent Fabius admitted that he was "concerned" by the potential for a backlash to satirical weekly Charlie Hebdo's printing of a series of cartoons featuring the Prophet Mohammed against a background of violent protests in the Muslim world over an anti-Islam film. Photo: AFP/GETTY

The Telegraph 11:26AM BST 19 Sep 2012

Foreign Minister Laurent Fabius earlier announced that he had ordered special security measures "in all the countries where this could pose a problem."

Demonstrations in the Islamic world often follow Friday prayers.

Fabius admitted that he was "concerned" by the potential for a backlash to satirical weekly Charlie Hebdo's printing of a series of cartoons featuring the Prophet Mohammed against a background of violent protests in the Muslim world over an anti-Islam film.

The crudely-made US film is the main subject of Charlie Hebdo's cartoons but the sketches are open to wide interpretation.

The weekly carries a total of four cartoons.

The cover of Charlie Hebdo shows a Muslim in a wheelchair being pushed by an Orthodox Jew under the title "Intouchables 2", referring to an award-winning French film about a poor black man who helps an aristocratic quadriplegic.

Another cartoon on the back page of the weekly magazine shows the prophet re-enacting a scene from a Brigitte Bardot movie.

Charlie Hebdo's website crashed on Wednesday after being bombarded with comments that ranged from hate mail to approbation.

The magazine's editor, originally a cartoonist who uses the name Charb, denied he was being deliberately provocative at a delicate time.

"The freedom of the press, is that a provocation?" he said. "I'm not asking strict Muslims to read Charlie Hebdo, just like I wouldn't go to a mosque to listen to speeches that go against everything I believe."

Dalil Boubakeur, the senior cleric at Paris's biggest mosque, appealed for France's four million Muslims to remain calm.

"It is with astonishment, sadness and concern that I have learned that this publication is risking increasing the current outrage across the Muslim world," he said.

"I would appeal to them not to pour oil on the fire."

French Prime Minister Jean-Marc Ayrault said anyone offended by cartoons could take the matter to the courts after expressing his "disapproval of all excesses".

But he emphasised France's tradition of free speech. "We are in a country where freedom of expression is guaranteed, including the freedom to caricature," he said on RTL radio.

"If people really feel offended in their beliefs and think there has been an infringement of the law – and we are in a state where laws must be totally respected – they can go to court," Ayrault said.

Europe is still the closest thing to paradise on Earth

Despite the eurozone crisis, Europeans should not forget how great a place to live their continent is

- [Remi Adekoya](#)
- guardian.co.uk, Wednesday 19 September 2012 10.27 BST



Greeks may 'take issue with being told they are lucky to live in Europe. But in 2011 ... Greece still had a higher GDP per capita than any country in South America and Africa.' Photograph: Aristidis Vafeiadakis/ZUMA Press/Corbis

Listening to all the gloom and doom on the news these days, I sometimes catch myself actually starting to feel sorry for people living in Europe. Then I tell myself I must be mad. Even with a crisis, Europeans still enjoy [just about the safest, healthiest and wealthiest lives on the planet](#).

According to the [UN human development index \(HDI\)](#), which measures life expectancy, literacy, education levels and standards of living in a country, six of the 10 most developed nations in the world are in Europe.

And when the HDI takes into account inequality, nine out of the 10 best-performing nations are European, proof that the old continent has been the most effective in creating the least stratified societies.

I realise the [24% of unemployed Greek citizens](#) might take issue with being told they are lucky to live in Europe. But in 2011, after four years of recession, Greece still had a higher [GDP per capita based on purchasing power parity](#) (PPP) than any country in South America and Africa as well as most of Asia, according to the IMF. None of the much-touted Brics (Brazil, Russia, India, China, South Africa) has a GDP per capita even close to that of the European "sick man".

Some suggest Europe is no longer able to compete with the strongest emerging economies. At the World Economic Forum in Davos at the beginning of this year, the prime minister, David Cameron, sounded alarmist tones, [saying that](#) "Europe's lack of competitiveness is its Achilles heel".

But according to a ranking of that same World Economic Forum, six out of the 10 most competitive economies in the world are in Europe. The most competitive of the Brics count is China, at 29.

Cheap, easy-to-fire labour isn't the only thing you need to attract investors. It helps when you have quality infrastructure, a transparent and efficient administration, the rule of law and low levels of corruption.

Maybe that's why despite all the gloomy news coming out of the eurozone last year, Europe still attracted \$426bn in foreign direct investment, compared to the combined \$279bn that flowed to the Brics.

Countries such as China and India are making laudable progress, but most of their citizens still live in the kind of crippling poverty unimaginable in the EU. The Brics are decades away from catching up with Europe, much less overtaking it. This is no cause to be smug but it is cause for less self-doubt.

Also, Europe is often compared with the US and, yes, per capita incomes there are higher than in the EU, but the average Joe isn't necessarily better off in Florida than in Florence.

Per capita income doesn't reflect income distribution. If [Warren Buffett](#) strolled into Stamford Bridge in the middle of a Chelsea game, by average income calculations, everybody in the stadium would be a millionaire.

Considering the fact that in the US income distribution is heavily skewed towards a privileged minority, one needs to be particularly careful with the per capita figures in this case.

The US offers more opportunity to the gifted, the entrepreneurial and the rich than Europe does. But those who don't fall into those categories are better off here. Were the average American blue-collar worker to see how his German, Dutch or British peers live, and the quality of healthcare and education accessible to them, he might start wondering if his country is indeed "the greatest nation on earth", as American politicians love to say. And let's not forget that US national debt is more than 100% of its GDP compared to the 83% for the EU, even with its often derided "welfare state".

Of course, there are some large territories such as Canada and Australia that also offer a good life, but their relatively small populations (all less than, say, Poland) require they be compared with particular EU countries, and not the whole continent.

The level of development Europe has attained is one of humanity's greatest achievements. One of the main reasons for this success is that the continent has been remarkably well governed. In every society, it is those at the top who set the tone and, as someone who grew up in Nigeria, I've seen first-hand how poor governance can rubbish a country and keep it from realising its potential.

That's why I appreciate Europe's leaders more than those who have not experienced government elsewhere. I do think it is excellent practice that Europeans constantly complain about their countries and demand improvements to how they function. To do otherwise would be to forgo aspirations to progress.

But Europeans should never forget that most people in this world would give anything to be able to live like them. So those who are lucky enough to be citizens of the closest thing to paradise on Earth should be more appreciative of what they have and less depressed about the future of this continent.

Intégrisme : faut-il verser de l'huile sur le feu ?

LE MONDE | 19.09.2012 à 13h11 • Mis à jour le 19.09.2012 à 13h49

Editorial

La caricature est un art délicat. La provocation aussi. Et le rire peut être explosif. Charlie Hebdo le sait, pour en avoir fait depuis des lustres sa raison d'être. L'hebdomadaire satirique en apporte une nouvelle démonstration, ce mercredi, en publiant une dizaine de dessins sur le prophète Mahomet et les intégristes musulmans.

En 2006, déjà, [Charlie Hebdo](#) avait reproduit des caricatures, publiées auparavant dans un journal danois, et qui avaient provoqué une flambée de colère dans le monde musulman. Attaqué en [justice](#), l'hebdomadaire avait gagné ce [procès](#). En 2011, ses locaux avaient été incendiés après la publication d'un numéro intitulé "Charia Hebdo", consacré à la montée des islamistes en [Libye](#) et en [Tunisie](#).

Les mêmes causes produisant les mêmes effets, sa dernière livraison replace donc *Charlie Hebdo* au centre d'une nouvelle polémique, d'autant plus vive que, depuis une semaine, les réactions très violentes contre le film *L'Innocence des musulmans* ont fait des dizaines de morts dans le monde.

Dans ce contexte hautement inflammable, et alors que les [réseaux sociaux](#) bruissent d'appels à des manifestations en France, le week-end prochain, contre ce film, le gouvernement a immédiatement réagi. Tout en rappelant que "*la liberté d'expression constitue l'un des principes fondamentaux de notre République*", le premier ministre, [Jean-Marc Ayrault](#), a exprimé sa "*désapprobation face à tout excès*" et en a appelé à "*l'esprit de responsabilité de chacun*". De son côté, tout en demandant aux musulmans de "*ne pas céder à la provocation*", le Conseil français du culte musulman a condamné, "*avec la plus grande vigueur, ce nouvel acte islamophobe*".

Rappelons ici quelques principes. Nous vivons dans une démocratie laïque où la liberté de pensée et d'expression est - dans le respect du droit - une norme fondamentale - existentielle, en quelque sorte. Ce principe ne saurait se [voir opposer](#) aucune norme supérieure, notamment religieuse. C'est vrai en France, en [Europe](#) et aux Etats-Unis, qui ne sont pourtant pas le pays le moins religieux du monde.

Les [religions](#) sont des systèmes de pensée et de croyance respectables, mais qui peuvent être librement analysés, critiqués, voire tournés en ridicule. C'est une évidence depuis Voltaire. Quoi que l'on puisse [penser](#) des choix éditoriaux de *Charlie Hebdo*, de l'esthétique de ses dessins et de la délicatesse de son [style](#), la seule limitation concevable de sa liberté est celle que les tribunaux pourraient [estimer](#) justifiée.

Les caricatures incriminées sont de mauvais goût, voire affligeantes. Elles sont surtout publiées à un moment qui va [contribuer](#) sciemment à [mettre](#) de l'huile sur le feu, ce qui amène en effet à se [poser](#) des questions sur le sens des responsabilités de leurs auteurs et éditeurs. Mais l'on ne saurait [renvoyer](#) dos à dos *Charlie Hebdo* et ses inquisiteurs. D'un côté l'on veut [faire rire](#) et [vendre](#), de l'autre on lance des anathèmes.

FIGURATIF – Représenter le prophète est-il vraiment interdit par le Coran ?



La "une" de "Charlie Hebdo", mercredi 19 septembre.

Novembre 2011, les locaux de *Charlie Hebdo* à Paris sont attaqués au cocktail Molotov, à la veille de la publication de l'édition spéciale *Charia Hebdo*, incluant des caricatures de Mahomet. Mercredi 19 septembre, l'hebdomadaire satirique récidive en consacrant sa "une" aux violences qui enflamment le monde musulman, après la diffusion d'extraits du film *L'Innocence des musulmans*. Là encore, couché sur le papier, le prophète musulman est représenté, barbe bien fournie et turban enroulé autour du crâne, parfois même dans des positions pour le moins osées. [Et les condamnations pleuvent.](#)

Le recteur de la Grande Mosquée de Paris, Dalil Boubakeur, parle "*d'huile sur le feu*", tandis que Mohammed Moussaoui, le président du Conseil français du culte musulman (CFCM), déplore un "*acte irresponsable*". Pourquoi tant de critiques ? Au-delà du possible caractère offensant des images, c'est surtout une nouvelle fois le problème de la représentation du prophète qui s'impose. Mais "*l'islam interdit-il la fabrication d'images de Mahomet ?*", s'interroge Slate, dans un article écrit en 2011 et repris pour l'occasion.

Le prophète n'est qu'un homme

Car le sujet, toujours explosif, prête à beaucoup de confusions. En la matière, la seule affirmation limpide des textes sacrés, selon le site d'informations, c'est que "*les trois grandes religions monothéistes que sont l'islam, le judaïsme et le christianisme ont comme point commun l'acceptation d'un seul Dieu (Allah pour la religion musulmane) et l'interdiction de le représenter*".

Mais le prophète musulman, en dépit de son caractère sacré, n'est qu'un homme, **et le Coran – contrairement à la Bible – n'interdit à aucun moment la représentation d'un être vivant.** Une idée confirmée par le spécialiste de

l'islam, Malek Chebel, [interrogé par Le Nouvel Observateur](#), qui explique qu'"*aucun texte fondateur de l'islam ne formule comme telle une interdiction de la représentation de Mahomet*".

L'image sacrée, l'idolâtrie interdite

La seule trace de consigne existant à ce sujet dans la religion musulmane se trouve dans les **hadiths**, c'est-à-dire les recueils qui retranscrivent l'ensemble des traditions relatives aux actes et aux paroles de Mahomet et de ses compagnons.

Plusieurs textes font en effet "*référence à la fabrication d'images d'hommes ou d'animaux, et donc de Mahomet lui-même*", note Slate, qui cite *Al-Bukhârî, LXXVII, 87. Al-Sahîh (L'Authentique)*, l'un des plus grands et importants recueils de hadiths, compilé au IX^e siècle. "*Les anges n'entreront pas dans une maison où il y a un chien, ni dans celle où il y a des images*", y est-il écrit. **Mais "l'image" tant honnie est dans ce cas interdite principalement "à cause du risque d'idolâtrie qu'elle entraîne, un des pires péchés dans l'islam comme dans le christianisme et le judaïsme."** C'est donc bien le comportement humain qui est en cause, tandis que l'image, elle, est sacrée, [rappelle Mark Chebel](#).

"*L'islam étant une religion abstraite, il a fallu cependant trouver un système pour représenter le prophète*", explique le chercheur [au Nouvel Observateur](#). "*On a alors inventé la calligraphie qui est née dans les mosquées. Allah (Dieu d'Abraham) et le prophète Mahomet ont trouvé leurs représentations dans un graphème. En fait, l'équivalent des icônes représentant Jésus dans les églises*", continue-t-il.

Copieur de Dieu

D'autres hadiths évoquent cette interdiction, mais elle concerne là aussi toute représentation d'humains ou d'animaux, pâles copies impures du geste de Dieu. "[Plusieurs hadiths](#) affirment que le jour du jugement dernier, ceux qui ont peint des hommes ou des animaux seront sommés de leur insuffler une âme, de leur donner vie", souligne Slate.

C'est sur la base de ces textes que certains estiment que la religion musulmane interdit les représentations de Mahomet. Mais l'histoire montre que la défense de ce texte n'a pas toujours été une priorité, dans la mesure où de nombreuses œuvres mettant en scène le prophète ont été réalisées depuis le XIII^e siècle. "*Aux XIV^e et XV^e siècles, les représentations de Mahomet à visage découvert n'étaient pas problématiques et n'ont pas entraîné de réprobation de la part des autorités religieuses*", selon Slate. Même des ouvrages religieux ont figuré le prophète "*pour promouvoir la connaissance de l'islam ou même pour transcrire des hadiths en image*."

Comment expliquer dès lors la polémique créée par les caricatures de *Charlie Hebdo*, [et l'importance qu'elles prennent](#) dans le monde musulman ? "*Certains experts l'interprètent comme une réaction identitaire face à l'acceptation des arts figuratifs dans les sociétés occidentales et chrétiennes*", conclut Slate.

A "Charlie Hebdo", on n'a "pas l'impression d'égorger quelqu'un avec un feutre"

Le Monde.fr | 20.09.2012 à 11h10 • Mis à jour le 20.09.2012 à 12h36

Par Xavier Ternisien



Ce n'est pas encore [Fort Chabrol](#), mais ça y ressemble presque. Mercredi 19 septembre, un car de CRS campe devant les locaux qui abritent [Charlie Hebdo](#), au quatrième étage d'un immeuble moderne, près de la porte de Bagnolet à Paris. Curieux comité d'accueil devant un journal qui se moque régulièrement des forces de l'ordre. A l'entrée, trois policiers en civil vérifient l'identité des visiteurs.

Le jeune homme qui tient d'ordinaire la réception s'est transformé en attaché de presse. Tel un aiguilleur, il oriente les journalistes du monde entier qui téléphonent ou débarquent chez *Charlie*. Il distribue des Post-it violets à toute la rédaction avec des annotations, des rendez-vous. "Il y a une journaliste de la télé israélienne qui veut t'[interviewer](#) par Skype, dit-il à Charb, l'entretien peut se [faire](#) en français." Le directeur de la publication de Charlie Hebdo est fatigué. Il a dormi trois heures cette nuit. Charb est préposé à répondre aux journalistes qui défilent depuis le matin dans la grande salle où se tient tous les mercredis la conférence de rédaction. "Personne ne veut répondre aux journalistes, ça fait [chier](#) tout le monde. Je suis le seul à le [faire](#) et je prends du retard dans le boulot", grommelle-t-il.

Il le fait quand même car il ne veut pas qu'on raconte "n'importe quoi". S'il y a bien une expression qu'il ne supporte plus, c'est "jeter de l'huile sur le feu". Il en veut surtout aux politiques. A [Laurent Fabius](#) et [Jean-Marc Ayrault](#), qui ont trouvé que le journal allait trop loin. A [Rama Yade](#) qui a parlé de "la 'une' de trop". "L'emballement médiatique est dû à la réaction du gouvernement. Tous ces gens qui s'indignent sans nous [avoir](#) lus, j'ai juste envie de leur péter la gueule."

Au passage, Charb rappelle que M. Hollande était venu témoigner en faveur de *Charlie Hebdo* au [procès](#) des caricatures, en 2007. Le réceptionniste-attaché de presse passe une tête. C'est une télé canadienne qui voudrait une interview pour ce soir. "Pas possible, répond Charb, je suis déjà pris à cette heure-là."

CHARB : "IL FAUT [CONTINUER](#) JUSQU'À CE QUE L'[ISLAM](#) SOIT AUSSI BANALISÉ QUE LE [CATHOLICISME](#)"

Charlie Hebdo prétend ne pas [avoir](#) voulu [faire](#) un coup éditorial en publiant ses caricatures du Prophète. L'hebdomadaire voulait simplement réagir à l'actualité, celle d'un film islamophobe, *L'innocence des musulmans*, qui déclenche de sanglantes manifestations dans le monde musulman. *"Lundi soir, la préfecture de [police](#) de Paris nous a appelés après le bouclage pour [savoir](#) si nous avons représenté le prophète Mahomet, se souvient Charb. Nous leur avons envoyé la "une" et la dernière page."* Charlie a ensuite transmis la "une" par e-mail à quelques journalistes, comme il le fait à chaque fois. Et le buzz a commencé sur les [réseaux sociaux](#).

"Ces emballements ont toujours lieu à propos de la même religion, se désole Charb. On prépare le 1058^e numéro de Charlie. Il n'y a que trois "une" qui ont fait scandale, toujours sur l'islam. On peut représenter le pape en train d'[enculer](#) une taupe, il n'y a aucune réaction. Au pire un procès."

Faut-il [continuer](#) à se [moquer](#) de la religion musulmane ? Pour l'hebdomadaire satirique, la réponse est oui, sans hésitation. *"Il faut [continuer](#) jusqu'à ce que l'islam soit aussi banalisé que le catholicisme"*, assène Charb avec l'assurance d'un prédicateur. *"Nous avons brisé les deux tabous que sont Eros et Thanatos, mais il reste celui des [religions](#)"*, affirme le dessinateur Luz. *"Si on dit aux religions: "Vous êtes intouchables", on est foutus"*, renchérit Gérard Biard, rédacteur en chef.

S'il est un sujet qui cimente la rédaction, c'est bien celui de l'antieléréalisme. *"L'attaque contre toutes les religions, c'est ce qui constitue notre identité, constate Gérard Biard. La rédaction comprend des anarchistes, des écolos, des communistes, des trotskystes, des socialos. Mais on est tous d'accord sur le fait religieux. Et je pense que nous sommes tous athées."*

A l'élection présidentielle, un scrutin avait été organisé dans la rédaction. [Jean-Luc Mélenchon](#) était arrivé en tête, suivi par [François Hollande](#). *"Difficile de [dire](#) qu'il y a une ligne à Charlie Hebdo. Nous sommes le journal de la gauche plurielle, étendue à l'extrême gauche"*, résume Charb.

Charlie a pourtant connu des divisions dans le passé. Le départ de [Philippe Val](#), ancien directeur de la publication nommé patron de France Inter en 2009, a laissé des traces. Charb n'a plus aucun contact avec lui. *"C'est la vitesse de son évolution qui m'a surpris. Je l'ai connu donnant des concerts pour la Fédération anarchiste et ensuite ami de Sarkozy..."* Pourtant, même à l'époque de Philippe Val, où [les débats](#) étaient parfois houleux, la publication des caricatures de Mahomet en 2006 n'a soulevé aucune discussion.

Aujourd'hui, les débats les plus vifs en comité de rédaction portent sur l'abolition de la prostitution ou la légalisation des [drogues](#). Charb assure que l'islam n'est pas l'obsession de *Charlie Hebdo*. Il en veut pour témoins les récentes "unes" affichées à côté de son bureau, qui se moquent de l'ancien président de la République. *"Si nous avons eu une obsession au cours de cette année 2012, c'est plutôt Sarkozy..."*

Depuis l'incendie des locaux de l'hebdomadaire en 2011, le dessinateur et plusieurs de ses collègues ont dû s'[habituer](#) à la présence de policiers à leurs côtés. *"En un an, on a épuisé une vingtaine de gardes du corps"*, s'amuse-t-il. Avec ses lunettes de myope et son T-shirt rayé, le directeur de Charlie traîne un air d'adolescent attardé. Pourtant, c'est crânement qu'il déclare n'[avoir](#) pas peur d'éventuelles repréailles. *"Je n'ai pas de gosses, pas de femme, pas de voiture, pas de crédit. C'est peut-être un peu pompeux ce que je vais [dire](#), mais je préfère [mourir](#) debout que [vivre](#) à genoux."*

70 000 EXEMPLAIRES DE PLUS VENDREDI

Les repréailles ont déjà commencé. Le site de *Charlie* a été piraté. Une plainte a été déposée au parquet de Paris pour *"provocation à la haine"*. Elle émane d'une organisation nommée Association syrienne pour la liberté. Dans la grande salle, le réceptionniste surgit, comme mû par un ressort: *"Il y a [Sky News](#) et Fox qui veulent t'interroger!"* Charb affirme qu'il craint plus une grève chez Presstalis, qui mettrait en péril les finances du journal, que les menaces des intégristes. Car l'équilibre de *Charlie* est toujours précaire. *"Il faut qu'on vende chaque semaine au moins 30 000 exemplaires en kiosques pour s'en [sortir](#). On n'est pas très nombreux, on abat un boulot de dingues. Je gagne 3 500 euros net par mois, le salaire le plus élevé du journal."* Le journal diffuse en moyenne 60 000 exemplaires.

Pour le numéro sur l'islam, l'hebdomadaire n'a tiré que 75 000 exemplaires. Face à l'ampleur de la demande, il en tirera 70 000 de plus vendredi, mais pas davantage car il n'y a pas assez de papier en stock.

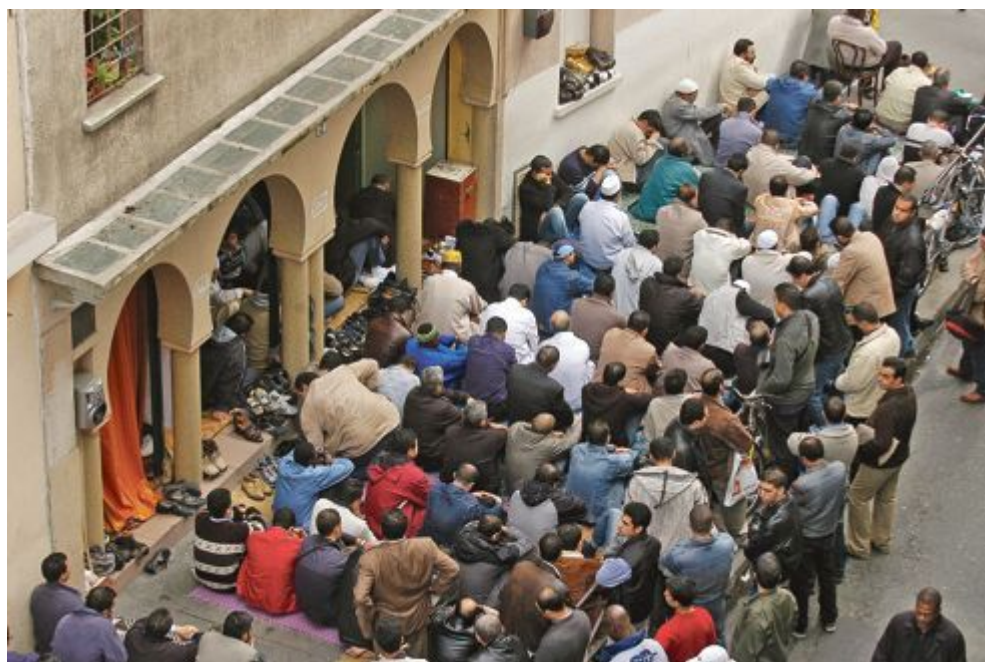
Riss, dessinateur et directeur de la rédaction, évoque la "*philosophie de la vie*", qui anime le journal. Lui, c'est le beau gosse de la rédaction: grand, brun, les yeux bleus, la chemise blanche ouverte. Il résume ainsi sa philosophie: "*On n'a pas envie d'avoir peur, mais de se marrer, de prendre la vie avec légèreté. On essaie juste de faire un truc rigolo. L'humour est un langage que les intégristes ne comprennent pas. Eux s'appuient sur la peur.*" Il évoque son travail de dessinateur, où le plus dur n'est pas de prendre les crayons et de tracer un dessin, mais de trouver des bonnes idées.

L'inspiration lui vient plutôt le soir. "*Face à la frilosité ambiante, notre crainte est d'être trop prudents, trop raisonnables.*" Il fait une pause et il ajoute: "*Peut-être sommes-nous inconscients...*" Charb se défend de provoquer des violences avec ses dessins. "*Je n'ai pas l'impression d'égorger quelqu'un avec un feutre. Je ne mets pas de vies en danger. Quand les activistes ont besoin d'un prétexte pour justifier leur violence, ils le trouvent toujours.*" Dans le hall d'entrée, le jeune homme de la réception, polyglotte, discute au téléphone en espagnol avec un correspondant d'El Pais.

Xavier Ternisien

Film anti-islam : dans les quartiers, la colère gronde

Par [Angélique Négroni](#) Mis à jour le 20/09/2012 à 07:38 | publié le 19/09/2012 à 20:25 [Réactions](#) (603)



Prière en milieu de journée à la mosquée Omar, rue Jean-Pierre-Timbaud, à Paris, en janvier 2012. Cet établissement est réputé pour être un lieu de rassemblement de nombreux intégristes. Crédits photo : Laurent Sazy/Fedepphoto

Le film de série Z islamophobe parachève un sentiment diffus de persécution.

Après l'annonce d'une prochaine manifestation dans la capitale, Paris est sous surveillance, mais la banlieue, également, s'agite. «On craint que ça n'explode. Dans les quartiers sensibles, la Cocotte-Minute est en train de siffler», met en garde Fatima Hani, secrétaire nationale d'Aclefeu, cette association créée au lendemain des émeutes de Clichy-sous-Bois qui avaient embrasé la banlieue en 2005.

Chargée de transmettre la parole des habitants des cités auprès des institutions, cette structure s'inquiète de l'effervescence fiévreuse qui gagne les quartiers. «Ça tweete comme jamais», reconnaît son président, Mohammed Mechmache. Depuis plusieurs jours, les jeunes parcourent sans relâche les réseaux sociaux, échangent des messages avec la ferme intention de manifester samedi à Paris. «Il faut arrêter de se laisser attaquer», y est-il écrit. «Toute cette génération est en colère. Pour les trois quarts, ils ne sont pas pratiquants, mais ils se sentent insultés», souligne Fatima Hani.

La tension est déjà vive

Cette rage qui s'exprime sur la Toile et peut-être demain dans la rue est exclusivement liée à la diffusion du [film islamophobe](#). «Les jeunes n'achètent pas [Charlie Hebdo](#) et les caricatures de Mahomet n'ont pas encore fait le tour des réseaux sociaux. Ils réagiront à cette publication plus tard dans la soirée», signale la responsable de l'association qui a soigneusement décrypté toutes ces réactions. «Depuis une semaine et jusqu'à vendredi dans le cadre d'un sondage sur ce film, j'ai entendu des jeunes de Clichy, de Montfermeil, de Bobigny», dit-elle. Au total, déjà trois cents habitants de 16 à 24 ans ont déjà répondu à un questionnaire.

À travers les réponses livrées, il apparaît clairement que ce film est, selon la responsable, «la goutte qui fait déborder le verre». «Entre les débats, tantôt sur la laïcité, tantôt sur la burqa, les musulmans se sentent sans cesse stigmatisés. Il y a une accumulation de ressentiments», explique-t-elle. Et ce brûlot de série Z parachève ce sentiment de persécution permanente. «Quand il a condamné la manifestation parisienne, Manuel Valls, ministre des Cultes, qui a dénoncé le film, aurait pu exprimer sa solidarité auprès des musulmans», signale

Mohammed Mehmache. Une absence de soutien très mal vécue au pied des tours des cités où la tension est déjà vive.

Hasard du calendrier: on attendait, en effet, mercredi une audience concernant [le non-lieu](#) en faveur de deux policiers qui avaient poursuivi deux adolescents morts ensuite à Clichy. L'examen de l'affaire a finalement été reporté au 3 octobre, mais le climat reste, de toute évidence, tendu. Quant aux musulmans plus âgés, également interrogés par l'association, ils sont encore plus heurtés par ce film. «Parce qu'ils sont pratiquants. Du coup, ils n'apaisent pas les jeunes et certains iront aussi manifester», explique-t-on au sein de l'Aclefeu. Autour des mosquées, les visages sont d'ailleurs graves et fermés. C'est le cas à Paris, près de la mosquée Omar, cet établissement situé rue Jean-Pierre-Timbaud et réputé pour être un lieu de rassemblement de nombreux intégristes.

Les langues se délient

Pour couper court à toute discussion, certains sèchement affirment ne se soucier ni du film ni des caricatures de Mahomet. Ceux qui arborent la tenue salafiste sont d'ailleurs les plus prompts à garder le silence, sommant les autres d'en faire autant. Mais dans les cafés ou les librairies religieuses adjacents, les langues se délient: «On est tous en colère, et humiliés», certifie Imad tandis que Wissam, responsable de la librairie al-Bouraq, dénonce une politique à géométrie variable. «Au nom de la liberté d'expression, on accepte les caricatures de Mahomet dans la presse mais on interdit la liberté d'expression des musulmans qui veulent réagir contre ces parutions. Il faut autoriser la manifestation», dit-il.

D'autres, au contraire, lancent un appel vers les jeunes pour qu'ils ne manifestent pas. C'est le cas d'Amel, qui enseigne l'éducation islamique dans des écoles privées. Cette enseignante de 51 ans n'hésite pas à répandre la théorie du complot orchestré par les États-Unis et Israël. «Le film est un piège que l'on tend au monde musulman pour le faire basculer dans la violence. Il ne faut pas manifester», insiste-t-elle en redoutant des débordements en cas de rassemblement à Paris.